

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Günter Hartkopf
Über Verantwortung
im Umweltschutz

Christiane Busch-Lüty
Zur Umweltproblematik
in sozialistischen Systemen
Ideologie und Realität

ISSN 0479-611 X

B 27/81

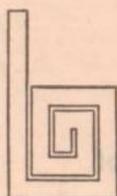
4. Juli 1981

Günter Hartkopf, Dr. jur., geb. 1. 6. 1923; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften; 1962—1963 Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen; 1963 bis 1969 Senatsdirektor der Senatsverwaltung für Bundesangelegenheiten des Landes Berlin in Bonn; seit 1969 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern; Aufgabenbereiche u. a.: Umweltpolitik, Reaktorsicherheit und Strahlenschutz; 1981 ausgezeichnet mit dem Umweltpreis der Friedrich Flick Förderungs-Stiftung.

Zahlreiche Vorträge und Veröffentlichungen insbesondere über öffentliches Dienstrecht, Umweltschutz und Sicherheitsfragen der Kernenergie.

Christiane Busch-Lüty, Dr. rer. pol., geb. 1931; Professorin für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Hochschule der Bundeswehr München; Studium der Wirtschaftswissenschaften und Social Sciences in München, Nottingham, Bonn und Freiburg/Brsg.; 1967—1970 Mitglied der Redaktion der *Wirtschaftswoche/Der Volkswirt*, Frankfurt.

Veröffentlichungen u. a. über Lohn- und Einkommenspolitik, Wissenschafts- und Bildungspolitik, Wirtschaftssysteme.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion: Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann, Paul
Lang.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleisch-
str. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Über Verantwortung im Umweltschutz

I. Stand und Entwicklung der Umweltbelastung

Verantwortung für die Umwelt trägt nicht nur der Staat. In die Verantwortung teilen sich auch politische Parteien, Industrie, Gewerkschaften, Land- und Forstwirtschaft, Kirchen und Medien. Der Inhalt der jeweiligen Verantwortung bestimmt sich einmal nach dem Ausmaß, in dem unsere Umwelt bedroht ist, und zum anderen nach der Möglichkeit, mit der die jeweilige gesellschaftliche Kraft zur Rettung aus der Umweltgefahr beitragen kann. Lassen Sie mich zuerst auf die bestehende Umweltbedrohung eingehen:

Die langfristige Perspektive der künftigen Entwicklung der natürlichen Ressourcen ist am eindringlichsten im „Global 2000 Report“ geschildert¹⁾.

In diesem umfassend recherchierten Bericht für den amerikanischen Präsidenten werden wir mit Szenarios und Trends konfrontiert, die als bedrohlich für die Existenz der Menschheit bezeichnet werden müssen. Die Aussagen des Reports verlieren ihre Kraft und Bedeutung auch dann nicht, wenn man als kritischer Leser die eine oder andere der Prämissen, auf denen die Prognosen basieren, anders gewählt oder gewichtet hätte. Eine Konzentration nur auf Prämissenkritik wäre gefährlich. Denn sie verstellt den Blick für die materielle Problemdimension unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Es war das Verdienst des „Club of Rome“, durch seine Langfristschätzungen Anfang der siebziger Jahre das Problembewußtsein für die Bedrohung unserer Umwelt weltweit gestärkt zu haben²⁾.

¹⁾ The Global 2000 Report to the President, hrsg. vom Council on Environmental Quality und dem US-Außenministerium, 1980.

²⁾ Meadows, Die Grenzen des Wachstums, 1972.

Zuerst als Vortrag gehalten anlässlich der Verleihung des Umweltschutzpreises der Friedrich Flick Förderungs-Stiftung am 19. Februar 1981 in Bonn.

Wie notwendig das Weiterdenken in dieser Problemdimension auch heute noch ist, zeigen die Ergebnisse des „Global Report“, mit dem sich bei uns die öffentliche Diskussion immer noch zu wenig befaßt:

1. Weltweite Umweltbelastungen

In einer Welt, in der bereits heute über 600 Millionen Menschen unterernährt sind, wird bis zum Jahr 2000 ein Bevölkerungswachstum auf über 6 Milliarden Menschen erwartet, von

INHALT

- I. Stand und Entwicklung der Umweltbelastung
 1. Weltweite Umweltbelastungen
 2. Nationale Umweltbelastungen
 3. Sozio-politische Folgen
- II. Flucht aus der Verantwortung
 1. Bemerkungen zu einzelnen Gruppen und Institutionen
 - Politische Parteien
 - Staat
 - Industrie und Gewerkschaften
 - Land- und Forstwirtschaft
 - Wissenschaft
 - Kirchen
 2. Gesamtbeurteilung
- III. Verantwortung für die Zukunft
 1. Irrwege
 - „Ökologische“ Ethik
 - Marxismus
 - Naturphilosophie
 2. Kriterien verantwortlichen Handelns im Umweltschutz
 - Grundpostulat
 - Furcht und Hoffnung
 - Politische Maßstäbe
 3. Verantwortung von politischen Parteien, Wissenschaft und Kirchen
 4. Verantwortung von Wirtschaft und Staat
 5. Verantwortung im internationalen Bereich

denen 5 Milliarden Menschen in Entwicklungsländern und davon über 1,3 Milliarden Menschen unterhalb des Existenzminimums leben werden. In dem gleichen Zeitraum wird zwar noch eine Steigerung der Weltnahrungsmittelproduktion um nahezu das Doppelte angenommen. Es wird aber davon ausgegangen, daß eine Erhöhung des Pro-Kopf-Verbrauchs im wesentlichen nur in den hoch entwickelten Ländern erfolgen und die Zunahme anbaufähigen Landes nur etwa 4 % betragen wird. Als Konsequenz wird eine steigende Intensivierung der Landwirtschaft mit einer weltweiten Verdoppelung des Pestizideinsatzes prognostiziert. Mit der Intensivierung der Landwirtschaft wäre wiederum eine sehr viel stärkere Abhängigkeit vom Erdöl und eine Verdoppelung des Wasserbedarfs verbunden, und zwar allein schon aufgrund des Bevölkerungswachstums, also ohne Hebung des Lebensstandards.

Beim Weltenergiebedarf wird mit einer Steigerung um über 50 % gerechnet, wobei Erdöl nach wie vor die wichtigste Energiequelle bleiben wird. Akute Energieknappheiten sollen sich mit besonderer Relevanz für die unterentwickelten Länder ergeben, selbst bei der Brennholzversorgung.

Die Waldflächen der Erde können bis zum Jahre 2000 um mehr als ein Drittel zurückgehen, weil sie der landschaftsfressenden Ausbreitung von Ballungszentren, Siedlungen und Verkehrsverbindungen geopfert werden. Dies hat die nicht auszuschließende Folge, daß sich die Wüstenflächen verdreifachen können.

Ferner besteht die Gefahr, daß nahezu ein Fünftel aller biologischen Arten unserer Erde im Jahre 2000 ausgerottet sein wird. Dieses Fünftel umfaßt mindestens 500 000 Pflanzen- und Tierarten — eine Größenordnung, die dem menschlichen Vorstellungsvermögen nur schwer eingeht. Die Auswirkungen dieser genetischen Vernichtung auf unsere zukünftigen Existenzmöglichkeiten können wir heute nur ahnen. Schließlich werden sich die Menschen in der Zukunft in sehr viel umfassenderem Maße als heute mit dem Problem konfrontiert sehen, hochradioaktive Abfälle für Zehntausende von Jahren von der Umwelt fernzuhalten — eine Aufgabe, die den Zeitraum überlieferter Geschichte übersteigt. Diese in der Tat bedenklichen Perspektiven werden in dem „Global 2000 Report“ in der Mahnung zusammengefaßt, daß, wenn sich die gegenwärtigen Entwicklungstrends fortsetzen, die Welt im Jahre 2000 noch überbevölkert, noch ver-

schmutzter, ökologisch noch weniger stabil und für Störungen noch anfälliger sein wird als die Welt, in der wir heute leben.

2. Nationale Umweltbelastungen

Die geschilderten weltweiten Umweltrends gelten im Grundsatz auch für unser Land als einem Bestandteil dieser Erde. Ich nenne hier beispielsweise die Probleme von Gewässerreinigung und Wasserversorgung. Bei der Gewässerreinigung stehen großen Fortschritten beim Abbau der organischen Belastungen noch hohe Verschmutzungen durch Schwermetalle, kanzerogene Stoffe und Salze gegenüber. Diese Verschmutzungen sind besonders besorgniserregend, weil sich die Tendenz zur Trinkwassergewinnung aus Oberflächengewässern oder Uferfiltraten noch verstärken wird.

Bundesinnenminister Baum hat vor kurzem in eindringlicher Weise auf die Gefahr akuter Cadmium-Schädigung des Menschen, von Tier und Pflanzen insbesondere durch Anreicherungsprozesse in der Nahrungskette hingewiesen. Angesichts der hohen Cadmiumbelastung vieler Klärschlämme sowie der Direktleitungen stark cadmiumhaltiger Abwässer wird uns beispielhaft vor Augen geführt, wie eng begrenzt in Zukunft die Möglichkeiten sein werden, den Schmutz der Umwelt auf die den eigentlichen Umweltverschmutzungsprozessen nachgeschalteten „end-of-the-pipe“-Techniken wie Kläranlagen zu stützen. So gibt es einige zunehmend sich verschärfende Probleme, die mit Entsorgungstechniken überhaupt nicht mehr lösbar sind.

3. Sozio-politische Folgen

Die weltweiten und nationalen Ressourcenverknappungen und Umweltbelastungen können schließlich schwerwiegende Folgen für den Weltfrieden und für den sozialen Frieden haben. So könnte die Tatsache, daß die 200 größten Flüsse der Erde den gegensätzlichen Nutzungsansprüchen jeweils mehrerer Anliegerstaaten ausgesetzt sind, zu unfriedlichen Auseinandersetzungen führen, wenn der ansteigende Trend von Wasserverschmutzung und Frischwasserbedarf anhält.

Meeresverschmutzung, Energieknappheit, klimatische Veränderungen und weiträumige Luftverschmutzungen sind weitere globale Konflikttherde.

Nicht nur im nationalen Bereich bildet die Umweltkrise vor allem in den industriellen Ballungszentren gefährliche Ansatzpunkte für sozialen Unfrieden. Die Flucht einkommens-

stärkerer Bevölkerungskreise aus den Innenstädten ist ein warnendes Zeichen. Das soziale Spannungsfeld der Umweltbelastungen ist daher ein Gebiet, das der Aufarbeitung bedarf.

II. Flucht aus der Verantwortung

Das global und national geschilderte und keineswegs erfreuliche Zukunftsbild beruht auf der langfristigen Extrapolation des heute bestehenden Zustands, auf der Annahme also, daß sich die gegenwärtigen Handlungsbedingungen und umweltbelastenden Verhaltensweisen des Menschen auch in Zukunft nicht wesentlich ändern werden. Diese Annahme ist — wie stets bei Status-quo-Prognosen — anfechtbar. Es kann besser kommen, allerdings auch schlechter. Zwingend ergibt sich aus den Prognosen jedoch der Schluß, daß die bisherigen Entwicklungstrends der Umweltzerstörung auch nach zehn Jahren Umweltpolitik weder national noch weltweit entscheidend gebrochen sind — trotz ermutigender Ansätze.

Woran liegt das? Für die Bundesrepublik Deutschland möchte ich aus der Fülle der Ursachen einen Faktorenkomplex herausgreifen: Die Flucht mancher Gruppen und Institutionen in Staat und Gesellschaft aus der Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Umwelt. Dies hat dazu geführt, daß die Bundesrepublik Deutschland international in einigen Bereichen des Umweltschutzes ihre Pionierrolle nicht mehr gehalten hat. Dazu möchte ich einige Bemerkungen über die führenden gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes machen:

1. Bemerkungen zu einzelnen Gruppen und Institutionen

Politische Parteien

Verantwortung für die natürliche Umwelt und unsere künftigen Lebensgrundlagen tragen in besonderem Maße die politischen Parteien. Sie haben die Aufgabe, Leitlinien für die gesellschaftliche und staatliche Entwicklung festzulegen und Handlungskonzepte zu entwickeln.

Die seit Anfang der sechziger Jahre erkennbare Umweltproblematik wurde nur zum geringen Teil von den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien aus eigener Initiative

aufgegriffen und konzeptionell bewältigt. Vielmehr wurde das konkrete Umweltthema in seiner Gesamtheit den Parteien in den siebziger Jahren durch Bürgerzusammenschlüsse, durch Initiativen der Parteibasis, durch die öffentliche Diskussion alarmierender Zustandsbeschreibungen und einzelner Skandalfälle sowie durch die zunehmende Prozeßlawine im Umweltbereich als Fragestellung „nahegebracht“. Gewiß, die Parteien haben — allerdings unterschiedlich schnell — die Dringlichkeit und Brisanz des Umweltthemas erkannt und programmatisch verarbeitet. Festzuhalten bleibt jedoch, daß die ersten umfassenden Handlungskonzepte für den Umweltschutz — das Sofortprogramm der Bundesregierung von 1970 und das Umweltprogramm von 1971 — nicht auf programmatischen Vorstellungen der politischen Parteien aufbauen konnten, sondern von der Exekutive erarbeitet wurden.

Dies ist heute anders. Inzwischen haben die Parteien das programmatische Defizit in der Umweltpolitik in unterschiedlichem Maße vermindert. Die Umweltprogrammatische ist überall länger und die „grüne“ Rhetorik lauter geworden.

Das notwendige politische Gewicht hat der Umweltschutz gleichwohl bis heute noch nicht überall zu erlangen vermocht. Grundsatzzdebatten über Umweltpolitik finden im Deutschen Bundestag selten vor überfülltem Hause statt. Mit dem Eintreten für Umweltbelange ist immer noch keine Parteikarriere zu machen. Wer sich in den Parteien über alle Maßen für den Umweltschutz engagiert, hat es als unbequemer Mahner unendlich schwer, sich durchzusetzen. Allzu leicht wird er — wie prominente Beispiele zeigen — ins politische Abseits gedrängt.

Staat

Bund, Länder und Gemeinden befinden sich im Umweltschutz in einer schwierigen Doppelrolle. Einerseits schützen sie die Umwelt durch Programme, Gesetze und finanzielle Investitionsanreize. Andererseits belasten sie

die Umwelt durch die Wahrnehmung anderer notwendiger öffentlicher Aufgaben, z. B. im Verkehrs-, Fernmelde- oder Verteidigungsbereich. Ferner tritt der Staat im Wirtschaftsleben als Allein- oder Miteigentümer umweltbelastender gewerblicher Unternehmen, als Eigentümer von Grundbesitz und — im Beschaffungswesen — als einer der größten Nachfrager nach wirtschaftlichen Gütern und Leistungen auf.

Bislang ist es Bund, Ländern und Gemeinden nur unvollkommen gelungen, Umweltschutzbelange bei eigenen, umweltbelastenden Tätigkeiten ausreichend zu berücksichtigen.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel hierfür ist der Mißerfolg, der „den Grundsätzen für die Prüfung der Umweltverträglichkeit öffentlicher Maßnahmen des Bundes“ beschieden war. Nach ihnen sollte bei allen öffentlichen Maßnahmen nach einem bestimmten Verfahren die Umwelterheblichkeit und die Umweltverträglichkeit der jeweiligen Maßnahme geprüft werden. In der täglichen Entscheidungspraxis werden die Grundsätze jedoch weitgehend ignoriert. Bund, Länder und Gemeinden treffen ihre Entscheidungen als Allein- oder Miteigentümer von Kraftwerken, Zechen und sonstigen Produktionsstätten, als Eigentümer von Grundbesitz sowie als Käufer von Wirtschaftsgütern überwiegend nach erwerbswirtschaftlichen und sicherlich auch nach sozialen Gesichtspunkten. Umweltschutzbelange spielen bei diesen Entscheidungen über das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß hinaus so gut wie keine Rolle. Bei hoheitlichem Handeln ist das Einhalten der Grenzwerte und umweltverträgliches Verhalten noch problematischer. Nicht ganz ungerechtfertigt ist daher die — vor allem von der Wirtschaft — geäußerte Bitte, im Bereich staatlichen Handelns im Umweltschutz die gleiche Verantwortung zu zeigen, wie sie von anderen gefordert wird.

Industrie und Gewerkschaften

Die Industrie ist neben dem Staat der Hauptadressat staatlicher Umweltschutzanforderungen. Denn sie verursacht schwerwiegende Belastungen von Boden, Wasser und Luft. Da technische Umweltschutzmaßnahmen regelmäßig kostspielig sind, ist es verständlich — wenn auch kein Zeugnis besonderen Umweltbewußtseins —, daß die Industrie oft neuen Umweltschutzanforderungen abwehrend begegnet und fehlende Erforderlichkeit oder mangelnde Eignung der geforderten Maßnahmen nachzuweisen sucht.

Unverständlich ist jedoch die Strategie, bestehende, vom Gesetzgeber getroffene Grundsatzentscheidungen für den Umweltschutz bei jeder sich bietenden Gelegenheit nachträglich wieder in Frage zu stellen.

So wurde im Bereich der Luftreinhaltung aufgrund der wirtschaftlichen Rezession Mitte der siebziger Jahre versucht, den für industrielle Neuanlagen geltenden Vorrang von Immissionsschutzbelangen gegenüber wirtschaftlichen Interessen durch Einfügen einer Abwägungsklausel in das Bundes-Immissionsschutzgesetz zugunsten ökonomischer Interessen zu beseitigen. Diese Schwächung des Immissionsschutzes konnte bislang verhindert werden. Es bedarf jedoch keiner hellseherischen Fähigkeiten, um vorauszusagen, daß sich der Druck auf den Gesetzgeber bei zunehmendem Einsatz der Kohle als Energieträger wieder verschärfen wird. Im Gewässerschutz werden die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten von bestimmter Seite genutzt, durch Forderungen nach einer extensiven Anwendung der Härteklausel des Abwasserabgabengesetzes die Wirksamkeit dieses Gesetzes abzuschwächen.

Diese und andere Forderungen werden häufig unter Berufung auf die Marktwirtschaft erhoben, deren Funktionsfähigkeit durch umweltpolitische Eingriffe des Staates beeinträchtigt werde. Dahinter steckt jedoch zumeist die Forderung nach Wahrung wirtschaftlicher Besitzstände. Besitzstandswahrung als Motiv für die Abwehr unerläßlicher Anpassungsprozesse bedeutet jedoch nichts anderes als das Einfrieren volkswirtschaftlich negativer Strukturen. Dies ist ein unserer marktwirtschaftlichen Grundordnung zutiefst fremdes Element. Wäre unsere Wirtschaft von jeher mit dieser Anpassungsangst angetreten, befände sie sich nach wie vor im Zustand eines „frühindustriellen Fossils“. Nostalgikern möchte ich dabei anraten, einen kurzen Blick über unsere Grenzen zu werfen: Dort können an einigen Stellen in der Welt „Museumswirtschaften“ mit verschleierten oder zweistelligen Arbeitslosenquoten und hemmungsloser Umweltverschmutzung noch besichtigt werden.

Wer sich gegen umweltpolitisch unabdingbar notwendige Anpassung und Strukturveränderung stemmt, verkennt, daß Marktwirtschaft nur auf der Grundlage einer intakten Umwelt funktionieren kann. Umweltschutz ist in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten eine ebenso unabweisbare Herausforderung für die Wirtschaft wie in konjunkturellen Aufschwungsphasen.

Den Gewerkschaften ist zu danken, daß sie ihr Umweltprogramm vorgelegt und daran auch in Zeiten schwierigerer Wirtschaftslage festgehalten haben. Ein Zwiespalt ist jedoch unverkennbar: In einer Allianz mit der Industrie befinden sich im Umweltschutz nicht selten die Gewerkschaften vor Ort. Sie unterstützen industrielle Forderungen, die gegen den Umweltschutz gerichtet sind, häufig mit dem Hinweis auf die Bedrohung von bestimmten Arbeitsplätzen.

Dabei wird jedoch übersehen, daß die allmähliche Verschlechterung der Umwelt, insbesondere die zunehmende Belastung der industrialisierten Ballungsgebiete, zuallererst einkommensschwächere Personen trifft, die sich der Umweltverschlechterung nicht durch Wohnungswechsel entziehen können. Es wird noch mancher Arbeit bedürfen, bis allgemein erkannt ist, daß Arbeitsplatzsicherung auf Kosten des Umweltschutzes letztlich soziale Ungleichheiten in den Lebensbedingungen für die heutige Generation verschärft und für künftige Generationen fortschreibt.

Land- und Forstwirtschaft

Das Sankt Florians-Prinzip, das sich wie ein roter Faden durch das Verhalten von Staat und Wirtschaft hindurchzieht, wird auch im umweltpolitischen Handeln von Land- und Forstwirtschaft nicht länger verdeckt.

Die Umweltbelastungen durch Pestizide, Handelsdünger, Flurbereinigung und durch manche Formen der Waldbewirtschaftung werden noch allzu oft gelegnet. Mehr noch: die land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung wird gedanklich mit Naturschutz- und Landschaftspflege gleichgesetzt. Den Land- und Forstwirtschaftsvertretern ist es sogar gelungen, diese Gleichsetzung durch die sog. „Landwirtschaftsklausel“ im Bundes-Naturschutzgesetz rechtlich abzusichern.

Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß sich die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege immer weniger mit den modernen, ökonomisch-technischen Zwängen folgenden Produktionsmethoden von Land- und Forstwirtschaft vertragen.

Wissenschaft

Für den wissenschaftlichen Bereich stand von Anbeginn der Umweltpolitik fest, daß die Bewältigung der Umweltprobleme interdisziplinäre Forschungsansätze und kooperative Organisationsformen der Wissenschaft erforder-

te. Das Umweltprogramm der Bundesregierung von 1971 betonte diese Notwendigkeit.

Die bislang erzielten Fortschritte interdisziplinärer Forschung und Lehre sind jedoch gering. Die Fakultätsgrenzen an den Universitäten sind wie eh und je kaum übersteigbar. Wer als Student oder junger Wissenschaftler über den Tellerrand des eigenen Fachbereichs zu schauen versucht, mag das Verständnis für Umweltprobleme fördern; seine Karriere fördert er dabei in den seltensten Fällen.

Ergebnis ist: Im Umweltschutz herrscht die Auftragsforschung vor. Dies hat zwangsläufig zur Vernachlässigung der Grundlagenforschung geführt. Besonders deutlich wird dies im Bereich der Ökologie, die immer noch um ihr Selbstverständnis ringen muß. Das Fehlen ausreichender theoretischer Grundlagen für die interdisziplinäre Forschung hat für den praktischen Umweltschutz zur Folge, daß Umweltschutzprobleme weiterhin ausschließlich fachspezifisch bearbeitet werden und die Bemühungen um eine „ökologisch orientierte“ Umweltpolitik, die Mensch und Natur als System begreift, bislang über Ansätze kaum hinausgekommen sind.

Kirchen

Wenden wir uns nach den wissenschaftlichen Grundlagen den ethischen Handlungsprinzipien des Umweltschutzes zu. Die Verfolgung dieser Prinzipien ist ein besonderes Anliegen der Kirchen.

Schon früh bestellte die Evangelische Kirche Deutschlands einen Umweltschutzbeauftragten. Allerdings vermögen organisatorische Maßnahmen die konzeptionelle Grundlagenarbeit nicht zu ersetzen. Evangelische und katholische Kirche haben zu ethischen Fragen des Umweltschutzes lange Zeit geschwiegen und die Diskussion einzelnen Kirchenmitgliedern, Theologen und Wissenschaftlern überlassen.

Wie schwer sich die Kirchen immer noch mit den ethischen Aspekten der komplizierten technischen, naturwissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme des Umweltschutzes tun, zeigen z. B. die kürzlich veröffentlichten Erklärungen der katholischen Kirche zu Fragen der Umwelt und der Energieversorgung³⁾.

In einer der Stellungnahmen werden Bau und Betrieb kerntechnischer Anlagen von der Ga-

³⁾ Die Deutschen Bischöfe, Zukunft der Schöpfung — Zukunft der Menschheit, 1980.

rantie der Fachwissenschaftler abhängig gemacht, daß der Eintritt von Explosionen, Strahlenschäden und sonstigen Katastrophen mit „Sicherheit“ — nicht bloß mit Wahrscheinlichkeit — ausgeschlossen ist⁴⁾.

Mit dieser Forderung wird entweder der technische Sicherheitsbegriff, der nur Wahrscheinlichkeitsaussagen kennt, mißverstanden oder es wird in verschleierte Form gegen die Nutzung der Kernenergie Stellung bezogen. Diese Position vertritt in der Tat der katholische Sozialphilosoph Spaemann, der in der Erklärung zitiert wird und der die Inbetriebnahme von Kernkraftwerken zur Zeit für „ethisch auf keinen Fall gerechtfertigt“ hält⁵⁾. Wenn diese Auffassung auch der Erklärung der katholischen Kirche zugrunde liegen sollte, hätte die Ablehnung der Kernenergienutzung deutlich ausgesprochen werden müssen. Gerade ethische Fragen vertragen keine Mehrdeutigkeit.

2. Gesamtbeurteilung

Fassen wir die Ergebnisse dieses kurzen Überblicks über die wichtigsten Gruppen und Insti-

III. Verantwortung für die Zukunft

Angesichts der harten Auseinandersetzungen in Fragen des Umweltschutzes — insbesondere der Kernenergie — erscheint es auf den ersten Blick abwegig, von allgemein anerkannten, ethischen Prinzipien für den Umweltschutz auszugehen. Ich glaube jedoch, daß über einige grundlegende Wertmaßstäbe Konsens besteht oder aber sich erzielen läßt. Die Erkenntnis gemeinsamer Wertgrundlagen könnte dazu beitragen, manchen unversöhnlichen Interessenstreit zu entschärfen.

Dabei geht es nicht um die Entwicklung einer Wertphilosophie. Gesucht ist vielmehr das „ethische Minimum“ im Umweltschutz, jene Wertmaßstäbe also, die unsere Zukunft sichern und in der Gegenwart gleichwohl konsensfähig sind.

Hierzu ist es zweckmäßig, zunächst einen Blick auf Werthaltungen zu werfen, die nicht zu diesem „ethischen Minimum“ gehören. Es

tutionen zu einem Gesamturteil zusammen: Kennzeichnend für die geschilderten Verhaltensweisen ist die fehlende Zukunftsperspektive. Die Bewahrung des Status quo hat Vorrang vor der Zukunftssicherung. Dies zeigt sich im materiellen Bereich in der Verteidigung des erreichten Besitzstandes um „fast jeden Preis“ und im immateriellen Bereich in der Abwehrhaltung gegenüber neuen Gedanken, Vorschlägen und Konzeptionen. Eng verbunden mit dieser Haltung ist eine im wesentlichen interessengebundene, fachspezifische, fragmentarisierte Problemsicht der Verantwortlichen. Was Wunder, daß bei dieser Grundhaltung der Entscheidungsmut der zum Handeln Verpflichteten nur ungenügend ausgeprägt ist. Man schiebt die Verantwortung auf die Zuständigkeit des anderen ab. Alle sind in Deckung gegangen. Jeder hofft, daß ihn das Unglück verschont.

Unter Opportunismus, Kurzsichtigkeit und mangelndem Mut leidet letztlich die Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen. Fatalismus, Frustrationen, gelegentlich Zynismus breiten sich aus — vor allem unter der jüngeren Generation.

handelt sich dabei etwa um Forderungen nach einer radikalen Umwertung aller Werte oder nach einer neuen Innerlichkeit des Menschen gegenüber der Natur. Diese Forderungen mögen grundsätzlich respektabel sein, sie führen aber in die Irre.

1. Irrwege

„Ökologische“ Ethik

So werden oft von engagierten Umweltschützern naturwissenschaftliche Konzepte und Erkenntnisse der Ökologie in Wertpositionen und ethische Handlungsmaximen „umfunktioniert“. Dies führt zu „naturalistischen Fehlschlüssen“ von deskriptiven, empirischen Aussagen auf normative Werturteile⁶⁾.

⁴⁾ Kardinal Höffner, Mensch und Natur im technischen Zeitalter, in: Zukunft der Schöpfung — Zukunft der Menschheit, a. a. O., S. 44.

⁵⁾ Spaemann, Technische Eingriffe in die Natur als Problem der politischen Ethik, in: Birnbacher (Hrsg.), Ökologie und Ethik, 1980, S. 206.

⁶⁾ Dieser logische Mangel mancher ökologischer Werthaltungen wird zunehmend auch im Lager der „Grünen“ erkannt; vgl. Altner, Leidenschaft für das Ganze, 1980, S. 221. Allgemein zu Begründungsfehlern von Öko-Theoretikern: Birnbacher, Sind wir für die Natur verantwortlich? in: ders. (Hrsg.), Ökologie und Ethik, 1980, S. 106 ff.

Zum Beispiel wird aus der Tatsache, daß der Mensch an der Spitze der Nahrungskette steht und anderen Lebewesen überlegen ist, die normative Rolle des „Aristokraten“ abgeleitet, die den Menschen zum Dienst gegenüber der Natur verpflichtet⁷⁾.

Andere ziehen aus der Einfügung des Menschen in Lebensketten den radikalen Schluß, daß Umweltpolitik zur Erhaltung der Lebensketten am Schutz des empfindlichsten Lebewesens ausgerichtet sein müsse. Diese Maxime führte — würde sie wörtlich genommen — zur Zerstörung unserer Industriegesellschaft. In der Tat wird die „raschestmögliche Zerstörung des Industriesystems“ als ökologische Forderung aufgestellt⁸⁾.

Subtiler und derlei elitäre Gedankenlosigkeiten vermeidend argumentieren Ökotheoretiker, die das Ökosystemkonzept auf Staat und Gesellschaft übertragen und „die Funktionsfähigkeit des eigenen Systems“ als obersten „Leitwert“ menschlichen Handelns postulieren, aus dem dann weitere Leitwerte abgeleitet werden⁹⁾. „Funktionsfähigkeit“ ist als Grundwert jedoch inhaltsleer und kann zur Rechtfertigung einer Demokratie ebenso wie zur Rechtfertigung einer Diktatur herangezogen werden.

Diese wenigen Hinweise zeigen, daß die naturwissenschaftlich-empirischen Konzepte der Ökologie nicht als normative Postulate einer „ökologischen“ Ethik zweckfremdet werden dürfen. Dies führt nicht nur zur Konfusion im ethischen Bereich, sondern schadet auch der Ökologie als Wissenschaft, die durch eine Vermischung empirischer und normativer Konzepte auf das Niveau einer Öko-Ideologie abgleiten würde.

Marxismus

Eine zweite Gruppe engagierter Umweltschützer vermeidet den Fehler, normative Postulate unmittelbar aus naturwissenschaftlichen Konzepten abzuleiten. Vielmehr verwendet diese Gruppe ökologische Erkenntnisse lediglich als Bestätigung der marxistischen Gesellschaftstheorie; erst diese bildet die Grundlage ethischer Handlungsmaximen.

⁷⁾ So Fraser-Darling (ehemaliger Vizepräsident der amerikanischen Conservation Foundation), Die Verantwortung des Menschen für seine Umwelt, in: Birnbacher (Hrsg.), Ökologie und Ethik, 1980, S. 9f, 19.

⁸⁾ So Amery, Natur als Politik, S. 181, 184ff.

⁹⁾ So Bossel, Grundwerte und Orientierung, in: Anders denken — anders handeln, Öko-Institut 1978, S. 17.

Marxistisch orientierte Umweltschützer aller Schattierungen¹⁰⁾ stimmen in der Grundüberzeugung überein, daß die private Verfügungsmacht über die Produktionsmittel und die daraus folgende Ausrichtung des kapitalistischen Produktionsprozesses an privaten Profitinteressen die Hauptursache der Umweltbelastungen darstellt. Zentrale Forderung marxistisch orientierter Umweltschützer ist daher die Beseitigung des kapitalistischen Industriesystems durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Errichtung einer Wirtschaftsordnung, in der nicht private Profitmaximierung, sondern nur die Befriedigung der wahren menschlichen Bedürfnisse den Produktionsprozeß leitet¹¹⁾.

Nicht-Marxisten begegnen dieser Forderung üblicherweise mit dem gegenwärtig nicht widerlegbaren Einwand, daß die bestehenden sozialistischen Staaten der Umweltprobleme noch viel weniger Herr geworden sind als die kapitalistischen Industriesysteme des Westens. Marxistisch orientierte Umweltschützer pflegen dann zu antworten, daß es sich hier um Fehlentwicklungen handele und eine zentrale staatliche Planwirtschaft prinzipiell eher in der Lage sei, Umweltbelange im Produktionsprozeß zu berücksichtigen als auf Profitmaximierung ausgerichtete kapitalistische Systeme. Dieses Vertrauen auf das umweltbewußte Handeln einer allmächtigen Staatsbürokratie dürfte realitätsfern sein.

Hinzu kommt ein zweiter, unter dem Gesichtspunkt der Umweltethik besonders bedeutsamer Mangel der marxistischen Argumentation.

Endziel der sozialistischen Entwicklung ist die klassenlose Gesellschaft, in der alle materiellen Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden und jedermann aufgrund fortschreitender

¹⁰⁾ Z. B.: Kade, Ökonomische und gesellschaftspolitische Aspekte des Umweltschutzes, in: Glagow (Hrsg.), Umweltgefährdung und Gesellschaftssystem, 1972, S. 124ff., 140; Strohm, Politische Ökologie, 1979, S. 365ff.

¹¹⁾ Kade, a.a.O., S. 141: „Es sind eben genau jene Verhaltensmuster, die ein privat-kapitalistisches System zu seiner Selbsterhaltung braucht, die zur Zerstörung der natürlichen Umwelt des Menschen geführt haben. Wenn das so ist, so wird die Frage des Umweltschutzes zur Frage nach der Ablösung des kapitalistischen Systems, nach der Beseitigung der produktiven Faktoren, nach einer humanen Zielsetzung der gesamten gesellschaftlichen Produktion, nach einem menschlichen Verwertungszusammenhang von Wissenschaft und Technik.“

¹²⁾ Z. B.: Strohm, a.a.O., S. 386; ähnlich: Jänicke, Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert, 1979, S. 20.

Technisierung einen ständig wachsenden Zeitanteil seiner geistigen Entwicklung und Selbstverwirklichung widmen kann¹³). Dieses Ziel der maximalen Bedarfsdeckung erfordert faktisch ein unbegrenztes quantitatives Wirtschaftswachstum; andernfalls müßten die zunehmenden materiellen und immateriellen Ansprüche der Menschen unerfüllt bleiben¹⁴). So heißt es denn auch im kommunistischen Manifest: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“¹⁵) Die fortlaufende Vermehrung der Produktionskräfte gehört seitdem zu den fundamentalen ökonomischen Postulaten der marxistischen Theorie. Ein beständiges Wachstum des Güterausstoßes soll ein beständiges Ansteigen des Wohlstandes sichern¹⁶).

Für die marxistische Ethik folgt aus diesem Prinzip die individuelle Verpflichtung zur dauernden Steigerung der Produktivität. Die sittliche Entwicklung des Menschen ist abhängig von seiner materiellen Leistungsfähigkeit — dies ist die Folge der marxistischen Auffassung von Ethik als „Überbau“ der materiellen Produktionsprozesse¹⁷).

Es ist offensichtlich, daß dem orthodoxen Marxismus der Gedanke fremd ist, daß die Belastungsfähigkeit der Natur und die irdischen Ressourcen endlich und damit auch der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse Grenzen gesetzt sind. Dieses unbekümmerte, ja leichtfertige Verhältnis zur natürlichen Umwelt findet sich aber auch bei Vertretern eines nicht-orthodoxen Marxismus¹⁸).

¹³) Siehe Marx, Kritik des Gothaer Programms von 1875, in: Marx, Werke, Bd. III, 2, 1960, S. 1024, hrsg. v. H.J. Lieber; Artikel „Marxistische Ethik“ in: Höffe (Hrsg.), Lexikon der Ethik, 1977, S. 148; Scholder, Grenzen der Zukunft, 1973, S. 90.

¹⁴) Scholder, a.a.O., S. 89ff.

¹⁵) Marx, Werke, Bd. II, 1975, S. 841f., hrsg. von H. L. Lieber und P. Furth.

¹⁶) Levine, Wirtschaftliches Wachstum, in: Kernig (Hrsg.) Marxismus im Systemvergleich, Ökonomie 4, 1973, Sp. 205.

¹⁷) Lexikon der Ethik, S. 147f.

¹⁸) Z. B.: Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, 1970, S. 727f.: „Die Möglichkeit einer echten Wahl zwischen zusätzlichem Reichtum und zusätzlicher Freiheit wird erstmals in einer sozialistischen Gesellschaft, die ihren Bürgern einen Überfluß an Gütern und Diensten sichert, gegeben sein.“ (zitiert nach Scholder, a.a.O., S. 92).

Geradezu abenteuerlich muten aus heutiger Sicht die Vorstellungen von Bloch zur Kernenergienutzung an. Dieser bekannte Theoretiker eines freiheitlichen Sozialismus glaubt, mit Hilfe der Kernenergie die Sahara und die Wüste Gobi in Fruchmland sowie Sibirien, Nordkanada, Grönland und die Antarktis zur Riviera verwandeln zu können¹⁹).

Der Vorwurf einer umweltzerstörenden wirtschaftlichen Wachstums- und Technologiegläubigkeit, der von marxistisch orientierten Umweltschützern gegen die kapitalistische Produktionsweise erhoben wird, gilt also im gleichen Maße auch für den sozialistischen Produktionsprozeß. Es gehört zu den vielen Ungereimtheiten der Umweltschutzdiskussion, daß gerade engagierte Umweltschützer den fundamentalen Widerspruch zwischen marxistischer Fortschrittsgläubigkeit und den Grenzen der Umwelt leugnen und den Teufel des Kapitalismus mit dem Beelzebub des Sozialismus austreiben wollen.

Naturphilosophie

Ich glaube, daß auch die häufig erhobene Forderung nach einer Wiederbelebung der Naturphilosophie von Aristoteles, Goethe und anderen Denkern keine tragfähige Grundlage für eine neue Umweltethik bildet. Das Verständnis der Natur als Einheit von objektivem Geist und Materie würde eine Revision des Naturbegriffs der modernen Naturwissenschaften fordern. Neben naturwissenschaftliche Analyse träte intuitive Wesensschau, um den objektiven Geist in den Dingen der Natur zu erkennen. In der Tat könnte mit diesem Naturbegriff mehr Ehrfurcht und größere Rücksicht des Menschen gegenüber anderen Lebewesen verbunden sein²⁰).

Doch die modernen Naturwissenschaften haben über die Naturphilosophie — ebenso wie Newton über Goethe — endgültig den Sieg davongetragen²¹). Probleme der Abgasreini-

¹⁹) Bloch, Das Prinzip Hoffnung, 1959, S. 775: „Wie die Kettenreaktionen auf der Sonne uns Wärme, Licht und Leben bringen, so schafft die Atomenergie ... in der blauen Atmosphäre des Friedens aus Wüste Fruchmland, aus Eis Frühling. Einige hundert Pfund Uranium und Thorium würden ausreichen, die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden zu lassen, Sibirien und Nordkanada, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln.“

²⁰) Eine Revision des heutigen Naturbegriffs der Naturwissenschaften im Sinne der Naturphilosophie Goethes fordert z. B. Manstein, Strahlen. Gefahren der Radioaktivität und Chemie, 1977, S. 378ff.; ähnlich aus christlicher Sicht: Pfeiffer, Umwelt und Ethik, 1980, S. 74.

²¹) Scholder, a.a.O., S. 108.

gung, der Abwasserbehandlung oder der Energieversorgung lassen sich durch intuitive Wesensschau weder lösen noch durch Wiedererwecken eines Pantheismus verhindern.

2. Kriterien verantwortlichen Handelns im Umweltschutz

Die fehlende Konsensfähigkeit der skizzierten Ethikansätze ergibt sich daraus, daß sie rational nicht nachvollziehbar sind, weil sie entweder auf logischen Fehlschlüssen oder auf einer Geistmetaphysik beruhen, die sich — wie einer ihrer Befürworter einräumt — nicht in üblicher Weise beweisen, sondern nur in übersinnlicher Wahrnehmung erfahren läßt²²⁾.

In einer pluralistischen Gesellschaft kann das „ethische Minimum“ des Umweltschutzes nur auf Prämissen gegründet werden, die im größtmöglichen Umfang rational nachvollziehbar sind und daher unabhängig von einer bestimmten Weltanschauung oder einem bestimmten Menschenbild akzeptiert werden können. Dabei muß man sich im klaren sein, daß Wertbegründungen nicht gänzlich ohne Postulate auskommen. Diese müssen jedoch allgemein Anerkennung finden.

Grundpostulat

Ich glaube, es besteht Einigkeit über die ethische Verpflichtung, menschliches Leben zu schützen und für unsere Nachkommen die Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben zu erhalten. Dieses Postulat läßt sich religiös oder philosophisch begründen. Angesichts des bestehenden Konsenses mag die Frage der Begründung dahinstehen.

Heftiger Streit herrscht aber über die Frage, ob außer dem Menschen auch andere Lebewesen ein Eigenrecht auf Existenz besitzen. Vielfach wird unsere herkömmliche anthropozentrische Werthaltung als Hauptursache für die Umweltkrise angesehen und demgemäß als unzureichend für eine Umweltethik gehalten. Gefordert wird eine Ethik, die die Erhaltung der Natur nicht an ihrer Nützlichkeit für den Menschen mißt, sondern die der Natur ein Eigenrecht auf Existenz zubilligt.

Im Gegensatz zu einer verbreiteten Meinung ist wohl die Beantwortung dieser Streitfrage nicht entscheidend, um Maßstäbe für verantwortungsbewußtes Handeln im Umweltschutz aufzustellen. Denn selbst wenn man der Natur einen vom Menschen nicht abgeleiteten Ei-

genwert zubilligte, ja selbst wenn man Bäumen und anderen Naturobjekten eine juristische, vom Menschen nicht wahrzunehmende Klagebefugnis einräumte²³⁾, bliebe doch die für die Praxis bedeutsame Frage ungelöst, nach welchen Kriterien bei einer Kollision menschlicher Interessen mit Rechten von Naturobjekten zu entscheiden ist. Will man nicht der eben erwähnten Auffassung folgen, daß sich der Umweltschutz an der Erhaltung des schwächsten Lebewesens ausrichten müsse, daß also im Zweifel die Natur Vorrang gegenüber menschlichen Interessen genießt, dann wird doch wohl in der Praxis eine Abwägung zwischen den betreffenden Belangen vorgenommen werden müssen, wie sie auch heute auf der Grundlage einer anthropozentrischen Werthaltung erfolgt.

Ich möchte mich daher in den philosophischen Streit um das anthropozentrische Weltbild nicht einmischen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei jedoch bemerkt: Zu einem menschenwürdigen Leben gehört — und ich glaube auch hierüber besteht allgemeine Einigkeit — nicht nur die physische Existenz des Menschen, sondern ein Leben in einer möglichst intakten Umwelt. „Die Verletzung der Menschenwürde“ — eben das ist auf die provokante Frage zu antworten: Was spricht gegen Plastikbäume?²⁴⁾

Furcht und Hoffnung

In der beschriebenen Allgemeinheit besteht Einigkeit über unsere Verantwortung für die Erhaltung der natürlichen Umwelt und für die Sicherung der Zukunft unserer Nachkommen. Streit entsteht jedoch, wenn konkret angegeben werden soll, welcher Umweltzustand erhaltenswürdig ist. In dieser Situation hilft eine Eigenart des menschlichen Geistes, die wir aus dem Alltagsleben kennen und die auch für verantwortungsvolles Handeln im Umweltschutz bedeutsam ist²⁵⁾. Uns fällt es oft leichter, negativ zu beschreiben, was wir nicht wollen, als positiv anzugeben, was wir wollen.

So erkennen wir den Wert von Bestandteilen der natürlichen Umwelt vielfach erst, wenn wir uns ihr Fehlen vor Augen führen. Den Wert der Nahrung empfinden wir, weil wir den Hunger kennen. Die Erhaltung von Tieren

²³⁾ Diese Forderung erhebt z.B. Tribe, Was spricht gegen Plastikbäume?, in: Birnbacher (Hrsg.), Ökologie und Ethik, 1980, S. 56 ff.

²⁴⁾ Krieger, What's Wrong with Plastic Trees?, Science 179 (1973), S. 446, 451 ff.

²⁵⁾ Die folgenden Ausführungen stützen sich zum Teil auf Jonas, Das Prinzip Verantwortung, 1979, S. 63 ff., 76 ff., 390 ff.

²²⁾ Pfeiffer, a.a.O., S. 74.

und Pflanzen wünschen wir, weil wir unter der Ode der Steinwüsten von Städten leiden. Kurz — die Furcht vor dem Verlust der vorhandenen Lebewesen und von Naturbestandteilen hilft uns erkennen und Einigkeit darüber erzielen, welcher Zustand für die Zukunft erhaltenswert ist. Furcht als Element der Verantwortung fordert somit, bewußte Anstrengungen zu unternehmen, neben den beabsichtigten Wirkungen unseres Handelns vor allem auch die negativen, in der Zukunft liegenden Nebenwirkungen auf die Umwelt abzuschätzen. Angesichts unserer technischen Fähigkeit, weit in der Zukunft liegende Zustände der Umwelt zu beeinflussen und dabei die Lebensgrundlagen künftiger Generationen insgesamt zu zerstören oder erheblich zu verschlechtern, enthält das „Prinzip Furcht“ die Pflicht zur Langfristprognose.

Ein Zweites folgt aus dem Prinzip der Furcht als Element der Verantwortung: Das normative Übergewicht der Negativprognose gegenüber Positivprognosen bei der Entscheidung über umwelterhebliche Maßnahmen. Denn nur wenn wir die Gefahr künftiger Umweltschäden ernster nehmen als die Möglichkeit, daß alles gut geht, können wir die Zukunft der Menschen sichern. Richten wir dagegen in falsch verstandenem Optimismus unser Handeln in erster Linie an positiven Prognosen aus, so verhalten wir uns wie ein Spieler, der auf sein Glück vertraut. Gemeint sind natürlich nur Prognosen, die wissenschaftlichen Standards genügen. Unheilsprophetien bleiben außer Betracht.

Das normative Übergewicht der Negativprognose ist für die Praxis des Umweltschutzes von großer Bedeutung.

Zunächst ist allerdings klarzustellen, daß dieses Prinzip keine generelle Beweislastverteilung in dem Sinne enthält, daß im Zweifel menschliche Handlungen unterbleiben müssen, wenn ihre Umweltunschädlichkeit nicht bewiesen ist. Wer dies fordert²⁶⁾, tritt praktisch für die Abschaffung moderner Produktionstechnologien und damit für die Zerstörung des Industriesystems ein. Denn der Beweis der Umweltunschädlichkeit — also der Beweis, daß eine Wirkung in Zukunft nicht eintritt — läßt sich so gut wie nie erbringen. Vielmehr besteht typischerweise die Situation des non-liquet, in der zwischen den möglichen positiven und negativen Wirkungen einer

²⁶⁾ So z. B. Spaemann, a. a. O., S. 204, der fordert, daß die Umweltunschädlichkeit einer Maßnahme erst dann glaubhaft gemacht ist, „wenn praktisch alle Fachleute sich haben überzeugen lassen“.

Technologie abgeschätzt werden muß. Mit der Absage an eine generelle Beweislastverteilung in dem geschilderten Sinne wird allerdings nicht die Möglichkeit ausgeschlossen, daß der Gesetzgeber für potentiell gefährliche Einzelbereiche eine solche Beweislastverteilung vorschreibt. Festzuhalten bleibt nur, daß eine generelle Beweislastverteilung zugunsten der Umweltunschädlichkeit von Maßnahmen keine ethische Handlungsmaxime darstellt.

Die praktische Bedeutung des normativen Übergewichts negativer Prognosen liegt jedoch darin, daß z. B. Prognosen, die die Zerstörung der Ozonschicht durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe oder die Veränderung des globalen Klimas durch Kohlendioxyd voraussetzen, nicht einfach als „wissenschaftlich nicht erwiesen“ vom Tisch gewischt werden dürfen, wie es häufig geschieht. Vielmehr sind diese Prognosen und andere Negativprognosen des „Global Report“ so lange ernst zu nehmen, wie keine neuen, anderslautenden wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen. Dies bedeutet praktisch, daß bereits heute Maßnahmen eingeleitet werden müssen, die die Eintrittswahrscheinlichkeit der prognostizierten Umweltschäden vermindern. Die freiwillige Verwendungsbeschränkung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen in Spraydosen durch die nationale Industrie ist ein dankenswerter erster, wenn auch noch nicht ausreichender Schritt in die richtige Richtung.

Nun gibt es nicht selten den Fall, daß alle verfügbaren Handlungsalternativen mit möglichen Umweltschäden oder schwerwiegenden sonstigen Nachteilen verbunden sind. In einer solchen Situation müssen alle prognostizierten Negativwirkungen berücksichtigt und ein Handlungskurs gesucht werden, der sich nicht einseitig auf eine bestimmte Entwicklung festlegt. Die Energieverknappung ist hierfür ein Beispiel. Wer den generellen Verzicht auf die Kernenergie fordert, sollte sich dabei der gravierenden Langfristschäden eines gesteigerten Kohleeinsatzes oder der Folgen möglicher Verteilungskriege um knappe Energiequellen bewußt sein.

Furcht als Element der Verantwortung bedeutet nun nicht, daß verantwortungsvolles Handeln eine pessimistische Grundeinstellung erfordert. Das Gegenteil ist richtig. In jeder Herausforderung liegt auch eine Chance, sie zu meistern. Verantwortung ohne Optimismus, ohne Hoffnung kann es nicht geben. Denn Hoffnung ist eine Bedingung jeden Handelns, da es voraussetzt, etwas ausrichten zu können.

Hoffnung in diesem Sinne ist mehr als Vertrauen auf Glück. Hoffnung heißt selbstvertrauende Sicherheit, erkannte Gefahren abwenden zu können, verbunden mit dem praktizierten Willen, die Geschehnisse zum Besseren zu wenden.

Politische Maßstäbe

Es ist unschwer zu erkennen, daß sich die Grundprinzipien unserer Umweltpolitik — Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzip — aus dem Prinzip der Verantwortung ableiten. Hierbei handelt es sich um politische Handlungsmaßstäbe, die selbst keine ethischen Prinzipien darstellen, sondern deren praktisch-politische Ausgestaltung sich auch nach Zweckmäßigkeitgesichtspunkten richtet. Die genannten Handlungsmaßstäbe sind jedoch ethisch insoweit von Bedeutung, als sie „Indizfunktion“ für eine verantwortungsvolle Umweltpolitik besitzen. Das heißt: Die Nichteinhaltung des Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzips bedarf der besonderen Rechtfertigung. Fehlt diese Rechtfertigung, so liegt kein verantwortungsbewußtes Handeln vor.

Auf den Inhalt dieser allgemein bekannten Maßstäbe brauche ich im einzelnen nicht näher einzugehen. Er hängt in der Praxis stark von den Besonderheiten des jeweiligen Umweltbereichs ab. Lassen Sie mich nur die Verknüpfung der Maßstäbe mit dem Prinzip der Verantwortung aufzeigen.

Das Vorsorgeprinzip ist sowohl Folge der Furcht vor Umweltschäden als auch Folge der Hoffnung, ihren Eintritt durch rechtzeitiges Handeln zu vermeiden. Es verlangt von allen Verantwortlichen eine langfristige Zukunftsorientierung und das Bemühen, die vielfältigen, systemaren Wechselbeziehungen zwischen den Lebewesen sowie zwischen den Lebewesen und der unbelebten Umwelt bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Das Verursacherprinzip ist Ausdruck ökonomischer Effizienz. Es will einen möglichst wirksamen und wirtschaftlichen Schutz der natürlichen Umwelt sicherstellen, indem es die Kosten der Vermeidung oder der Beseitigung von Umweltschäden dem jeweiligen Verursacher zurechnet. Das Verursacherprinzip beruht also auf der zutreffenden Annahme, daß durch bestimmte instrumentelle Vorkehrungen die Umwelt wirksam geschützt werden kann. Insoweit ist es verknüpft mit dem Vorsorgeprinzip und dem im Verantwortungsprinzip enthaltenen Element der Hoffnung.

Das Kooperationsprinzip folgt aus der Einsicht, daß verantwortungsvolles Handeln Zusammenarbeit und Kompromißbereitschaft aller Betroffenen erfordert. Wer ausschließlich und immer Eigeninteressen kompromißlos vertritt und zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht zum Verzicht auf Vorteile bereit ist, verspielt die Zukunft.

Zu verantwortungsvollem Handeln gehört schließlich Glaubwürdigkeit im eigenen Verhalten. Es handelt sich hier um einen generellen politischen Maßstab, der nicht nur im Umweltschutz gilt.

Glaubwürdigkeit heißt einmal, daß man die Anforderungen, die man an fremdes Verhalten stellt, auch für das eigene Verhalten gelten läßt. Zum anderen erfordert Glaubwürdigkeit des Handelns, daß man das, was man als richtig erkannt hat, auch durchzusetzen versucht. Unter diesem Gesichtspunkt verlangt Glaubwürdigkeit Mut zur Entscheidung.

Glaubwürdigkeit in diesem Sinne kann aber nur erreicht werden, wenn die Bereitschaft zum persönlichen Verzicht vorhanden ist. Denn geäußelter Zweifel am eigenen integren Verhalten ist auch dann auszusräumen, wenn dieser der Grundlage entbehrt und das eigene Verhalten durchaus gerechtfertigt ist. Selbst der Anschein eines voreingenommenen Handelns darf nicht bestehen bleiben. Ein typisches Beispiel für eine „doppelte Moral“ im Umweltschutz ist es, wenn man mit allen Kräften die Errichtung einer Mülldeponie an einem dafür geeigneten Ort zu verhindern sucht, gleichwohl aber vom Staat eine ordnungsgemäße Abfallbeseitigung verlangt.

Wir alle aber handeln unglaubwürdig, wenn wir bei Festreden und jeder sonstigen sich bietenden Gelegenheit unsere Verantwortung für die natürliche Umwelt und die Zukunft unserer Nachkommen betonen, dann jedoch nicht die Kraft und den Mut besitzen, die notwendigen, unter Umständen schmerzhaften Maßnahmen zu ergreifen, wie z. B. den Abbau übersteigerter Qualitätsanforderungen an Verbrauchsgüter. Die Durchsetzung solcher Maßnahmen kann jedoch auf breiter Front nur gelingen, wenn in der Bevölkerung ein ausgeprägtes Umweltbewußtsein vorhanden ist.

3. Verantwortung von Parteien, Wissenschaft und Kirchen

Zur Verstärkung des allgemeinen Umweltbewußtseins beizutragen, gehört vornehmlich zu den Aufgaben der Parteien, Wissenschaft, Kirchen und Bürgervereinigungen. Staat und

Wirtschaft ist dagegen eher die Rolle des Durchsetzens der Umweltbelange übertragen.

Ich wünsche mir, daß die politischen Parteien noch mehr zum Motor der künftigen umweltpolitischen Entwicklung werden. Das bedeutet als Nahziel, daß eine Reihe von Projekten, die schon seit Jahren ausdiskutiert sind, endlich verwirklicht werden. Zu denken ist hier z. B. an die Einfügung des Umweltschutzes als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz, die Einführung der Verbandsklage im Naturschutz, die Verabschiedung eines bürgerfreundlichen Verkehrslärmschutzgesetzes oder die Abschaffung der Landwirtschaftsklausel im Bundesnaturschutzgesetz. Als Langfristaufgabe wäre es wünschenswert, wenn die Parteien die Diskussion über die Perspektiven des 21. Jahrhunderts aufnehmen und ihre ökologischen Programme zukunftsorientiert ausgestalten würden. Dabei gilt es, hoffnungsvoll und konstruktiv an die Arbeit zu gehen; Welterschmerz ist ein schlechter Ratgeber. Das Gewicht, das die Parteien dem Umweltschutz beimessen, wird sich äußerlich sichtbar auch daran erweisen, ob der Umweltschutz ähnlich wie Außenpolitik, Wirtschaft, Verkehr, Sozialwesen oder Verteidigung ein lohnendes politisches Betätigungsfeld mit hohem Stellenwert wird.

Die Verbesserung der interdisziplinären Kooperation im Umweltschutz ist vordringlichste Aufgabe der Wissenschaft. Insbesondere die Klärung von Grundlagenbegriffen wie dem des Ökosystems wird sich ohne eine Zusammenarbeit der biologischen Disziplinen mit anderen betroffenen Fachwissenschaften nicht erreichen lassen. Vor allem ist in der Grundlagenforschung die Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften auszubauen, ohne deren Mitwirkung Begriffe wie „Stadt-Ökosystem“ Schlagworte bleiben.

Die Stellungnahme der deutschen Bischöfe zu Fragen der Umwelt und der Energieversorgung läßt hoffen, daß konkrete Probleme des Umweltschutzes künftig zunehmend von den beiden Kirchen aufgegriffen werden. Dabei wäre wünschenswert, daß über die Erarbeitung ethischer Handlungsmaximen hinaus die Umweltproblematik verstärkt Eingang in die Jugend- und Bildungsarbeit fände.

4. Verantwortung von Wirtschaft und Staat

Von zentraler Bedeutung für die Durchführung konkreter Umweltschutzmaßnahmen

sind Staat und Wirtschaft, wobei Staat keineswegs nur mit einer Ebene staatlichen Handelns und Wirtschaft keineswegs nur mit Industrie gleichzusetzen sind. Herausgefordert ist der Staat in seiner gesamten Funktionsvielfalt, ebenso wie es neben den Unternehmen und ihren Verbänden jeder einzelne Arbeitnehmer und seine Gewerkschaft sowie Land- und Forstwirtschaft sind.

Verantwortung für die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen wahrzunehmen, erfordert verstärkte, offene Kooperation. Dies setzt voraus, ohne wenn und aber die unabwendbare Notwendigkeit sparsamen Haushaltens mit den knappen Umweltgütern zu akzeptieren.

Das Instrumentarium zur effizienten Haushaltsführung haben wir bereits. Unsere marktwirtschaftliche Ordnung ist unmittelbar darauf ausgerichtet, knappe Güter sparsam einzusetzen und den volkswirtschaftlich besten Verwendungen zuzuführen. Es gilt, die marktwirtschaftlichen Steuerungskräfte für die Entwicklung hin zu einer Recyclingwirtschaft nutzbar zu machen.

Dabei ist der Staat in seiner verfassungsmäßigen Verantwortung für den Umweltschutz aufgerufen, umweltschutzorientierte Rahmenbedingungen festzulegen, insbesondere aber konsequente und vorsorgende Knappheitssignale zu setzen und dadurch unmittelbar im Rahmen der Preisbildungsprozesse die Marktkräfte mehr noch als bisher zugunsten der Ressourcenschonung zu aktivieren.

Nur über einen verstärkten Einsatz ökonomischer, unmittelbar preisbeeinflussender Steuerungsinstrumente, wie sie insbesondere finanz- und steuerpolitische Investitionsanreize darstellen, wird es uns gelingen, auf breiter Front die zur umfassenden Umweltvorsorge unbedingt notwendigen, langfristigen Umstrukturierungen der Produktionsprozesse, der Produkte und der Verbrauchsgewohnheiten einzuleiten und vor allem infolge der Aktivierung der marktwirtschaftlichen Dynamik permanent voranzutreiben²⁷⁾.

Gerade jedoch die marktwirtschaftliche Dynamik ökonomischer Steuerungsinstrumente, die umweltschutz- und zukunftsorientierte Entfaltung der Marktkräfte wird auch in Zukunft in einige Besitzstände einbrechen und wirtschaftliche Strukturänderungen zur Folge

²⁷⁾ Hierzu: Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Umweltgutachten 1978, BT-Drs. 8/1938, Tz. 1779ff.

haben. Dies wird, so ist zu befürchten, auch in Zukunft den Ruf nach Ausnahmen, nach Abwägungsklauseln, nach Aufgabe eines wichtigen Stücks Marktwirtschaft laut werden lassen.

Nachgeben wäre Schwäche und gegenüber der Umwelt unverantwortbar. Ich möchte daher eindringlich davor warnen, solche Wünsche auf die gesamtwirtschaftlich verantwortliche Ebene zu übernehmen. Umweltschutz ist eine kurz-, mittel- und langfristig unabsehbare Aufgabe.

Dies bleibt auch dann wahr, wenn die kurz- und mittelfristigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch rezessive Entwicklungen gekennzeichnet sind. Gerade unter diesem kurz- und mittelfristigen Aspekt muß in aller Deutlichkeit auch darauf hingewiesen werden, daß unsere Umweltpolitik in den hinter uns liegenden, ebenfalls rezessiven Phasen keine Arbeitsplätze vernichtet, sondern neue in erheblichem Umfang geschaffen hat²⁸⁾.

Eine erfolgreiche Marktwirtschaft erfordert in der täglichen Praxis von jedem einzelnen unablässig Entscheidungsmut trotz Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung.

²⁸⁾ Dies wird in mehreren umfassenden wissenschaftlichen Untersuchungen belegt. Eine grundsätzliche Behandlung der konjunktur- und beschäftigungspolitischen Wirkungen der Umweltpolitik ist enthalten in: Umweltgutachten 1978, Tz. 1722ff. Ein nachfrageorientierter Ansatz bei der Ermittlung der Beschäftigungseffekte der Umweltpolitik wird verfolgt in den empirischen Arbeiten von Meißner/Hödl, Positive ökonomische Aspekte des Umweltschutzes, Berichte 3/77 des Umweltbundesamtes, 1977; dies., Auswirkungen der Umweltpolitik auf den Arbeitsmarkt, (Umweltbundesamt) 1978, sowie bei Sprenger, Beschäftigungseffekte der Umweltpolitik, IFO-Institut für Wirtschaftsordnung (Hrsg.), Schriftenreihe des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung Nr. 101, 1979.

Auf dem Weg über einen angebotsorientierten Ansatz (Erhebung bei den Herstellern von Umweltschutzgütern) werden in der empirischen Untersuchung von Ullmann/Zimmermann, Umweltpolitik und Umweltschutzindustrie in der Bundesrepublik Deutschland, (Wissenschaftszentrum Berlin) 1980, ebenfalls erhebliche Arbeitsplatzeffekte sowie insbesondere sehr beachtliche Umsatzvolumina (Umweltschutzgüterumsatz lag allein 1977 bei über 21 Mrd. DM) in dem neuen, exportträchtigen Markt für Umweltschutzgüter ermittelt.

Einen Überblick über die wettbewerbspolitischen und außenwirtschaftlichen Aspekte der Umweltpolitik gibt der IFO-Schnelldienst, Umweltschutz und Wettbewerb, IFO-Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Heft 1/2, 34 Jg. vom 15. Januar 1981; die dort aufgeführten Ergebnisse können u. a. dahin gehend zusammengefaßt werden, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie durch die Umweltpolitik nicht beeinträchtigt wurde.

Genau diese Bereitschaft zum Entscheidungsmut ist auch für die erfolgreiche Bewältigung unserer gemeinsamen Umweltschutzaufgabe erforderlich. Entscheidungsmut unter Unsicherheit bedeutet, bereits dann Anpassungsmaßnahmen durchzuführen, wenn die existenzielle Bedrohung erkennbar ist, das genaue Ausmaß und der genaue Zeitpunkt des abzuwehrenden Schadens aber noch nicht exakt quantifiziert werden kann.

Dieser Mut zur Entscheidung wird von Staat, Wirtschaft und den Gewerkschaften verlangt, die die unvermeidlichen Anpassungsprozesse mittragen müssen, auch wenn damit kurzfristig lokale Arbeitsplatzumschichtungen verbunden sein sollten. An genau dem Punkt hat sich konkrete Kooperationsbereitschaft aus Verantwortung für unsere Zukunft zu beweisen.

Allein auf die indirekt, über den Preismechanismus wirkenden ökonomischen Steuerungsinstrumente wird sich der Umweltschutz allerdings auch in Zukunft nicht stützen lassen. Es werden weiterhin ordnungsrechtliche Instrumente zentrale Bedeutung besitzen. Im Ordnungsrecht werden künftig medienübergreifende Vorsorgemaßnahmen im Vordergrund stehen. Diese Regelungen stellen hohe Anforderungen an die Eigenverantwortung der Wirtschaft. Sie können zu dem für uns alle notwendigen Erfolg nur bei gegenseitiger Kooperation, Verlässlichkeit und offenem Informationsaustausch geführt werden. Berührungsängste wären im Interesse des Umweltschutzes fatal. Berührungsängste würden darüber hinaus die Möglichkeiten verbauen, durch freiwillige Vereinbarungen unbürokratisch und schnell Schutzmaßnahmen zu verwirklichen.

An die Adresse derer, die hier die umweltpolitisch Verantwortlichen in Bund und Ländern zu Unrecht der „Kumpaneii“ verdächtigen, ist die Aufforderung zu richten, sich die konkreten Erfolge der Zusammenarbeit beispielsweise im Bereich der Abfallwirtschaft zu vergegenwärtigen. Dort wurden über Absprachen zwischen Staat und Wirtschaft privatwirtschaftliche Initiativen entfaltet, die uns bereits jetzt ein gutes Stück auf dem Weg zu dem Leitbild der umweltschonenden Recyclingwirtschaft weitergebracht haben. Diese guten Ansätze gilt es fortzuentwickeln.

Das Leitbild der Recyclingwirtschaft kann und darf allerdings nicht allein auf die Industrie eingegrenzt werden. Es muß auch im landwirtschaftlichen Bereich Geltung finden. Aus der

Verantwortung für die Erhaltung unserer Ernährungsgrundlagen sind dort aber vor allem verstärkte Anstrengungen zu fordern, den integrierten Pflanzenschutz durch umfassenden Einsatz biologischer, kulturtechnischer und physikalischer Maßnahmen auf breiter Front einzuführen. Mit dem gleichen Nachdruck jedoch, mit dem aus Verantwortung für die Erhaltung der knappen Umweltgüter auf die von der Landwirtschaft ausgehenden Gefährdungspotentiale hinzuweisen ist, muß zugleich die umweltschützende Funktion der Landwirtschaft hervorgehoben werden, die, wie der Bundeskanzler in der Regierungserklärung ausführte, zu weiten Teilen die Kulturlandschaft geschaffen hat, deren Schutz eine unserer vordringlichen Aufgaben ist.

In dieser Zwitterrolle befindet sich die Landwirtschaft nicht allein: Der Staat, der bisher vornehmlich in seiner herausgehobenen Verantwortlichkeit für die Staatsaufgabe Umweltschutz angesprochen war, hat in allen Bereichen allein schon im Interesse seiner eigenen Glaubwürdigkeit eine umfassende Vorreiterfunktion wahrzunehmen.

Dazu gehört, daß im Falle von Zielkonflikten zwischen Umweltschutz und anderen Politikbereichen nicht kurzfristiger und zumeist kurzatmiger Problemaufschub, sondern langfristige Perspektiven den Vorrang erhalten. Dazu gehört die ressortübergreifende Bereitschaft, ein so wichtiges und keineswegs nur auf hehren, systematischen Grundlagen aufgebautes Steuerungspotential wie das finanz- und steuerpolitische Instrumentarium kritisch auf seine Umweltverträglichkeit und auf seine umweltpolitischen Einsatzmöglichkeiten hin zu überprüfen.

Nur auf der Grundlage dieser vertrauensbildenden Maßnahmen der Eigenüberprüfung kann das angesichts der Erschöpfung unserer Lebensgrundlagen heute und in Zukunft mehr denn je notwendige Klima umweltpolitischer Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Kooperationsbereitschaft entscheidend verbessert werden.

5. Verantwortung im Internationalen Bereich

Nationale Anstrengungen allein werden jedoch nicht ausreichen. Die zunehmende Umweltverschmutzung stellt im Zusammenhang mit der zu erwartenden Bevölkerungsexplosion, den steigenden Einkommensdisparitäten zwischen industrialisierten Regionen und Ent-

wicklungsländern, den sich verschärfenden Energie- und Ernährungsproblemen ein gefährliches, globales Konfliktpotential dar. Unsere nationale Umweltpolitik sowie die internationale Harmonisierung und die internationale Entwicklungshilfe im Umweltschutz müssen daher künftig als Schwerpunkte und zugleich als Voraussetzungen aktiver Friedenspolitik begriffen werden.

Hier sind vorrangig die industrialisierten Länder — einschließlich der Staaten des Ostblocks — aufgerufen, ihre weltweite Zukunftsverantwortung wahrzunehmen. Sie haben durch massive Energieeinsparungen und durch Einigung auf international verbindliche, anspruchsvolle Umweltstandards nicht nur ihre eigenen Zukunftschancen zu erhalten und zu verbessern, sondern auch den Entwicklungsraum für die Länder der Dritten Welt zu öffnen. Sie stehen in der Pflicht, beim Export vor allem in die Entwicklungsländer ausschließlich umweltverträgliche Güter und Technologien anzubieten. Es ist unverantwortlich, daß immer noch umweltschädliche Produkte und Anlagen ausgeführt werden, die auf den Binnemärkten unzulässig sind. Das Abgehen von Umweltdiskriminierung setzt einen Verzicht aller — auch der östlichen — Industriestaaten auf kurzfristige Dumpingstrategien zu Lasten des Umweltschutzes voraus.

Ferner gilt es, verstärkt Konzepte für die Entwicklungsländer zu erarbeiten, die auf die dort herrschenden Bedingungen — z. B. klimatischer oder kultureller Art — zugeschnitten sind. Hochspezialisierte Prestigeobjekte bieten für die Länder der Dritten Welt keine dauerhafte Hilfe, auch wenn sie gewünscht werden. Im Rahmen solcher Projekte wird zumeist beides vertan: die knappen Ressourcen und die Zeit zur Entwicklung umweltschonender Technologien.

Für die Lösung des weltweit drängenden Energieversorgungsproblems heißt dies, neben eigenen Strategien zur Einsparung — insbesondere der fossilen Energiequellen — für die Länder der Dritten Welt verstärkt Techniken zur Nutzung der Sonnenenergie fortzuentwickeln, die dort auf vergleichsweise günstige Voraussetzungen treffen. Hierdurch könnte nicht zuletzt auch der verhängnisvolle Trend zur Rodung riesiger Waldflächen gestoppt werden.

Die eng zusammenhängenden globalen Ernährungs- und Wasserversorgungsprobleme verlangen in besonderem Maße nach umfassenden Konzepten. Das Überleben der rapide

anwachsenden Bevölkerung in den Entwicklungsländern wird nur dann zu sichern sein, wenn Wasser sowohl der Menge als auch der Qualität nach in ausreichendem Umfang für Trinkwasser und als Produktionsfaktor für Landwirtschaft und Industrie vorhanden sein wird. Daraus folgt zwangsläufig, daß gerade beim Export in die Länder der Dritten Welt vornehmlich wassersparende und abwasserarme Techniken und Systeme zum Einsatz kommen müssen.

Neben den umweltgerechten Export von Technologien in die Länder der Dritten Welt muß allerdings ein größeres Beratungs- und Ausbildungsangebot unter Umweltgesichtspunkten treten. Nur so wird man dramatische Fehlentwicklungen wie in der Sahel-Zone vermeiden können.

Angesichts des traditionell hohen Niveaus von Wasserwirtschaft und Abwassertechnik in der Bundesrepublik Deutschland ergibt sich daraus eine besondere nationale Verpflichtung zum weiteren Ausbau des Transfers von know-how in die Entwicklungsländer.

Vor dem Hintergrund weltweiter Erschöpfung der natürlichen Ressourcen gilt die Forderung nach verstärkter Beratung insbesondere auch für den Bereich der Abfallwirtschaft. Denn Recyclingsysteme sind für die Entwicklungslän-

der von ebenso großer Bedeutung wie für die Industriestaaten. Hier kann die Bundesrepublik Deutschland aus den Erfahrungen mit dem Abfallwirtschaftsprogramm wesentliches beitragen.

Die Aufgaben, die international auf uns zukommen, wenn wir unserer Verantwortung gerecht werden wollen, verlangen ein Höchstmaß an Anstrengungen, insbesondere von Wirtschaft und Staat. Sie sind nur zu lösen, wenn uneingeschränkt Kooperation zwischen allen gesellschaftlichen Kräften geübt wird. Das bedingt die Fortsetzung der ausgewogenen Umweltpolitik, wie sie die Bundesregierung begonnen hat. Die gewaltigen Zukunftsaufgaben sollten uns veranlassen, gemeinsam über den Tellerrand der Tagespolitik hinauszuschauen.

Machen wir uns alle an die vor uns liegende Arbeit, denn Zeit ist wahrlich nicht mehr zu verlieren! Die bereits erkennbaren Gefährdungspotentiale gewähren keine Verschnaufpausen, sind keine Szenarios, die Handlungsbedarf erst in ungewisser Zukunft signalisieren.

Es steht viel auf dem Spiel, nicht nur die materielle Zukunftssicherung der Menschen, sondern eng damit verbunden auch die Erhaltung individueller Freiheit in der Zukunft.

Zur Umweltproblematik in sozialistischen Systemen

Ideologie und Realität

Einleitung

Erst in den 70er Jahren hat in der Sowjetunion und den anderen Ostblockländern mit zunächst zögernden Stellungnahmen zu den „ideologischen Gesichtspunkten der ökologischen Probleme“ eine Diskussion begonnen, die im Westen bereits über ein Jahrzehnt früher unter den Stichworten „Umweltkrise“, „soziale Kosten des Wachstums“ und „Lebensqualität“ in Gang gekommen und intensiv geführt worden war¹⁾. Die östlichen Ideologen reagierten damit bemerkenswert spät auf die unübersehbare Realität der Umweltproblematik in den industriell höher entwickelten sozialistischen Ländern, deren sich die Theorie bis dahin fast ausschließlich unter ökologisch-technischen Aspekten angenommen hatte. Aber schon lange verschmutzt die Industrie im sowjetischen Donezbecken das dortige Flußwasser kaum weniger als die amerikanische Industrie den Hudson-River, und die Saale ist durch Abwässer kaum weniger bedroht als der Rhein; die Schadstoffbelastung der Luft im Jahresdurchschnitt lag bereits Anfang der 70er Jahre in Leipzig, Zwickau oder Halle mehr als doppelt so hoch wie die Werte von Chicago, Düsseldorf oder Tokio²⁾; und die im Westen wohl am heißesten diskutierte Umweltproblematik, das Entsorgungsproblem im Zusammenhang mit der Kernenergienutzung, wurde in der UdSSR bereits Ende der 50er Jahre traurige Realität durch die verheerende Explosion einer Atommülldeponie, die erst 20 Jahre später durch den Bericht eines emigrierten Sowjetwissenschaftlers publik wurde³⁾.

Es ist nicht zu übersehen, daß westliche Berichte über Umweltprobleme in sozialistischen Ländern oft eine gewisse Schadenfreude erkennen lassen: scheint doch in der

Praxis damit die alte sozialistische Doktrin ein für allemal widerlegt, nach der Umweltzerstörung und Raubbau an den natürlichen Ressourcen traditionell als Auswirkungen des Profitmotivs *dem kapitalistischen System angelastet* wurden. In der Tat legt die Ähnlichkeit der Erscheinungsformen der Umweltproblematik in Ost und West deren systemneutrale Erklärung nahe, nämlich ihre Ursachen in erster Linie bei den annähernd gleich fortgeschrittenen Technologien und Industriesystemen zu suchen. Westliche Theorien stellen denn auch ganz überwiegend meist ökologisch-technische Aspekte der Umweltgefährdung in den Vordergrund, wengleich auch Zusammenhänge zwischen Umweltschäden und gewissen politisch-sozialen Ursachen und Wirkungen nicht geleugnet werden.

Wenn aber die Bundesregierung in ihrem Umweltprogramm von 1971 ausdrücklich feststellt, „die soziale Marktwirtschaft wird sich auch im Hinblick auf die Lösung der Umweltprobleme gegenüber anderen Wirtschaftssystemen als leistungsfähiger erweisen“⁴⁾, so kann die darin zum Ausdruck gebrachte Geringschätzung der umweltpolitischen Leistungskapazität „anderer“ — und das kann konkret nur heißen: sozialistischer — Systeme eigentlich nur dann als fundiert gelten, wenn Klarheit darüber besteht, *wie denn sozialistische Länder mit ihrer eigenen Umweltproblematik „fertig werden“ — ideologisch und praktisch!*

Die nachfolgend zusammengestellten Theorien, Fakten und Analysen sollen diese wünschenswerte Klarheit vermitteln. Da die einschlägige Entwicklung keineswegs in allen Ländern mit sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen gleichläufig ist — vor allem die Volksrepublik China beschreitet einen eigenen Weg —, beschränkt sich die Untersuchung auf die internen Umweltprobleme in sozialistischen Systemen *sowjetischen* Musters, also speziell auf die Verhältnisse in der UdSSR, am Rande auch der DDR.

¹⁾ Vgl. H. Dahm, Ökologie und „Wissenschaftlicher Kommunismus“, Berichte des Bundesinstituts für ostwiss. u. internat. Studien, 13/1980, S. 1f.

²⁾ M. Jänicke, Umweltpolitik in Osteuropa, in: Sozialismus in Theorie und Praxis. Festschrift für R. Löwenthal, hrsg. von H. Horn, A. Schwan, Th. Weingartner, Berlin 1978, S. 182.

³⁾ Zhores Medwedjew, Bericht und Analyse der bisher geheim gehaltenen Atomkatastrophe in der UdSSR, Hamburg 1979.

⁴⁾ Umweltprogramm der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache VI/2710, 14. 10. 1971, S. 11.

Eine Gegenüberstellung der Umweltproblematik in Ideologie und Realität verlangt ein Vorgehen in mehreren Schritten: Ein *erster Teil* ist deshalb der Behandlung des Umweltproblems in der Ideologie des Marxismus-Leninismus gewidmet. Ausgegangen werden muß dabei vom traditionellen Erklärungsansatz der Umweltproblematik in der sozialistischen Doktrin („Systemkrise des Kapitalismus“). Dann ist zu prüfen, wie die sozialistische Ideologie zur Umweltproblematik im *eigenen* System steht: Wie sehen die Elemente einer Ursachenanalyse im Marxismus aus, speziell in der Wertlehre und in den Vorstellungen über den „Stoffwechsel zwischen Natur und Gesellschaft“, die heute zu den „ökologischen Aspekten der Marxschen Lehre“ hochstilisiert werden? Wie erklärt man in diesem Rahmen das unbestreitbare Auftreten gravierender Umweltprobleme auf eigenem Boden? Welche Perspektiven bietet der Sozialismus für deren Überwindung an?

Die Auseinandersetzung einiger sozialistischer Gesellschaftstheoretiker mit wachstums- und technikkritischen Tendenzen im Westen bietet zudem interessante Aufschlüsse über Eigenheit und Abgrenzung des sozialistischen Selbstverständnisses in dieser Frage.

I. Das Umweltproblem in der Ideologie des Marxismus-Leninismus

1. Die ökologische Krise als „Systemkrise des Kapitalismus“

Marxisten in Ost und West sind sich in der ideologischen Interpretation der Ursachen der Umweltproblematik weitgehend einig: Sie ist „Ausdruck und Bestandteil der allgemeinen Krise des Kapitalismus“⁵⁾, der für die „Degradation der Umwelt die geschichtliche Verantwortung zu tragen“ hat⁶⁾. Denn die mit fortschreitender Industrialisierung und technischem Fortschritt verbundene Belastung der natürlichen Umwelt habe zwar „allgemeinen Charakter“ und sei als solche systemneutral; aber erst die kapitalistischen Produktionsverhältnisse — gekennzeichnet durch Privateigentum an den Produktionsmitteln und dezentrale Planung und Lenkung der sozialen und ökonomischen Prozesse — führen zu de-

Die Behandlung der Realität der Umweltproblematik im *zweiten Teil* kann nur einige wenige Tendenzen v. a. der Belastung und des Schutzes der Umwelt aus der UdSSR vermitteln. Dies geschieht in erster Linie anhand exemplarischer Fälle, die besonders im Hinblick auf ihre „ideologische Aufbereitung“ aufschlußreich sind. Angesichts der zentralen Rolle des „gesellschaftlichen Bewußtseins“ im Sozialismus gilt außerdem dem Umweltbewußtsein im sozialistischen Alltag sowie dem Versuch seiner Steuerung durch die staatliche Informationspolitik besonderes Augenmerk.

Aus der Gegenüberstellung von ideologischer Interpretation und praktischer Handhabung der Umweltproblematik werden schließlich in einem *dritten Teil* einige Schlußfolgerungen abgeleitet, welche spezifischen Möglichkeiten und Grenzen sozialistische Systeme realistischere für eine „umweltkonformere“ Steuerung sozialer und ökonomischer Prozesse bieten: und dies nicht etwa gemessen an der vergleichbaren „Leistungsfähigkeit“ kapitalistischer Systeme — z. B. vom Typ der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland —, sondern am eigenen ideologischen Anspruch, nach dem der Sozialismus sich als *einzig* „umweltkonforme“ *Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung* versteht.

ren „gesetzmäßiger Verstärkung bis hin zur ökologischen Krise“⁷⁾. Ein sowjetischer Gesellschaftstheoretiker diagnostiziert: „Die Ursachen für den sich verschärfenden Widerspruch zwischen Gesellschaft und Natur liegen in den Widersprüchen des kapitalistischen Wirtschaftssystems selbst“⁸⁾. Fast gleichlautend heißt es in der Version eines „westlichen“ Marxisten: „Die Umweltkatastrophe ist eine — vielleicht sogar die langfristige gefährlichste — Erscheinungsform des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise, des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung des Produktionsergebnisses.“⁹⁾

⁷⁾ T. S. Chatschaturow, Ökonomische Probleme der Ökologie, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswiss. Beiträge, 1978/10, S. 1020.

⁸⁾ Ebd.

⁹⁾ G. Kade, Ökonomische und gesellschaftspolitische Aspekte des Umweltschutzes, in: M. Glagow (Hrsg.), Umweltgefährdung und Gesellschaftssystem, München 1972, S. 140.

⁵⁾ A. Leonhardt u. G. Speer, Umweltreproduktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Reihe: „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, Bd. 79, Frankfurt 1977, S. 13.

⁶⁾ H. Dahm, a. a. O., S. 1.

Die Argumentationskette der marxistischen Umwelttheoretiker, die ihre Bausteine mit Vorliebe aus Spurenelementen einer „Umweltökonomie“ bei ihren Klassikern Marx und Engels, besonders in deren „Lehre vom Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Natur“ zusammensuchen, baut sich wie folgt auf:

— Die ausschließlich am Profit orientierte Naturausbeutung im Kapitalismus verhindert eine „rationelle, wirklich komplexe“ Naturnutzung¹⁰⁾, da die „Überakkumulation von Kapital zu einer rücksichtslosen Ausraubung und Belastung der natürlichen Umwelt führt, die als freies Gut und Gratisnaturkraft in die Profitproduktion einbezogen wird“¹¹⁾.

— Durch seinen inneren Zwang zur unausgesetzten Kapitalverwertung erzeugt der Kapitalismus Techniken und Technologien, durch die die unendlichen Zirkulationsprozesse der Natur „zu linearen Abläufen verformt werden“¹²⁾, mit dem Ergebnis eines technischen Produktivkräftesystems, das zur Verschwendung der natürlichen Ressourcen und zunehmender Überlastung der Umwelt führt.

— Da in der kapitalistischen Gesellschaft das einzelwirtschaftliche Profitinteresse und nicht das Allgemeininteresse maßgebend ist und kein gesellschaftlich sinnvoller Plan die „Anarchie“ der profitorientierten Konkurrenzwirtschaft zügelt, hat der Schutz der Umwelt als ein gesellschaftliches Bedürfnis keine Chance, da es eben vorwiegend im Widerspruch zum privatkapitalistischen Gewinnstreben steht.

Allerdings leugnen die Marxisten nicht, daß es auch im Kapitalismus Umweltschutzmaßnahmen gibt, da eine begrenzte Umweltreproduktion — die nicht mit echtem Umweltschutz gleichzusetzen sei — durchaus im Interesse der Kapitalisten liege: soweit nämlich sonst durch die Erschöpfung natürlicher Ressourcen und sinkende Leistungskraft der Arbeit die Grundlagen der weiteren Profiterzeugung selbst gefährdet wären, die „Produktion“ von Umweltschutz sich profitabel gestalten ließe (Umweltschutzindustrien als Wachstumsbranchen!) und durch die „Verallgemeinerung der ökologischen Verelendung“ auch die Bour-

geoisie von dieser persönlich betroffen und daher zu ihrer Abwehr bereit sei¹³⁾.

Aber es wird gleichzeitig konstatiert, daß aus dieser „Unterordnung der Umweltprobleme unter die beschränkte Zielsetzung monopolistischen Profitstrebens“ sich zugleich die en-

INHALT

- I. Das Umweltproblem in der Ideologie des Marxismus-Leninismus
 1. Die ökologische Krise als „Systemkrise des Kapitalismus“
 2. Die Umweltproblematik „auf eigenem Boden“ in der Sicht der sozialistischen Ideologie
 3. Die Reaktion auf neuere wachstums- und technologiekritische Ansätze im Westen
- II. Zur realen Umweltsituation in sozialistischen Ländern
 1. System spezifische Bedingungen und Trends der Umweltbelastung
 2. Maßnahmen sozialistischer Umweltpolitik
 3. Exemplarische Fälle zur umweltpolitischen Praxis in der UdSSR
 4. Umweltbewußtsein im Sozialismus: Mobilisierung — Manipulierung — Ignorierung
 - a) Umweltpolitik als Informationspolitik
 - b) Umweltbewußtsein im sozialistischen Alltag
- III. Möglichkeiten und Grenzen einer Vereinbarung von ökologischen und ökonomischen Interessen in der sozialistischen Gesellschaft
 1. Dominanz der Produktionsinteressen und Möglichkeiten ihrer Überwindung
 2. Chancen einer Verankerung des Umweltinteresses in der realen Präferenz- und Interessenstruktur des sowjetischen Systems
 3. Ergebnisse einer ‚Bilanzierung‘ ideologischer und realer Positionen sozialistischer Umweltgestaltung

gen Grenzen kapitalistischer Lösungsversuche ergäben¹⁴⁾, so daß eine „prinzipielle, historisch dauerhafte Lösung der Umweltkrise des Kapitalismus unter der Bedingung der Herrschaft der Monopolbourgeoisie“ nicht möglich

¹⁰⁾ E. K. Fjodorow, Die Wechselwirkung zwischen Natur und Gesellschaft, Berlin (Ost) 1974 (russ. Original 1972), S. 51

¹¹⁾ H. Paucke u. A. Bauer, Umweltprobleme — Herausforderung der Menschheit, Verlag marxist. Blätter, Frankfurt 1980, S. 43.

¹²⁾ B. Commoner, Wachstumswahn und Umweltkrise, München u. a. 1973, S. 20.

¹³⁾ Vgl. H. M. Enzensberger, Zur Kritik der politischen Ökologie, in: H. M. Enzensberger, K. M. Michel (Hrsg.) Kursbuch 33, Ökologie und Politik oder: Die Zukunft der Industrialisierung, Berlin 1973, S. 9.

¹⁴⁾ H. Paucke u. A. Bauer, a. a. O., S. 47.

sei¹⁵). Die logische Folgerung daraus: „Dieser Zustand kann nicht anders aufgehoben werden als durch die planmäßige Nutzung der Natur im Interesse aller Gesellschaftsmitglieder; die Voraussetzung dafür ist das gesellschaftliche Eigentum an den Naturreichtümern und den Produktionsmitteln.“¹⁶) Das Fazit heißt also: *Die ökologische Krise ist lösbar nur durch den Übergang zum Sozialismus*. Da die kapitalistischen Prinzipien der Naturnutzung die allgemeine Krise des Kapitalismus verschärfen und damit diesen Übergang beschleunigen, entdecken neuerdings die sowjetischen Ideologen in der Intensivierung der „ideell-theoretischen Auseinandersetzung in Fragen der Umwelt“ — wohlverstanden: auf fremdem Boden! — sogar „einen wichtigen Bereich des antimonopolistischen Kampfes“¹⁷).

2. Die Umweltproblematik „auf eigenem Boden“ in der Sicht der sozialistischen Ideologie

Daß auch in den sozialistischen Ländern alarmierende Umweltprobleme dazu zwingen, der Verschlechterung von Quantität wie Qualität der natürlichen Ressourcen energisch zu begegnen, wird längst weder von Wissenschaftlern noch von Politikern dieser Länder mehr geleugnet oder bagatellisiert. Doch während die Umweltschädigungen im Kapitalismus als „systembedingt“ gelten, werden sie im Sozialismus als „zeitbedingtes“ Problem — keineswegs aber als ‚soziale Systemkrise‘ — gesehen, das nur „noch nicht“ zu lösen sei¹⁸).

Als Ursache dieser Problematik gilt vielmehr vor allem das „Erbe des Kapitalismus“, also die Übernahmebedingungen besonders in der Standortverteilung der Industrien, den Produktionstechnologien, den politischen Randbedingungen u. ä.¹⁹); dies gilt nicht etwa nur in den älteren Industrieländern des Ostblocks wie der DDR und der CSSR, sondern auch für die UdSSR müssen die „Muttermale der alten Gesellschaft“ als Erklärung von Umweltproblemen herhalten²⁰).

¹⁵) A. Bauer u. H. Paucke, Umweltprobleme in der Sicht des historischen Materialismus und bürgerlicher Weltmodelltheorien, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin (Ost) 1976, Nr. 7, S. 787.

¹⁶) H. Paucke u. A. Bauer, a. a. O., S. 5.

¹⁷) A. a. O., S. 13.

¹⁸) A. a. O., S. 67.

¹⁹) G. Kade, Systemvergleiche in der Umwelt-Diskussion, in: Blätter f. deutsche u. internat. Politik, 1972/8, S. 851.

²⁰) J. Füllenbach, Umweltschutz zwischen Ost und West, Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft f. Ausw. Politik, Bonn 1977, S. 88.

Daß man dieses Erbe in über 30 Jahren (in der Sowjetunion: über 60 Jahren!) sozialistischen Aufbaus nicht wirksam hat abbauen können, ist aus zweierlei Ursachen und Bedingungen zu erklären: die eine Ursachengruppe besteht aus den Barrieren, die in der sozialistischen Ideologie selbst — speziell der aus der marxistischen Arbeitswertlehre folgenden Bewertungsproblematik der natürlichen Ressourcen — einer schonenden und rationelleren Nutzung der Umwelt im Wege stehen; diese Barrieren werden meist im sozialistischen Lager vehement geleugnet, sind jedoch nichtsdestotrotz als Bestimmungsgründe sozialistischen Umweltbewußtseins von großer Bedeutung und nachweisbar²¹). Eine zweite Gruppe von Ursachen und Bedingungen besteht aus den — auch offiziell von sozialistischer Seite ins Feld geführten — realen Handicaps, die — noch! — die Umweltproblematik auf eigenem Boden andauern lassen: sie werden im Zeichen von Klassenkampf und Wettbewerb der Systeme vor allem aus dem Zwang zur Übernahme „kapitalistisch deformierter Technologien“ sowie forcierter Rüstungsanstrengungen abgeleitet.

a) Ideologische Begünstigung von Raubbau und Umweltschädigung

Es ist wohl nicht abzuleugnen, daß — trotz aller gegenteiliger Interpretationsversuche marxistischer Autoren — die Feststellung zutreffend ist, daß in der *marxistischen Arbeitswertlehre* als Fundament der marxistischen Theorie ein „Vorurteil gegen den Umweltschutz“ quasi eingebaut ist²²).

Nach Marx bestimmt allein die ‚gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit‘ den (Tausch-) Wert eines Gutes; aus dieser Auffassung folgt, daß der Boden und überhaupt alle natürlichen Ressourcen „wertlos“, d. h. ohne Preis sind, also kostenlos zur Verfügung stehen, was zwangsläufig zu Raubbau und zu verschwenderischem Umgang mit ihnen herausfordern muß²³). Zwar begann bereits in den 20er Jahren in der UdSSR eine theoretische Diskussion darüber, in welcher Weise die natürlichen Ressourcen dem nationalen Reichtum

²¹) Vgl. hierzu besonders J. Füllenbach, a. a. O., S. 98 ff.

²²) H. C. Binswanger, Eine umweltkonforme Wirtschaftsordnung, in: M. P. v. Walterskirchen (Hrsg.), Umweltschutz und Wirtschaftswachstum, München 1972.

²³) Vgl. T. S. Chatschaturow, a. a. O., S. 1026; H. Paucke u. A. Bauer, a. a. O., S. 70.

zugerechnet und damit ökonomischen Nutzungsprinzipien unterworfen werden könnten²⁴); aber erst ein halbes Jahrhundert später, in den 70er Jahren, scheint diese akademische Kontroverse die ideologischen Positionen langsam zu modifizieren, ohne allerdings auch zugleich schon auf die Praxis durchzuschlagen²⁵). Auch die relativ späte Aufnahme von Grundsätzen zu Problemen der Umwelterhaltung in die Verfassungen sozialistischer Staaten (DDR 1968, Polen 1976, UdSSR 1977) wird zwar offiziell meist mit der zeitlichen Vorrangigkeit anderweitiger staatlicher Aufgaben erklärt, deutet aber auf die prinzipiellen Schwierigkeiten bei einer schlüssigen ideologischen Einordnung der ökologischen Problematik hin²⁶).

Die neueren Modifizierungen der ideologischen Position in der akademischen Diskussion der Bewertungsfrage laufen denn auch im wesentlichen nur auf eine Einschätzung der *Kosten der Reproduktion* der Umwelt — also nach deren erfolgter Qualitätsminderung — hinaus, nicht auf eine ökonomische Bewertung der natürlichen Ressourcen selbst²⁷).

Zwar hat Marx die Natur als die ‚eine von zwei Quellen‘ des Gebrauchswertes eines Produkts interpretiert — „die Arbeit ist sein Vater und die Erde seine Mutter“²⁸) — und als Ziel aller Produktion im Sozialismus eben nicht die Herstellung von (profitorientierten) Tauschwerten wie im Kapitalismus, sondern von (nutzungsorientierten) Gebrauchswerten postuliert; aber in den realiter ja doch *waren*produzierenden (d. h. am rechnerischen Tauschwert orientierten) sozialistischen Gesellschaften fällt die Natur eben dennoch aus der Logik der ökonomischen Sphäre heraus²⁹).

²⁴) Vgl. J. Füllenbach, a. a. O., S. 101.

²⁵) Vgl. hierzu J. M. Kramer, *Prices and the Conservation of Natural Resources in the Soviet Union*, *Soviet Studies* Vo. XXIV, 1973/3, S. 372; desgl. T. S. Chatschaturow, a. a. O., S. 1026.

²⁶) Vgl. H. Dahm, a. a. O., *passim*.

²⁷) Vgl. A. Leonhardt, *Marx' Antwort auf Umweltfragen*, in: *IPW-Berichte*, 1974/7, inbes. S. 40: „... Die Wertgröße der natürlichen Umwelt entspricht demnach dem gesellschaftlich-notwendigen Aufwand für die Erhaltung bzw. Wiederherstellung ihres Gebrauchswertes“, womit allerdings nur besagt wird, daß z. B. Luft und Wasser im Naturzustand ohne Wert sind, wohl aber in dem Maß Wert gewinnen, wie Aufwendungen zur Wiederherstellung ihrer durch Nutzung geänderten Qualität notwendig werden.

²⁸) Zitiert nach E. u. T. I. Romøren, *Marx und die Ökologie*, in: *Kursbuch* 33, a. a. O., S. 178.

²⁹) A. a. O., S. 179.

b) *Ökonomie vor Ökologie: Tribut an den Systemwettstreit*

Von sozialistischer Seite selbst werden zwei Erklärungen für das Fortdauern der Umweltproblematik auf eigenem Boden angeführt: Es wird zum einen mit der Übernahme der umweltfeindlichen, „kapitalistisch deformierten Primärtechnologien der Produktion“ begründet: „... die Revolutionierung der gesellschaftlichen Beziehungen ... hat noch nicht zur Herausbildung einer neuen technisch-technologischen Produktionsgrundlage sui generis geführt, wie Marx diesen Prozeß kennzeichnete. Das Produktivkräftesystem, das für die kommunistische Gesellschaftsformation historisch typisch sein wird, ist erst in der Herausbildung begriffen ... diese qualitativ neue, von ihren Grundlagen her human gestaltete Technik und Technologie“ wird sich nach dieser Zukunftsvision „... in hohem Maße durch geschlossene Produktionskreisläufe auszeichnen, welche die Umweltschädigungen minimieren“³⁰). Bei allem sozialistischen Entwicklungsoptimismus wird aber vorsorglich zur Geduld gemahnt: „Sicherlich vergeht noch sehr viel Zeit, bis die industriellen Prozesse einen ähnlichen Vollkommenheitsgrad wie die natürlichen Prozesse gewonnen haben ...“³¹).

Zum anderen wird festgestellt, daß sich viele Umweltprobleme für den Sozialismus „aus der Notwendigkeit des Zeitgewinns im ökonomischen Wettstreit mit dem kapitalistischen System“ ergeben — „bis hin zur Notwendigkeit, erhebliche Mittel für die militärische Sicherheit auszugeben, die unter anderem auch für den Umweltschutz dringend gebraucht würden“³²).

Diese Bedingungen der Umweltproblematik werden ausdrücklich als dem Sozialismus „nicht wesenseigen“ und dennoch „unvermeidlich“ bezeichnet, zugleich wird eine schrittweise und durchdachte Lösung dieser Probleme als langwieriger Prozeß gesehen, die bisherige Dominanz rein ökonomischer Effektivitätskriterien zugunsten ökologischer Erfordernisse zu überwinden³³).

c) *„Ökologisierung der Produktion“ als Prinzip der Naturnutzung*

Das Selbstverständnis des Sozialismus als längerfristig „einziger umweltkonformer Wirt-

³⁰) H. Paucke u. A. Bauer, a. a. O., S. 66.

³¹) A. a. O., S. 205.

³²) A. a. O., S. 66f.

³³) A. a. O., S. 69.

schaftsordnung"³⁴⁾ gründet sich auf die Marx-sche Lehre vom „produktiven Stoffwechsel zwischen Natur und Gesellschaft“; insbesondere vereinzelte Äußerungen von Marx über die „Prinzipien effektiver Naturnutzung“ werden heute zu einer sozialistischen Umweltlehre fortgeschrieben.

Danach unterliegt auch der Stoffwechselprozeß zwischen Natur und Gesellschaft wie jede historische Entwicklung dem Gesetz des Umschlags von quantitativen in qualitative Veränderungen. Als wichtigstes Kennzeichen der neuen Qualität dieser Wechselwirkung, die heute durch die Intensivierung des Stoffwechselprozesses erreicht ist, wird „der Eintritt der Menschheit in das Stadium der vollständigen Erschließung unseres Planeten“ gesehen³⁵⁾.

Der Sozialismus reklamiert für sich, daß er in der Lösung der aus dieser Entwicklung folgenden Umweltprobleme *überlegen* sei, denn: „... nur wer die Grundtendenz der zukünftigen Entwicklung vorausbestimmen vermag, kann die sozialen und technisch-ökonomischen Entwicklungswege der Gesellschaft so miteinander abstimmen, daß das uralte Problem der Beziehungen zwischen Mensch und Natur immer wieder von neuem sinnvoll gelöst wird“³⁶⁾. Daraus wird gefolgert: „Zu grundsätzlichen, dauerhaften Lösungen ist prinzipiell nur der sozialistische Staat in der Lage, dem keine bornierten Sonderinteressen entgegenstehen und der seine konzentrierte wirtschaftliche Macht ausschließlich im Interesse der werktätigen Massen einsetzt, wobei dieses Interesse nicht zuletzt auch auf die Optimierung der Naturnutzung gerichtet ist.“³⁷⁾

„Optimierung der Naturnutzung“ wird von den sozialistischen Ideologen im wesentlichen als „effektivere“ oder „rationellere“ Nutzung von Naturressourcen interpretiert, wobei wiederum Karl Marx auch für die Konkretisierung der dabei empfohlenen Wege wörtlich bemüht wird. So werden etwa aus Hinweisen von Marx im Zusammenhang mit der Erforschung der ‚Ökonomie des konstanten Kapitals‘ auf die Notwendigkeit zur „unmittelbaren Vernutzung, bis zum Maximum, aller in die Produktion eingehenden Roh- und Hilfsstoffe“³⁸⁾, sowie „Reduktion der Produktionsexkrementen auf ihr Minimum“ und „Wiederbenut-

zung der Exkrementen der Produktion“ moderne Lösungsvorschläge für „Abproduktprobleme“ (= DDR-Wort für „Abfall“) und Recycling-Methoden abgeleitet³⁹⁾. Es erscheint nicht nur entwicklungsbedingt verständlich, sondern zugleich auch ideologisch symptomatisch, daß die Problematik von „Konsumtions-exkrementen“ in diesen theoretischen Analysen kaum zur Sprache kommt.

„Ökologisierung der Produktion“ ist denn auch das Schlagwort, mit dem generell die Bemühungen um eine umweltfreundlichere Technologie etikettiert werden, worunter im weitesten Sinne „die Übertragung von Prinzipien und Mechanismen ökologischer Systeme und Produktionsprozesse“ verstanden wird⁴⁰⁾.

Daß die sozialistischen Umweltideologen sich damit allerdings selbst auf die fernere Zukunft vertrösten, beweist ihr Eingeständnis: „Die geringen Erfolge bei den Bemühungen um eine Ökologisierung der Produktion zeigen an, daß sich die Natur ihre Geheimnisse nur stückweise und ganz allmählich entreißen läßt...“; natürlich ergänzt durch den Hinweis, daß „... der Kommunismus dazu bessere Möglichkeiten aufweist als alle vorangegangenen Produktionsweisen“⁴¹⁾.

3. Die Reaktion auf neuere wachstums- und technologiekritische Ansätze im Westen

Die Reaktion aus dem sozialistischen Lager auf die Problematisierung von Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt in der kapitalistischen Welt, wie sie sich besonders pointiert und publikumswirksam etwa in den Berichten des „Club of Rome“ darstellt, beschränkte sich lange auf die pauschale Identifizierung und Abqualifizierung dieser Strömungen als typische Krisensymptome des Kapitalismus. Erst Mitte der 70er Jahre ist in der Zeitschrift des ZK der KPdSU, „Kommunist“, von sowjetischen Gesellschaftskritikern die ideologische Diskussion der ökologischen Probleme in diesem Gesamtzusammenhang aufgenommen worden⁴²⁾. Auch in der DDR wurde quasi offiziell auf diese „bürgerlichen Weltmodell-Theorien“ reagiert⁴³⁾, nachdem

³⁴⁾ A. a. O., S. 65.

³⁵⁾ E. K. Fjodorow, a. a. O., S. 15.

³⁶⁾ H. Paucke u. A. Bauer, a. a. O., S. 39.

³⁷⁾ A. a. O., S. 65.

³⁸⁾ Karl Marx, Das Kapital, 3. Bd., Marx/Engels: Werke, Bd. 25, S. 112 (zitiert nach H. Paucke u. A. Bauer, a. a. O., S. 194).

³⁹⁾ A. a. O., S. 194f.

⁴⁰⁾ A. a. O., S. 204.

⁴¹⁾ A. a. O., S. 208.

⁴²⁾ Vgl. H. Dahm, a. a. O., passim.

⁴³⁾ Vgl. u. a. H. Paucke/H. Kroske, Weltmodelle — neue Konvergenzvarianten zu Umweltproblemen, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1975/11, S. 1501ff.

frühere Stellungnahmen zu diesem Problemkomplex eher als Außenseiter-⁴⁴⁾, wenn nicht sogar als Dissidenten-Stimmen⁴⁵⁾ einzustufen sind. Im hier betrachteten Zusammenhang ist dabei zum einen von Interesse, wie weit und mit welchen Gegenvorstellungen die kritischen Denkanstöße aus dem Westen im Hinblick auf Wirtschaftswachstum und technischen Fortschritt von den sozialistischen Ideologen aufgenommen, möglicherweise akzeptiert oder gekontert wurden. Darüber hinaus ist zu fragen, ob und wie ähnliche Ansätze in der neueren theoretischen Diskussion im sozialistischen Lager „eingearbeitet“ bzw. eigenständig verfolgt worden sind.

a) Ideologisches Sperrfeuer gegen Fortschrittspessimismus

Besonders aufschlußreich erscheint vor allem die Interpretation der „ideologischen Funktionen“ der „Club of Rome“-Studien — sowie ausdrücklich auch aller anderen „ökologisch argumentierenden“ bürgerlichen Ideologievarianten — aus der Sicht der sozialistischen Gesellschaftstheorie, weil darin die Einseitigkeit der Auseinandersetzung mit den Grenzen von Wirtschaftswachstum und Umwelt besonders klar wird, die allein auf die Rechtfertigung der ideologischen Positionen des Marxismus-Leninismus sowie die Bekräftigung der These von der Überlegenheit des sozialistischen Systems abzielt.

Als wesentliche ideologische Funktionen dieser Theorien werden genannt:

— ...„durch den Übergang von der Wachstumseuphorie zum Wachstumspessimismus ... einen Zukunftsschock in Gestalt einer ‚ökologischen Psychose‘ auszulösen, der bei den Werktätigen die Bereitschaft wecken soll, die Kosten für die Beseitigung der einschneidenden Umweltschädigungen zu übernehmen, durch die die kapitalistische Produktionsweise sich mehr und mehr selbst bedroht ...“;

— ...„die Vorbildwirkung der sozialistischen Länder zu neutralisieren, die ihre Überlegenheit auch auf ökologischem Gebiet unter Beweis stellen, indem sie hohe und stabile wirt-

schaftliche Wachstumsraten mit tatkräftiger und wirkungsvoller Arbeit in der Beseitigung von Umweltschäden vereinen ...“;

— ...„die Konstatierung und Prognostizierung verschiedener realer Gefahren im Verhältnis Gesellschaft-Natur und die Projektierung möglicher Teillösungen zu vereinen mit einer durch und durch illusionären Gesamtvorstellung über die generelle Lösung der Problematik, die von einem idealistisch-aufklärerischen Impetus getragen ist ...“⁴⁶⁾!

Nachdem in dieser und ähnlicher Weise zunächst gewissermaßen die klassische ideologische Position des Marxismus-Leninismus gegenüber der westlichen Nullwachstums- und Ökologiedebatte markiert wurde, modifiziert man nun neuerdings — vor allem im Rahmen der genannten Diskussion im sowjetischen „Kommunist“ — diese Position in der Weise, daß, gewissermaßen mit der Entdeckung des Gebiets der Ökologie als „wichtigem Bereich des antimonopolistischen Kampfes“, die strategische Losung ausgegeben wurde, die Chance der „Allianz der progressiven Kräfte“ durch friedliche internationale Kooperation in Fragen des Umweltschutzes zu nutzen⁴⁷⁾. Damit verbunden wurden nun auch die westlichen Untersuchungen zumindest in wissenschaftlich-methodischer Beziehung gelobt⁴⁸⁾ und Zugeständnisse in der Würdigung des Anliegens der westlichen Wachstumskritiker gemacht⁴⁹⁾: ...„Die Marxisten würdigen nun, daß die z. B. von einer so angesehenen internationalen Gruppe wie dem römischen Club ins Blickfeld gerückte Aufgabe der weiteren Beschäftigung mit den Problemen der Umwelt zeitgemäß und rechtens ist ...“

Das ideologische Sperrfeuer gegenüber westlicher Wachstums- und Technologiekritik konzentriert sich dafür um so mehr auf den Punkt, daß die ökologische Kritik des Fortschritts unvermeidlich als *neue Form der Verurteilung des Marxismus* — „der kompromißlosesten Theorie des gesellschaftlichen Fortschritts“⁵⁰⁾ — zu sehen sei: ...„alle naturwissenschaftlichen und mathematischen Begründungen der Verderblichkeit des Fortschritts in den ökologischen Globalmodellen dienen objektiv genau diesem Zweck!“⁵¹⁾. Unbestreitbar bedeuten die Forderungen nach Nullwachstum und Drosselung des technischen Fort-

⁴⁴⁾ Wolfgang Harich, *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der ‚Club of Rome‘*, Reinbek 1975.

⁴⁵⁾ Radovan Richta und Kollektiv, *Technischer Fortschritt und industrielle Gesellschaft*, Frankfurt 1972; Ulf Skirke, *Planvoller Fortschritt? Ein Rückblick auf den ‚Richta-Report‘ des Prager Frühlings*, in: *Technologie und Politik*, aktuell-Magazin 2, Hamburg 1975, S. 185—92.

⁴⁶⁾ A. Bauer u. H. Paucke, a. a. O., S. 797.

⁴⁷⁾ H. Dahm, a. a. O., S. 13.

⁴⁸⁾ A. Bauer u. H. Paucke, a. a. O., S. 798.

⁴⁹⁾ H. Dahm, a. a. O., S. 13.

⁵⁰⁾ A. a. O., S. 2.

⁵¹⁾ A. a. O., S. 3.

schritts eine zentrale Herausforderung für die Fortschrittsgläubigkeit der Marxisten; denn die damit aufgeworfenen Probleme der möglichen Endlichkeit der Beziehungen von Mensch und Natur stellen offenkundig die sozialistische Entwicklungstheorie in Frage, die ja gerade auf der Unbegrenztheit der Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution basiert⁵²).

Demgegenüber halten die maßgeblichen sowjetischen Gesellschaftstheoretiker unangefochten am Fortschrittsoptimismus fest und bekräftigen, daß auch in Zukunft "... systematisch prinzipiell neue Möglichkeiten für die Befriedigung neuer Bedürfnisse der Menschheit auftauchen" werden: "... d. h. die potentielle ‚Kapazität‘ unseres Planeten wächst ständig"⁵³). Das Ansinnen einer Rückkehr zu einem natürlichen Gleichgewicht wird im Interesse der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft klar zurückgewiesen: "... wenn man anerkennt, daß der Mensch mit Recht die Ressourcen der Natur für sich nutzt, dann muß man solche Verletzungen des natürlichen Gleichgewichts, die im Verlaufe der Umgestaltung erfolgen und zur weiteren Entwicklung der Menschheit beitragen, als notwendig und nützlich ansehen"⁵⁴).

Was aber zur „weiteren Entwicklung der Menschheit beiträgt“, also die Frage nach der *Zielorientierung des Fortschritts*, macht den entscheidenden Unterschied in der Einschätzung der Umweltproblematik im sozialistischen System gegenüber dem Kapitalismus aus: Danach dient „der Prozeß der zielgerichteten Umwandlung und Kultivierung der Umwelt im Sozialismus der allseitigen Entwicklung und wachsenden Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen“⁵⁵) und damit dem Wohl der „weiteren Entwicklung der menschlichen Gesellschaft“⁵⁶). Demgegenüber habe im Kapitalismus Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt "... seine Haupttriebfeder und sein entscheidendes gesellschaftliches Regulativ im Streben der Monopolbourgeoisie nach Maximalprofit“⁵⁷); damit sei die krisenhafte Zuspitzung der Umweltproblematik im Kapitalismus unvermeidlich⁵⁸).

⁵²) Vgl. B. M. Lindenberg, *Das Technikverständnis in der Philosophie der DDR*, Frankfurt u. a. 1979, S. 128.

⁵³) E. K. Fjodorow, a. a. O., S. 44f.

⁵⁴) A. a. O., S. 53.

⁵⁵) A. Bauer u. H. Paucke, a. a. O., S. 785.

⁵⁶) E. K. Fjodorow, a. a. O., S. 84.

⁵⁷) A. Bauer u. H. Paucke, a. a. O., S. 785.

⁵⁸) E. K. Fjodorow, a. a. O., S. 53.

b) Eigene Varianten zur Wachstums- und Technologiediskussion im Sozialismus

Nur am Rande kann hier noch auf einige Ansätze im sozialistischen Lager selbst hingewiesen werden, die von der oben skizzierten offiziellen ideologischen Linie gewisse Abweichungen zeigen bzw. zusätzliche Vorstellungen entwickeln.

Hier ist in erster Linie die Auseinandersetzung des DDR-Philosophen Wolfgang Harich mit der westlichen Wachstumsdiskussion und den ökologischen Besorgnissen sowjetischer Naturwissenschaftler anzuführen⁵⁹). Wohl als erster marxistischer Wissenschaftler hat er sich leidenschaftlich und nahezu ohne Einschränkung für eine Wachstumsbegrenzung ausgesprochen. Seine zentralen Thesen, mit denen er weit in die Tabuzonen des orthodoxen Marxismus einbricht, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Nur der Sozialismus kann die — vom Kapitalismus produzierte — ökologische Krise meistern, weil nur er das dafür notwendige Nullwachstum durchzusetzen vermag. Allerdings: Der kommunistische Traum vom allmählichen Absterben des Staates ist damit endgültig als Utopie entlarvt; denn nur ein starker und asketischer „Zuteilungsstaat“ ist in der Lage, weltweit und auf Dauer für ein „wachstumsloses ökonomisches Gleichgewicht im Interesse der Erhaltung der Biosphäre“ zu sorgen⁶⁰).

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang sind auch noch gewisse Varianten zu den sozialistischen Vorstellungen über eine Zukunftslenkung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts: Generell wird ja für den Sozialismus reklamiert, daß er die Entwicklung von Wissenschaft und Technik planvoll im Interesse der Gesamtgesellschaft zuwege bringt, während im Kapitalismus „nicht die innere Logik der Technikgeschichte, sondern die Profitinteressen der Unternehmer die maßgebliche Instanz für die Steuerung des technischen Fortschritts“ seien⁶¹). Dabei wird bekanntlich zugestanden, daß dem sozialistischen Gesellschaftssystem historisch keine andere Wahl bleibe, als die „dem Kapitalismus auf den Leib geschneiderten technischen Produktionsgrundlagen fast unverändert zu übernehmen“⁶²). Energisch bestritten wird aber, daß

⁵⁹) W. Harich, a. a. O., passim.

⁶⁰) A. a. O., S. 8.

⁶¹) K. Bayertz, *Aktuelle Tendenzen der Technikkritik*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 10/1979, S. 1481.

⁶²) H. Paucke u. A. Bauer, a. a. O., S. 65.

die sozialistischen Länder mit dem Produktivkräftesystem zugleich auch die dazugehörige Wertordnung — „höchstmögliche quantitative Effizienz und Profitrate“ — übernommen hätten: „... diese hängt vielmehr von den Zielen der Gesellschaft ab, die diese objektiv verfolgt, und die im Kapitalismus und im Sozialismus grundverschieden sind!“⁶³) Über allgemeine Absichtserklärungen in Richtung auf eine „Vermenschlichung“ der Produktion durch „qualitative Veränderung“ und „ökologische Korrekturen“ von Technik und Technologie gehen diese offiziellen Vorstellungen aber nicht hinaus⁶⁴).

Weiterführende Ideen im Sinne einer umfassenden Revolutionierung der Produktionsweise, die sich nicht allein auf die Umwälzung der Eigentumsbeziehungen beschränken, finden sich vor allem bei westlichen Marxisten⁶⁵). Sie wurden aber auch bereits in der ČSSR während des Prager Frühlings Ende der 60er Jahre von einer Gruppe von Wissenschaftlern unter der Leitung von Radovan Richta entwickelt und als der sog. „Richta-Report“ veröffentlicht, den Robert Jungk eine Art „Kapital“ des 20. Jahrhunderts genannt hat⁶⁶). Als „Herausforderung an jede Form technokratischer Ideologie“ wollte er ein „humanistisches Sozialismusmodell, das der marxistischen Konzeption entspricht“, entwerfen⁶⁷), das sich von der extensiven Industrialisierung weg und dem Konzept eines intensiven Wachstums zuwen-

det⁶⁸). Wesentliche Grundlage dazu sollte ein „unvergegenständlicher technischer Fortschritt“ sein, der im wesentlichen auf eine Humanisierung der Arbeit im Sinne einer Neuorientierung von Wirtschaft und Gesellschaft an menschlichen Bedürfnissen hinausläuft, insbesondere in Richtung auf eine Verstärkung von Elementen der Selbstbestimmung und -verwaltung an den Arbeitsstätten. Die angestrebten „Wachstums- und Wesensveränderungen der modernen Wissenschaft“ werden durch Zusammenwirken von biologischen, technischen und sozialen Systemen erstrebt: „... ein solcher planvoller Fortschritt ist weder durch Technisierung der Politik noch Politisierung der Technik zu erreichen, sondern nur durch neue Wege der technologischen Entwicklung, in der politisch-technische Bereiche nicht vom menschlich-natürlichen abgetrennt sind“⁶⁹).

Es war das erklärte Anliegen des Richta-Teams, das als „Brain Trust“ der Prager Reformerte fungierte (und mit diesen seinen Einfluß verlor), einen Beitrag zur Überbrückung „der Kluft zwischen einem technischen Pragmatismus des Alltags und einem ideologischen Dogmatismus für den Sonntag“ in den Ländern des realen Sozialismus zu leisten⁷⁰).

Eben diese Realität der alltäglichen Umweltproblematik in sozialistischen Ländern gilt es nun in einem zweiten Schritt mit deren ideologischer Konzeption zu konfrontieren.

II. Zur realen Umweltsituation in sozialistischen Ländern

Wie gezeigt wurde, wird von der Ideologie rundheraus die Überlegenheit des Sozialismus in der Lösung der Umweltprobleme konstatiert und festgestellt, daß der Sozialismus bereits ein „neues Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft“ geschaffen habe. Der Versuch einer Überprüfung dieser Position anhand der realen Umweltsituation in sozialistischen Ländern kann im Rahmen dieser überschlägigen Betrachtung und angesichts des Fehlens umfassender und systematisch ermittelter empirischer Erkenntnisse nur durch den Rückgriff auf die Ergebnisse anderweitiger, ih-

rerseits so umfassend wie nur möglich empirisch operierender Primäruntersuchungen erfolgen⁷¹). Da, zumal in stark ideologisch fun-

⁶³) Ebd.

⁶⁴) A. a. O., S. 208f.

⁶⁵) Vgl. E. Barthel, Umwelt-Politik. Situation, Probleme und Lösungsansätze, hrsg. von der Landeszentrale f. pol. Bildungsarbeit, Berlin 1976, S. 41ff.

⁶⁶) U. Skirke, a. a. O., S. 185.

⁶⁷) R. Richta und Kollektiv, a. a. O., S. 20.

⁶⁸) A. a. O., S. 209ff.

⁶⁹) U. Skirke, a. a. O., S. 192.

⁷⁰) R. Richta und Kollektiv, a. a. O., S. 211.

⁷¹) Vgl. M. Jänicke, Umweltpolitik in Osteuropa, a. a. O. (Teilveröffentlichung eines Forschungsprojekts an der FU Berlin über „Politik und Ökologie der entwickelten Industriegesellschaften“); H.-H. Höhmann, G. Seidenstecher, Th. Vajna, Umweltschutz und ökonomisches System in Osteuropa, Stuttgart u. a. 1973; F. Singleton (ed.), Environmental Misuse in the Soviet Union, New York u. a. 1973; M. I. Goldman, Umweltzerstörung und Umweltvergiftung in der Sowjetunion, in: M. Glasgow, a. a. O.; I. Volgyes (ed.), Environmental Deterioration in the Soviet Union and Eastern Europe, New York u. a. 1974; Boris Komarow, Das große Sterben am Baikalsee. Der geheime Bericht eines hohen Funktionärs über die Umweltkrise der Sowjetunion, Reinbek 1979.

dierten Systemen wie den sozialistischen, für die Einschätzung der realen Verhältnisse weit weniger als Parteitageproklamationen und gesetzliche Vorschriften die *effektiven* politischen Prioritäten und deren Niederschlag im praktischen Handeln von Bedeutung sind, erscheint es darüber hinaus sinnvoll, der umweltpolitischen Alltagspraxis im Sozialismus auch anhand einiger exemplarischer Fälle nachzuspüren. Die weitgehende Beschränkung auf die Verhältnisse in der UdSSR, mit einigen Seitenblicken auf die DDR, ist im Rahmen dieses Beitrags zwar auch durch dessen Umfang geboten; im Hinblick auf die Konfrontierung der Realität mit den Ansprüchen der Ideologie stellt aber das „Mutterland des Sozialismus“ ohnehin das bestgeeignete Anschauungsobjekt dar.

1. Systemspezifische Bedingungen und Trends der Umweltbelastung

Unter den Bestimmungsgründen der Umweltbelastung ist zweifellos im Rahmen dieser auf systemspezifische Faktoren gerichteten Betrachtung vor allem die *Industrie- und Branchenstruktur* eines Landes aufschlußreich, da sie — zumal unter den Bedingungen zentraler sozialistischer Planung und Steuerung des Industrialisierungsprozesses — ökologische *Vorsorge* als Gestaltungsprinzip erkennen lassen könnte⁷²⁾.

⁷²⁾ M. Jänicke, a. a. O., S. 179.

a) „Überindustrialisierung“ als Strukturmerkmal

Selbst eine sehr überschlägige Betrachtung zeigt jedoch, daß die UdSSR alles andere als eine „ökologisch optimale Industrie- und Branchenstruktur“ aufzuweisen hat: Bei einem relativ hohen Anteil des Primärsektors (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) am Bruttosozialprodukt⁷³⁾ und einem relativ unterentwickelten tertiären Bereich — der allerdings im statistischen Bild durch Ausklammerung bestimmter „unproduktiver“ Dienstleistungen systematisch zu kurz kommt⁷⁴⁾ — dominiert der gewerbliche Sektor mit nahezu einem Zweidrittel-Anteil am Bruttosozialprodukt ganz offenkundig. Dabei fällt diese relative *Überindustrialisierung* im Vergleich zu westlichen hochentwickelten Volkswirtschaften auch bei den anderen COMECON-Ländern als Strukturmerkmal ins Auge (vgl. Tab. 1). Im Hinblick auf die ökologische Relevanz dieses Tatbestandes ist aber zusätzlich die interne Strukturierung dieses mächtigen Industriesektors in den sozialistischen Ländern, vor allem aber in der UdSSR, zu beachten. Hier dominieren ganz eindeutig die schwerindustriellen Bereiche sowie — und dies neuerdings im zunehmenden Maße — Chemie-, Papier- und Mineralöl-

⁷³⁾ Angesichts der „industrialisierten“ Produktionstechnologien — z. B. extensivem Einsatz von Kunstdünger, Pestiziden etc. — soll damit der Bereich der „Urproduktion“ gerade in der UdSSR keineswegs für ökologisch unbedenklich erklärt werden, auch wenn er im weiteren weniger im Blickpunkt steht.

⁷⁴⁾ M. Jänicke, a. a. O., S. 179.

Tabelle 1:

Anteil der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt 1975
(Anteil der Beschäftigten in Klammern)
in einigen Industrieländern im Ost-West-Vergleich
in %

Land	Primärbereich: Landwirtschaft/ Forstwirtschaft/ Fischerei	Sekundärbereich: Industrie/Bau	Tertiärbereich: Handel/Verkehr/ Dienstleistungen/ Sonstiges
USA	3,4 (4,0)	32,5 (32,1)	64,1 (63,9)
BR Deutschland	2,7 (6,2)	47,8 (44,2)	49,5 (48,9)
UdSSR	16,8 (26,3)	64,1	19,1
DDR ¹⁾	10,4 (11,1)	72,6 (49,6)	20,5 (39,3)

¹⁾ incl. Doppelzählungen

Quelle: M. Jänicke, *Umweltpolitik*, a. a. O., S. 256

industrie und der gesamte Bereich der Energiegewinnung, vom Kohlebergbau, der Erdöl- und Erdgasgewinnung bis zu Kraftwerken aller Art⁷⁵⁾, also die „verschmutzungsintensiven“ Industriezweige; dies ist ein Trend, der auch durch die die weitere Entwicklungsrichtung bestimmenden Zukunftsplanungen für die UdSSR nicht erkennbar korrigiert wird. Auch für die DDR heißt es, daß es vor allem die Schaffung „... der eigenen schwerindustriellen Basis der sozialistischen Gesellschaft“ war, die „... Probleme für die Entwicklung der natürlichen und gebauten Umwelt“ hat entstehen lassen⁷⁶⁾.

Dieses Übermaß an umweltbelastenden industriellen Produktionen wird dadurch noch potenziert, daß, durch technologische und andere Defizite bedingt, laut Insider-Urteil aus der UdSSR „... die sozialistische Wirtschaft pro Wareneinheit die doppelte Menge an Luftverschmutzern produziert“ wie etwa die amerikanische⁷⁷⁾. In diesem Zusammenhang wird festgestellt, daß z. B. — dank intensiverer Nutzung und schlechterer Motorwartung — die sowjetischen Autos die Umwelt im Durchschnitt annähernd viermal so stark vergiften wie amerikanische Autos.

Neben schlicht machtpolitisch motivierten Rüstungsinteressen sind für die forcierte und einseitig — ohne Rücksicht auf negative Umwelteffekte — betriebene Industrialisierungspolitik der UdSSR wiederum vor allem *ideologische* Beweggründe bestimmend gewesen: Denn mit ihr wurde im Eiltempo eine nach Marx die sozialistische Revolution von 1917 allein als solche legitimierende sozial-ökonomische Grundlage „nachgeschaffen“ (nämlich: Entwicklungsstadium des industriellen Kapitalismus, Existenz einer Industriearbeiterschaft als Proletariat)⁷⁸⁾. Im fortdauernd von Politikern und Ideologen des Sozialismus proklamierten Wettkampf der Systeme handhabt die sowjetische Führung das industrielle Produktionsvolumen immer noch als bevorzugte Meßlatte sozialistischer Erfolge im Aufholen gegenüber den kapitalistischen Industrieländern⁷⁹⁾. Zweifellos hat eben diese beschriebene, ideologisch fundierte Überindustrialisierungstendenz die ökologie-politischen Startvorteile stark relativiert — wenn nicht sogar

überkompensiert —, die in den sozialistischen Ländern — vorerst — feststellbar sind⁸⁰⁾: weniger Verstädterung, weniger Motorisierung, weniger privater Güter- und Energieverbrauch etc. Diese sind allerdings eben nicht „geplant“, sondern werden als „Entwicklungsrückstände“ angesehen, deren Annäherung an westliche Standards ja gerade die ganze Kraftanstrengung der sozialistischen Länder gilt!

Diesen und anderen *Belastungsfaktoren* steht in den sozialistischen Ländern eine sehr unterschiedliche *Umweltkapazität* gegenüber: Während diese in der weiträumigen und mit Wasser und sonstigen natürlichen Ressourcen gut ausgestatteten UdSSR kaum Grenzen erkennen läßt, sind z. B. in der dichtbesiedelten DDR Umweltengpässe — etwa bei der landwirtschaftlich nutzbaren Bodenfläche, der Wasser-, Energie- und Rohstoffversorgung — von vornherein evident.

b) *Rücksichtslose Verwertung und Umgestaltung der Natur*

Während man in der DDR z. B. über die Einführung des „ökonomischen Hebels“ einer Bodennutzungsgebühr — ungeachtet aller ideologischen Bedenken — auf eine rationelle Nutzung des knappen Bodens hinzuwirken versucht, herrscht im „Mutterland des Sozialismus“ nach wie vor die Tendenz zu einer exzessiven und wenig haushälterischen Verwertung der — ja „wertlosen“ — Naturschätze aller Art vor, zu gigantischen Projekten zur Unterwerfung und Korrektur „tausend Jahre alter Mängel der Natur“⁸¹⁾: ob es sich nun um Landschaftsumgestaltung durch die Umleitung von Flußläufen, um großräumige Bodenmeliorationen oder um die „Beerdigung“ gewaltiger Landmassen (bisher bereits von der vierfachen Größe Belgiens!) zur Gewinnung von Wasserkraft handelt. Es kommt darin eine Haltung zum Ausdruck, die wohl als „... tief in der Symbiose von sozialistischem Pioniergeist und dem ideologisch motivierten Glauben an die absolute Beherrschbarkeit der Natur durch den Menschen“ verwurzelt angesehen werden muß⁸²⁾.

c) *Indizien der Umweltbelastung*

Da es keinen umfassenden „Generalindikator“ für die Umweltbelastung in einem Lande gibt, können hier nur zwei Hilfsgrößen zur Kennzeichnung von Niveau und Trend der Umwelt-

⁷⁵⁾ Jahrbuch der UdSSR 1980, S. 98ff.

⁷⁶⁾ B. Bittighöfer, H. Edeling, H. Kulow, Theoretische und politisch-ideologische Fragen der Beziehungen von Mensch und Umwelt, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1972/1, S. 74f.

⁷⁷⁾ B. Komarow, a. a. O., S. 46.

⁷⁸⁾ H. Dahm, a. a. O., S. 4f.

⁷⁹⁾ M. Jänicke, a. a. O., S. 179.

⁸⁰⁾ A. a. O., S. 177f.

⁸¹⁾ B. Komarow, a. a. O., S. 84.

⁸²⁾ J. Füllenbach, a. a. O., S. 51.

belastung in der sozialistischen UdSSR angeführt werden:

— Es ist dies zum einen der Tatbestand, auf den sowjetische Ökonomen schon 1974 hingewiesen haben, daß die *Kosten* der Umweltbelastung in der UdSSR ... „schneller steigen als das Nationaleinkommen und die Investitionen in der Produktion“⁸³⁾ — so wie bereits seit über zehn Jahren in den deswegen von den sozialistischen Ideologen häufig an den Pranger gestellten USA.

— Es ist dies zum anderen ein „statistisch umschriebenes Gesamturteil zum internationalen Stand der Defizite an Umwelt- und Lebensqualität“, als das die *Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung* der Menschen in Industrieländern mit einiger Berechtigung herangezogen werden kann⁸⁴⁾. Während in manchen westlichen Industrieländern hier, zumindest bei den Männern, ein leicht rückläufiger Trend festzustellen ist — allerdings nicht bei den in der Tabelle 2 aufgeführten kapitalistischen Ländern USA und Bundesrepublik Deutschland —, ist dieser Trend in allen COMECON-Ländern recht ausgeprägt vorhanden, wobei er in der DDR — mit ihrer hohen industriellen Frauenbeschäftigung — sogar auch die weibliche Bevölkerung erfaßt hat⁸⁵⁾: möglicherweise „soziale Kosten“ einer spezifischen industriellen Entwicklung, die mitnichten in Geld zu beziffern sind!

2. Maßnahmen sozialistischer Umweltpolitik

Im Rahmen dieses Beitrags muß sich eine Betrachtung der konkreten Maßnahmen soziali-

stischer Umweltpolitik darauf beschränken, Ziele und Mittel dieser Politik überschlägig zu kennzeichnen, mit denen der sozialistische Staat den als „Grundinteresse der Gesellschaft“ proklamierten Umweltschutz in die Wirklichkeit umsetzt.

Angesichts des allenthalben — und dies nicht nur, aber im besonderen Maße in sozialistischen Systemen — feststellbaren Vollzugsdefizits im Umweltschutz⁸⁶⁾ besagen Verfassungsartikel, Parteitags- und ZK-Beschlüsse und auch gesetzliche Regelungen wenig über die umweltpolitische *Praxis*, zumal diese meist nur den Charakter allgemeiner Willensbekundungen haben. Auf die nähere Referierung der sowjetischen Natur- und Umweltschutzbestimmungen kann deshalb hier verzichtet werden⁸⁷⁾. Statt Absichtserklärungen sollen nur einige auf Erfahrungen begründete Erkenntnisse über die Praxis des Umweltschutzes vermittelt werden.

a) Normen und Ziele als Idealvorstellungen

Zumindest für die UdSSR wird festgestellt, daß ... „die Perspektivplanung der Umweltqualität noch immer kein Bestandteil des einheitlichen Systems der Volkswirtschaftsplanung ist“⁸⁸⁾. Geplant werden allenfalls Umweltschutzmaßnahmen als solche (Kläranlagen usw.), nicht aber die angestrebten *Ergebnisse* dieser Maßnahmen. Die im System der

⁸³⁾ A. a. O., S. 180.

⁸⁷⁾ Vgl. anderweitig hierzu H. Paucke u. A. Bauer, a. a. O., S. 223 ff.; J. P. Oshogow, Der ideologische Kampf um das Umweltproblem, in: Wissenschaftlich-technische Revolution und ideologischer Kampf, Internationales Autorenkollektiv, Frankfurt 1978, S. 321 ff.

⁸⁸⁾ H.-H. Höhmann u. a., a. a. O., S. 31.

Tabelle 2:

Veränderung der durchschnittlichen Lebenserwartung in einigen Industrieländern im Ost-West-Vergleich

Land	Vergleichszeitraum	Derzeitige Lebenserwartung für 5jährige		Veränderung (in Jahren)	
		Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
USA	1959–1970/72	64,00	71,37	+0,10	+1,37
BR Deutschland	1960/62–1972/74	64,90	71,00	+0,22	+1,22
UdSSR	1958/59–1968/71	62,02	70,76	-1,44	+0,21
DDR	1963/66–1971/72	65,06	69,99	-0,80	-0,52

Quelle: M. Jänicke, Umweltpolitik, a.a.O., S. 253



Aber wo ist das Flübchen, in das wir die Abwässer leiten werden?

Aus: Krokodil (satirische Zeitschrift der Sowjetunion) Nr. 29, Oktober 1976, S. 2.
Zeichnung von E. Wedernikow.

sozialistischen Planwirtschaft prinzipiell gebotene Möglichkeit, „eine planerische Ziel-Mittel-Relation zwischen den im konkreten Fall an die Sauberkeit der Umwelt zu stellenden Ansprüchen und den vorgesehenen Maßnahmen herzustellen“⁸⁹⁾, wird also nicht in die Praxis umgesetzt.

Auf der gleichen Ebene liegt die Feststellung in dem anonymen Bericht eines sowjetischen Naturschutzspezialisten... „In der Sowjetunion existiert für viele Verunreinigungssubstanzen der strengste Normenindex auf der Welt, er wurde auch früher als in allen großen Ländern des Westens verabschiedet. Trotzdem blieben diese rigiden MIK-Werte (= maximal zulässige Immissionskonzentration) insgesamt eine gewisse Abstraktion, ein Ideal, das die Industrie anstreben sollte. Oder, wie die Theoretiker sagen, sie müsse sich schritt-

weise annähern, von 5-Jahresplan zu 5-Jahresplan“⁹⁰⁾.

Ein weiteres Beispiel: „Während der öffentlichen Debatte über den Entwurf einer Wassergesetzgebung für die UdSSR und die Unionsrepubliken wurde wiederholt eine Gebühr für die Wassernutzung gefordert. Als jedoch die endgültige Fassung des Wasserschutzgesetzes verabschiedet wurde, war es bei der kostenlosen Nutzbarkeit von Wasser geblieben.“⁹¹⁾ Besonders aufschlußreich für die „Rationalität“ solcher umweltpolitischen Entscheidungen ist dabei die ergänzende Anmerkung zu diesem Fall, daß diese Regelung vor dem Obersten Sowjet vom Vertreter der Expertenkommission mit der lapidaren Feststellung erläutert worden sei, „... daß man die Vorschläge bezüglich der Einführung einer Wassergebühr nicht

⁸⁹⁾ B. Komarow, a. a. O., S. 33.

⁹¹⁾ H.-H. Höhmann u. a., a. a. O., S. 30.

haben akzeptieren können. Gründe dafür nannte er nicht⁹²⁾. Daß es eindeutig ideologische Bedenken sind, die diese umweltpolitische Maßnahme diktiert — bzw. in diesem Falle verhindert — haben, braucht nach der vorangegangenen Darstellung wohl kaum ergänzt werden! Nur: was bedeuten angesichts einer solchen Praxis dann noch so eindrucksvolle, aber unverbindliche Absichtserklärungen und Maßnahmenkataloge zur „rationelleren Ressourcennutzung“⁹³⁾ oder auch zur „Ökologisierung der Produktionstechnologie“⁹⁴⁾, wenn keine entsprechenden Taten folgen?

b) Mittel und Strategien

Da keine verlässlichen Zusammenstellungen der gesamten finanziellen Aufwendungen für den Umweltschutz in der UdSSR vorliegen, ist auch die Aussagekraft eines internationalen Vergleichs dieser Mittelaufwendungen nur sehr vorsichtig einzuschätzen (vgl. Tab. 3), demzufolge die sozialistischen Länder am untersten Ende dieser Skala rangieren. Allerdings sprechen die seit Jahren und in allen COMECON-Ländern wiederholten Hinweise auf die „unzureichende materiell-technische Basis des Umweltschutzes“ für die Richtigkeit dieser Rangfolge und damit eindeutig auch für die immer noch geringe politische Priorität von Umweltschutzinteressen in den sozialistischen Staaten. Wenn man in der DDR die Um-

weltpolitik ganz betont unter das Motto „Mobilisierung der inneren Reserven“ stellt⁹⁵⁾, dann heißt das im Klartext, daß Umweltschutz möglichst nichts kosten soll. Dem entspricht auch die Favorisierung administrativer Maßnahmen im Umweltschutz (behördlicher Vorschriften in Gestalt von Ge- und Verboten etc.) gegenüber solchen, die man im sozialistischen Sprachgebrauch als umweltspezifische „ökonomische Hebel“ bezeichnet, bei denen durch Verknüpfung eines bestimmten Tuns bzw. Unterlassens mit finanziellen Konsequenzen ein umweltfreundliches Verhalten der Betriebe stimuliert werden soll⁹⁶⁾.

Insgesamt sind die Lösungsansätze sozialistischer Umweltpolitik ganz vorwiegend als Maßnahmen „nachträglicher Entsorgung“ zu charakterisieren — sehr im Widerspruch zur theoretisch möglichen und ideologisch postulierten „planenden Vorsorge“ sozialistischer Systeme, und insoweit keineswegs anders ansetzend als der Umweltschutz in den kapitalistischen Industrieländern⁹⁷⁾.

c) Ergebnisse und Erfolge

Nach alledem muß die Beurteilung der Ergebnisse und Bewährung sozialistischer Umweltpolitik in der Praxis völlig offen bleiben. Die Trendentwicklung zumindest der wichtigsten die Umweltqualität insgesamt konstituierenden Einzelindikatoren wie Luft, Wasser und

⁹²⁾ Ebd.

⁹³⁾ T. S. Chatschaturow, a. a. O., passim.

⁹⁴⁾ H. Paucke u. A. Bauer, a. a. O., S. 211.

⁹⁵⁾ H.-H. Höhmann u. a., a. a. O., S. 96.

⁹⁶⁾ A. a. O., S. 118.

⁹⁷⁾ M. Jänicke, a. a. O., S. 186; E. Hödl, Die technologische Lösung der Umweltprobleme in sozialistischen Ländern, in: Frankfurter Hefte, 6/1972, S. 426—32.

Tabelle 3:

Private und öffentliche Mittelaufwendungen für den Umweltschutz für 1973 bzw. 1974*
im internationalen Vergleich

Aufwendungen bis 0,9% des BSP:	Polen DDR Sowjetunion Frankreich
Aufwendungen von 0,9–1,8% des BSP:	Dänemark Norwegen Österreich Bundesrepublik Deutschland
Aufwendungen über 1,8% des BSP:	Schweiz Schweden USA Japan

* Aufwendungen für Luft- und Wasserreinigung, Abfallbeseitigung und Lärminderung.

Quelle: M. Jänicke, Umweltpolitik in Osteuropa, a. a. O., S. 187

Boden kann im folgenden nur durch Übernahme einiger Ergebnisse aus einem systematischen Vergleich der umweltpolitischen Erfolge der entwickelten kapitalistischen und sozialistischen Industriegesellschaften in den 70er Jahren aufgezeigt werden⁹⁸⁾:

— Die sozialistischen Länder Osteuropas ... wiesen insgesamt eine höhere Luftverschmutzung der Industriestädte auf, ihre Umweltschutzmaßnahmen wurden allgemein später wirksam, führten insgesamt zu einer durchschnittlich eher langsameren Emissionsverminderung, und vor allem: es gibt eine Reihe von Städten, in denen Maßnahmen überhaupt nicht wirksam wurden". Besonders verwiesen wird auf die Entwicklung der Luftbelastung in Moskau, die von extrem hohen Werten im Jahr 1956 in einem „einmaligen Tempo" durch „drastische und wirksame Umweltschutzmaßnahmen" so verbessert wurde, daß heute die sowjetische Hauptstadt in ihrer Luftqualität als nahezu vorbildlich gilt: ein Beispiel, das zeigt, ... „wie wirksam das den sozialistischen Industriegesellschaften verfügbare umweltpolitische Instrumentarium ist, wenn es tatsächlich eingesetzt wird".

— Noch schwieriger ist eine Erfolgskontrolle auf dem Gebiet der Wasserverschmutzung⁹⁹⁾: ... eine systematische Verbesserung der Binnengewässer des gesamten Landes, wie sie — bei allem Vorbehalt — in Schweden, aber auch in Großbritannien und in den USA erzielt wurde, ist bisher offensichtlich in keinem COMECON-Land erreicht worden". Allenfalls läßt sich aus einzelnen Zustandsbeschreibungen schließen, daß es in den meisten sozialistischen Ländern gelungen ist, „die Verschlechterung der Gewässersituation aufzuhalten".

— Die Ergebnisse im Kampf gegen Bodenerosion und Landschaftsschäden sind erst recht nicht pauschal zu erfassen, lassen aber nach den verfügbaren Berichten sicher noch keine Tendenzwende erkennen; denn die umfangreichen Bodenmeliorationen im Gefolge der Neulandkampagne von Chruschtschow haben zwar, selbst nach offizieller Berichterstattung, „kaum Produktionszuwächse", wohl aber umfangreiche Erosionsschäden an etwa einem Viertel der landwirtschaftlich nutzbaren Bodenfläche der UdSSR zur Folge gehabt. Diese Entwicklung hat den Witz provoziert: Die Melioratoren haben die Losung ausgegeben: Verwandeln wir den ganzen Sumpf in Wüste!¹⁰⁰⁾.

⁹⁸⁾ M. Jänicke, a. a. O., S. 183.

⁹⁹⁾ A. a. O., S. 184.

¹⁰⁰⁾ B. Komarow, a. a. O., S. 69.

Die Bilanz der *Rekultivierung*serfolge gibt ebenfalls wenig Anlaß zum Jubeln: Zwar ist nach offiziellen Angaben die Gesamtbodenfläche, die jedes Jahr in der UdSSR „wieder in Ordnung gebracht" wird, auf 8—12 000 Hektar anzusetzen, aber ... das sind 8—12% dessen, was Bergwerke, Zechen und Tagebau jährlich zunichte machen¹⁰¹⁾. Ähnliches wird für das Ungleichgewicht zwischen Abholzung und *Wiederaufforstung* der Waldflächen berichtet: ... die Übererfüllung der Planaufgaben für den Holzeinschlag wird auf jede Weise gefördert, während die Wiederaufforstung der Wälder oft nur platonisch betrieben wird¹⁰²⁾.

Angesichts dieser — zugegebenermaßen alles andere als systematisch erfaßten — Stichproben, die vor allem die *Durchsetzungsproblematik* im sowjetischen Umweltschutz belegen, erscheint der Anspruch der sozialistischen Umweltideologen um so wirklichkeitsfremder, nach dem die prinzipielle Überlegenheit der sozialistischen Ordnung in diesem Bereich nicht nur im Inhalt und in der Zielsetzung der juristischen Normen für den Umweltschutz zum Ausdruck komme, sondern gerade auch darin, ... daß der sozialistische Staat und die übrigen sozialistischen Überbauinstitutionen in der Lage sind, die juristischen Fixierungen auch tatsächlich durchzusetzen¹⁰³⁾.

Weitere Beispiele können aber immerhin, wenn sie auch im genannten Sinn keine ausreichenden empirischen Belege darstellen, so doch exemplarisch die konkrete Handhabung sozialistischer Umweltpolitik verdeutlichen, was im folgenden anhand von zwei Fällen geschehen soll:

3. Exemplarische Fälle zur umweltpolitischen Praxis in der UdSSR

a) *Der Baikalsee — Beweis für den schonenden Umgang mit der natürlichen Umwelt im Sozialismus oder Umwelt-Tragödie?*

Dieser Fall hat wie kein anderes Umweltproblem im sozialistischen Machtbereich sowohl in der sowjetischen als auch in der internationalen Öffentlichkeit Aufsehen erregt. Er ist nicht nur in seinen ökologischen Dimensionen besonders spektakulär, sondern auch in der Art und Weise seiner technologischen wie auch gesellschaftlichen „Bewältigung" sympto-

¹⁰¹⁾ A. a. O., S. 78.

¹⁰²⁾ H.-H. Höhmann u. a., a. a. O., S. 26.

¹⁰³⁾ H. Paucke u. A. Bauer, a. a. O., S. 68.

matisch¹⁰⁴), zumal er zwar eines der offiziellen „Paradepferde“ der sowjetischen Propaganda als „Beweis für den schonenden Umgang mit der natürlichen Umwelt im Sozialismus“¹⁰⁵) darstellt, an ihm sich aber auch die Umweltdiskussion in der sowjetischen Öffentlichkeit entzündet und in der Folge am lebhaftesten und nachhaltigsten artikuliert hat.

Anfang der 60er Jahre hatte der damals gerade begonnene Bau von zwei riesigen Zellstoff- und Papierkombinaten an den Ufern des Baikalsees im südlichen Zentralsibirien sowie der Kahlschlag großer Waldflächen in der umliegenden Region lebhafteste Proteste renommierter sowjetischer Wissenschaftler und Literaten ausgelöst. Sie richteten sich gegen die Gefährdung des empfindlichen ökologischen Gleichgewichts im Bereich des Baikalsees, der mit seinem Reichtum an einmaligen Pflanzen- und Tierarten in der Welt einzigartig und zudem — ganz abgesehen von der vielgerühmten landschaftlichen Schönheit des „Heiligen Meeres“ — ein Süßwasserreservoir vorzüglichster Qualität darstellt, dessen Umfang, etwa dem der Ostsee entsprechend, auf ein Fünftel aller Weltvorräte geschätzt wird. Daß die Baikalkombinate trotz massiver und prominenter Expertenkritik — unter anderem auch einer eigens gegründeten Gutachterkommission der Akademie der Wissenschaften in Moskau — unangefochten weitergeführt wurden, ist nicht zuletzt auf ihr „strategisches Interesse“ zurückzuführen¹⁰⁶): Die Baikalkombinate (BZBK) sollten ein besonders haltbares Cordgewebe für die Zwischenlagen in den Reifen schwerer Bombenflugzeuge produzieren; diese Technologie erforderte gewaltige Mengen allersaubersten Wassers.

Immerhin suchte man von seiten der sowjetischen Führung in diesem Fall den Eindruck zu vermeiden, daß man der öffentlichen Meinung — wie sonst üblich — einen Maulkorb umhängen wollte: die Expertengutachten wurden aber so lange entschärft, variiert und manipuliert, bis sie die Umweltwirkungen der Kombinate nicht mehr als so verheerend wie zu Beginn befanden, sondern die von der Regierung zum Schutz des Baikals ergriffenen (bzw. ver-

sprochenen) Maßnahmen für effektiv und insgesamt ausreichend erklärten und auf diese Weise die Öffentlichkeit beruhigen konnten.

1977, zehn Jahre nach Inbetriebnahme der Kombinate, stellte eine neue Baikalkommission der Akademie der Wissenschaften in ihrem Rechenschaftsbericht fest, daß sich der ganze See „am Rande des Umkippens“ befände. Denn wie aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen von Anbeginn zu befürchten gewesen war, hatte auch der Bau modernster Kläranlagen die „Baikal-Tragödie“ allenfalls hinauszögern können. Das empfindliche ökologische Gleichgewicht des Sees ist irreversibel gestört — bedingt durch dessen zentralen und zugleich anfälligsten Faktor, einen winzig kleinen Krebs mit dem Namen „Epischura“, der zugleich als erstes Glied in der Nahrungskette der gesamten Fauna und als wirksamster biologischer Wasserfilter im See fungiert, aber offenkundig in den „gereinigten“ BZBK-Abwässern nicht lebensfähig ist¹⁰⁷).

... Die Millionen Rubel, die in die Baikalkläranlage gesteckt wurden, haben zwar nur einen unerheblichen biologischen, dafür aber höheren propagandistischen Nutzeffekt als erwartet¹⁰⁸): denn sie sichern mit ihrer ‚Schaufenster-Wirkung‘ die fortgesetzte Beruhigung der Öffentlichkeit, unterstützt von beschwichtigenden Reden, wie etwa auf dem 25. Parteitag der KPDSU (1976): „... um das Schicksal des Baikals, Genossen, brauchen wir uns keine Sorgen zu machen. Darüber wachen ständig das ZK der Partei und die sowjetische Regierung, die Werktätigen des Transbaikal-Raumes und Baikalküstengebiets!“¹⁰⁹). Die von der Regierung zugesicherten Umweltschutzmaßnahmen wurden im wesentlichen nur soweit in die Tat umgesetzt, als sie *propagandistisch* verwertbar, d. h. als Errungenschaften des Sozialismus vorzeigbar waren, wobei sie sich in ihrer umweltschützenden Effektivität z. T. als „Potemkinsche Dörfer“ erwiesen. Auch Wiederaufforstungsnormen nach der Regierungsverordnung ‚zur rationelleren Nutzung der Naturschätze des Baikalsees‘ von 1966 stehen im wesentlichen nur auf dem Papier („ist ein Baum gefällt, werden zwei gepflanzt!“), zumal die Brandanfälligkeit der abgeholzten Baikalkaiga die Waldvernichtung in der Region völlig unplanmäßig potenziert. Fachleute schätzen ein Verhältnis von 1 ha

¹⁰⁴) Offensichtlich wählte deshalb auch der bereits mehrfach zitierte sowjetische Anonymus Boris Komarow „das große Sterben am Baikalsee“ zum Angelpunkt seines Geheimberichts über die Umweltkrise in der Sowjetunion.

¹⁰⁵) B. Komarow, a. a. O., S. 12; vgl. auch H.-H. Höhmann u. a., a. a. O., S. 14; E. K. Fjodorow, a. a. O., S. 75f.

¹⁰⁶) B. Komarow, a. a. O., S. 13.

¹⁰⁷) A. a. O., S. 17ff.

¹⁰⁸) A. a. O., S. 12.

¹⁰⁹) A. a. O., S. 25.

Aufforstung auf 100 ha Waldvernichtung als ziemlich realistisch¹¹⁰⁾!

Mit der fortschreitenden Verschmutzung des Baikalsees wurde zugleich die Arbeit der Zellstoff-Kombinate selbst beeinträchtigt, weil deren Produktionszweck — wie bereits erwähnt — allersauberstes Wasser voraussetzte. Allerdings war dieser entscheidende Grund für das gesamte Baikalsee-Projekt ohnehin bei dessen Fertigstellung 1964 bereits entfallen, weil inzwischen der Spezialcord auch aus Erdöl gewonnen werden kann¹¹¹⁾: Der Baikalsee als Standort- und Produktionsbedingung ist also in jeder Weise „hinfällig“ geworden!

Doch der Prozeß der industriellen Erschließung und mit ihm der Baikalsee-Ruin schreitet unaufhaltbar fort: Am Cholodnaja-Fluß, an der Nordecke des Baikalsees, ist im vergangenen Jahr ein neuer großer Industriekomplex in Betrieb genommen worden, der verschiedene Produktionsbereiche der ökologisch besonders gefährlichen Buntmetallurgie (Blei- und Zinkbergwerke sowie dazugehörige Aufbereitungsfabriken) umfaßt. Im Vergleich zu seinen Abwässern, so stellt der sowjetische Berichtstatter resigniert fest, „... werden sich wahrscheinlich die Baikalsee-Kombinat-Abwässer als harmloses Selterswasser entpuppen ...!“ und: „... bis heute ist nicht eine Zeile über die ökologische Gefährlichkeit des Baukomplexes an der Cholodnaja in der Presse durchgesickert“¹¹²⁾.

b) Kernenergienutzung — gesellschaftlich unbremste Expansion nach Maßgabe von Technik und Ökonomie

Unbeirrt von Bürgerprotesten und Zweifeln, wie sie in den westlichen Industrieländern den Ausbau der Kernenergie vielfach gebremst haben, betreibt die sowjetische Energiepolitik die planmäßige Expansion des Nuklearsektors mit dem Ergebnis, daß die UdSSR in der Gesamtkapazität der Atomkraftwerke unter den europäischen Ländern heute bereits an erster Stelle liegt¹¹³⁾. Nach den sowjetischen Projektionen soll der Anteil von 10%, den die Kernenergie 1980 an der gesamten Energieversorgung des Landes westlich

des Urals hatte, durch den forcierten Neubau von Atomkraftwerken bis 1990 auf 30% gesteigert werden. Dies ist eine energiepolitische Konzeption, die vor allem der Tatsache Rechnung trägt, daß der weit überwiegende Teil der Bevölkerung und Industrien der Sowjetunion auf ihrem europäischen Territorium konzentriert ist, während rund 80% der traditionellen Energiequellen der UdSSR jenseits des Urals liegen, deren rationelle Nutzung schon durch das Transportkostenproblem stark erschwert wird.

Aus westlicher Sicht bemerkenswert — und von manchen Kernkraftbefürwortern hierzu ländergar mit unverhohlenem Neid vermerkt — ist die Tatsache, daß der forcierte Ausbau der Kernenergiewirtschaft seitens der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten der Sowjetunion bisher keine erkennbaren Abwehrreaktionen hervorgerufen hat: Ängste im Hinblick auf Sicherheit und Umweltrisiken der Nukleartechnik scheinen kaum, hingegen Vertrauen, ja sogar Stolz auf die ökonomische Vernunft und technische Perfektion um so stärker das öffentliche Bewußtsein zu bestimmen.

Dies ist nicht zuletzt Folge einer Informationspolitik, der es bisher gelungen ist, das Bild der objektiven Umweltrisiken der Kernenergie wirtschaft geschickt zu manipulieren bzw. geheim zu halten. So wurde etwa die Explosion einer Atommüll-Deponie 1958 bei Tscheljabinsk erst in den 70er Jahren durch den Bericht eines nach Großbritannien emigrierten sowjetischen Wissenschaftlers publik, ein Unglück, bei dem „... mehr als 1 000 qkm eines Kreises im Südrural damals durch radioaktive Produkte, d. h. Reaktorabfälle, verseucht, Hunderte von Menschen ums Leben kamen, Tausende evakuiert und in Krankenhäuser eingewiesen wurden ... Ein großes Gebiet eines industriell entwickelten Distrikts blieb über Jahrzehnte hinaus Gefahrenzone“¹¹⁴⁾.

Konnte dieses Desaster im eigenen Lande von den sowjetischen Behörden und Medien in einer „Verschwörung des Schweigens“ zuge deckt werden (an der sich nach Darstellung von Medwedjew interessanterweise auch der amerikanische Geheimdienst CIA stillschweigend beteiligte!), so stellt sich die informationspolitische Behandlung der Beinahe-Atom-Katastrophe im amerikanischen Harrisburg vom März 1979 in der sowjetischen Öffentlichkeit in einem anderen Licht dar. Nach

¹¹⁰⁾ A. a. O., S. 21.

¹¹¹⁾ A. a. O., S. 19.

¹¹²⁾ A. a. O., S. 24.

¹¹³⁾ M. Messengießer, Die Atomenergiepolitik der UdSSR, in: Osteuropa, 11/1980, S. 1210; vgl. hierzu auch im Archivteil des gleichen Heftes (November 1980) und des folgenden 1/1981 die zweiteilige Dokumentation über „Das sowjetische Kernenergieprogramm“, S. A 519—563 und A 22—67, passim.

¹¹⁴⁾ Z. Medwedjew, a. a. O., S. 16.

einer anfangs außerordentlich zurückhalten- den Berichterstattung in den sowjetischen Massenmedien folgten später von verschiedenen Seiten gleichlautende Begründungen des Vorfalles mit dem Tenor, daß das Unglück „der Profitgier der Monopole“ anzulasten sei, die „zur Vernachlässigung von Sicherheitsmaßnahmen am Reaktor geführt hätten“¹¹⁵); dies ist eine Version, die mit Vorliebe auch zur Begründung des Widerstands breiter Bevölkerungskreise in westlichen Industrieländern gegen die Kernkraftwerke herangezogen wird. Es soll damit generell der Eindruck erweckt werden, als ob die Sicherheitsfrage bei der Kernenergienutzung ein *systemimmanentes* Problem des Kapitalismus sei.

„Sicher und sauber, sparsam und fortschrittlich, umweltfreundlich und volksnah“ — das sind hingegen die vorherrschenden Attribute, mit denen in der UdSSR die friedliche Nutzung der Kernenergie im eigenen Lande der Bevölkerung präsentiert wird¹¹⁶): Atomkraftwerke sind demnach im sowjetischen Einflußbereich nicht nur sicherer¹¹⁷), sondern ihre schnelle Entwicklung wird auch als Ausdruck der Überlegenheit des sozialistischen Systems hingestellt.

Bisher aufgetretene Schwierigkeiten bei der Planerfüllung des ehrgeizigen Kernenergieprogramms sind offiziell allenfalls im Hinblick auf Engpässe finanzieller und technologischer Art eingestanden worden; hingegen gilt z. B. das Entsorgungsproblem offiziell als „zuverlässig ingenieurtechnisch gelöst“¹¹⁸).

Daneben gibt es in den letzten zwei Jahren unter akademischen „Insidern“ eine — allerdings nach westlichen Maßstäben äußerst moderat — kritisch geführte Diskussion über die ökologischen Risiken der Kernenergienutzung; diese Diskussion wird aber im wesentlichen in Fachzeitschriften unter Ausschluß der Öffent-

lichkeit geführt. Allerdings wurde auch im September 1979 im „Kommunist“ von zwei sowjetischen Wissenschaftlern, dem Akademiemitglied N. Delleschal und dem Ökonomen Ju. Karjakin, die Frage aufgeworfen, ob nicht die gegenwärtige Standortplanung für KKW bald die „ökologische Kapazität“ der aus Gründen der Verbrauchernähe vorgesehenen Region westlich der Wolga erschöpfen würde; stattdessen wurde die Errichtung riesiger „Kernenergetischer Komplexe“ — unter Einschluß von Anreicherung, Wiederaufbereitung und Endlagerung — in den dünner besiedelten und zugleich mit hinreichenden Wasserressourcen ausgestatteten Gebieten im Norden der Sowjetunion vorgeschlagen¹¹⁹).

Diese Gedankengänge sind in der innersowjetischen Diskussion nicht neu: Der Nobelpreisträger Kapiza hatte bereits 1975 in seiner Rede zum 250jährigen Bestehen der sowjetischen Akademie der Wissenschaften vorgeschlagen, daß Reaktoren nur noch auf unbewohnten Inseln im hohen Norden gebaut werden sollten. Diese Rede war damals in der sowjetischen Presse jedoch nicht veröffentlicht worden¹²⁰).

Immerhin zeigt die sich neuerdings ausweitende Expertendebatte, daß die Beurteilung der Umweltproblematik im Zusammenhang mit der Kernenergienutzung nicht einstimmig so optimistisch ist, wie die offiziellen Verlautbarungen es vorgeben. Allerdings ist damit keinesfalls schon eine Wende in der sowjetischen Atomenergieplanung eingeleitet: Die Massenmedien machen die Sowjetbürger weiterhin glauben, „... der beste Beweis für die größere Sicherheit von Kernkraftwerken im Sozialismus ist eben die Tatsache, daß Atommeiler in der UdSSR auch in dichtbesiedelten Gebieten gebaut werden“¹²¹).

Demgegenüber steht die Feststellung des bereits erwähnten, heute in London lebenden ausgebürgerten sowjetischen Biologen Medwedjew in einem kürzlich veröffentlichten Interview¹²²): „... Es gibt (in der UdSSR) eine Anti-Atom-Bewegung, die sich zwar nicht offen zeigt, aber an ihren Folgen zu erkennen ist“. Als Beispiele solcher erkennbaren Folgen nennt Medwedjew die Verzögerung von Bauprogrammen, die Arbeitsverweigerung in

¹¹⁵) A. Buchholz (Hrsg.), Kernenergiepolitik der Länder des RGW, Konferenzbericht. Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwiss. und internationale Studien Köln, Oktober 1979, S. 45f.

¹¹⁶) „Ost-Kernenergie: Vom Baikal bis zu Elbe“, in: Wirtschaftswoche, 12. 11. 1979, S. 68.

¹¹⁷) Vgl. dazu Radio Moskau am 2. 5. 1980, 16. 29 GMT lt. Monitor-Dienst Osteuropa v. 5. 5. 1980, S. 6: „... Die Projektierungsnormen und die Anforderungen, die man in der Sowjetunion an die Atomkraftwerksanlagen stellt, schließen jede Möglichkeit eines Defektes oder eines Ausbruchs von radioaktiven Stoffen aus...“ (Hervorhebung v. Verf.)

¹¹⁸) Lt. einer entsprechenden Feststellung des Präsidenten der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Anatolij Alexandrow, im Juni 1979, vgl. M. Butenschön, Atomkraftwerke in der UdSSR, in: Die Zeit, 9. 11. 79, S. 21.

¹¹⁹) A. Buchholz, a. a. O., S. 54ff.

¹²⁰) Neue Züricher Zeitung vom 19. 10. 1979, S. 5.

¹²¹) M. Butenschön, a. a. O., S. 21.

¹²²) Bild der Wissenschaft, 6/1980, S. 104—112, „Gespräch mit Zhores Medwedjew: Es gibt auch in der UdSSR eine Antikernkraft-Bewegung“.

Kernkraftwerken, die Abneigung gegen kernkraftwerknahe Wohnlagen: "... Diese Tatsachen werden zwar nicht erwähnt, aber sie existieren!"

4. "Umweltbewußtsein" im Sozialismus: Mobilisierung — Manipulierung — Ignorierung

a) *Umweltpolitik als Informationspolitik*

"... Die marxistisch-leninistischen Parteien der sozialistischen Länder tragen ... dafür Sorge, daß die ökologischen Probleme vom gesellschaftlichen Bewußtsein in ihrer tatsächlichen Bedeutung erfaßt werden ... "123). "... Der Sozialismus hat bereits in der Praxis gezeigt, daß ... ein prinzipiell neues Verhältnis der Gesellschaft zur Natur geschaffen werden kann!"124) Nicht nur diese Kernsprüche sozialistischer Umweltideologen, sondern insbesondere auch die skizzierten exemplarischen Fälle aus der umweltpolitischen Praxis verweisen auf die zentrale Rolle eines „gesellschaftlichen Umweltbewußtseins“. Dieses Bewußtsein — im Sinne eines Gefühls der persönlichen Verantwortung des einzelnen für die Umweltbedingungen — planmäßig zu fördern, wird daher als vorrangige Aufgabe sozialistischer Umweltpolitik gesehen, die mehrfach in Beschlüssen höchster Parteigremien unterstrichen worden ist125). Auch wenn die Feststellung, die umweltpolitische Propaganda sei „der in der Sowjetunion einzige wirklich funktionierende Bereich des Umweltschutzes“126), sicher nicht frei ist von polemischer Übertreibung, so ist doch die Schlüsselrolle der Informationspolitik bei der „Herstellung“ dieses anvisierten sozialistischen Umweltbewußtseins nicht zu übersehen. Gerade am Baikal-Fall wurde im Prinzip deutlich, daß Gesichtspunkte propagandistischer Effektivität häufig eher über die Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen entscheiden als ökologische oder ökonomische Erfordernisse und daher eine systematisch ansetzende und umfassende Lösung von Umweltproblemen verhindern.

Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung in Richtung auf einen bewußtseinsverändernden sozialen Lernprozeß wird zweifellos durch die sehr restriktive und selektive Handhabung der Informationspolitik stark behindert, desgleichen durch die Tendenz, die eigene Um-

weltbedrohung gegenüber derjenigen im Kapitalismus möglichst herunterzuspielen oder gar zu verschweigen. TASS berichtet zwar unverzüglich und detailliert über Umweltprobleme und Katastrophenfälle im kapitalistischen Ausland (mit wohl dosierten Ausnahmen im Bereich der Atomenergienutzung, vgl. oben!); eine entsprechend umfassende Umweltberichterstattung aus dem Inland findet aber nicht statt, bzw. es wird allenfalls auf hier vergleichsweise günstige Umweltdaten verwiesen127) oder es werden einzelne Enthüllungen über Umweltverstöße in der Presse zugelassen.

"... Die Beschaffenheit von Luft, Trink- oder Meerwasser ist bei uns ein Staatsgeheimnis. Angaben darüber sind Staatseigentum, genauso wie der Boden, die Flüsse, die Wälder und ihre Bewohner, die Tiere ... "128). Diese leidenschaftliche Anklage gegen eine höchst restriktive Umweltberichterstattung spricht für sich, denn "... die Erklärung eines Objektes zur Geheimsache" (gemeint sind hier vorliegende Langzeitprognosen über den Umweltzustand in der Sowjetunion bis 1990) „ist der beste Indikator dafür, daß es um die natürliche Umwelt in unserem Lande nicht gut bestellt ist“129). Daß insbesondere dem Ausland ein geschöntes Umweltbild der Sowjetunion serviert wird, zeigt beispielhaft folgendes informationspolitische Detail130): Die sowjetischen Behörden zensierten 1971 die Juli-Nummer der russischen Ausgabe der UNESCO-Publikation ‚Courier‘, indem sie einen Bericht über Umweltverschmutzung in der Sowjetunion, der Untersuchungsergebnisse des Amerikaners M. Goldman zitierte, durch einen harmlosen Aufsatz aus der Feder des Präsidenten des ukrainischen Naturschutzkomitees ersetzte. Zwar stammten alle in dem inkriminierten Artikel zitierten Beispiele aus der sowjetischen Presse, doch war man offensichtlich mit den daraus von dem amerikanischen Wissenschaftler gezogenen Schlußfolgerungen nicht einverstanden.

Auf diese einseitig propagandistisch orientierten Informationspraktiken ist es auch zurückzuführen, daß empirische Daten über die Umweltqualität für die Bilanzierung der umweltpolitischen Ergebnisse nirgendwo zu Verfügung stehen: Jede Behörde meldet zwar be-

123) A. Bauer u. H. Paucke, a. a. O., S. 789.

124) H. Paucke u. A. Bauer, a. a. O., S. 185.

125) H.-H. Höhmann u. a., a. a. O., S. 40f.

126) B. Komarow, a. a. O., S. 147.

127) A. a. O., S. 45.

128) A. a. O., S. 31.

129) A. a. O., S. 30.

130) K. Bush, Umweltschutzprobleme in den sozialistischen Ländern, in: Osteuropäische Rundschau, 1973/1/2, S. 18.

reitwillig ihre Erfolge, etwa bei der Planerfüllung für rekultivierte, urbar gemachte oder wiederaufgeforstete Flächen; aber Angaben über die im gleichen Zeitraum neu eingetretenen Umweltverluste in Gestalt abgeholzter oder industriell verbrauchter Bodenflächen, durch Erosion zerstörter oder versteppter Landarrealen werden grundsätzlich nicht veröffentlicht: „... Der Propagandalärm über Millionen Kläranlagen, über Fischbrutanstalten u. ä. dient lediglich dazu, die Stille der verödenen Wälder, des sterbenden Asowschen Meeres und des sterbenden Baikals zu übertönen...!“¹³¹⁾

Gerade das Beispiel der — scheinbar — so vorbehaltlos geführten und ergebnisreichen Diskussion um die ökologische Problematik der Baikalsee-Projekte zeigt, daß auch informationspolitisch nach der „Potemkin-Methode“ verfahren wird.

In einer der führenden sowjetischen Literaturzeitschriften, der ‚Literaturnaja Gaset‘ (wie andere Blätter dieses Genres ein bevorzugtes Forum der von Schriftstellern und Wissenschaftlern entfachten Umweltdiskussionen der letzten Jahre), hat man eine Art „Erfolgskontrolle“ versucht; es wurde der Frage nachgegangen, wie effektiv der Einfluß der Öffentlichkeit bei der Lösung ehemals heftig diskutierter Probleme ist¹³²⁾. Man kam dabei zu dem Schluß: „Die praktischen Ergebnisse der langjährigen Kampagne für die Reinheit des Baikalsees sind bedeutend. Aber noch wichtiger sind ihre moralischen Lehren.“

Womöglich noch wichtiger scheint eine andere Schlußfolgerung zu sein, die das Akademiemitglied Michail Lawrentjow in diesem Zusammenhang aus den Erfahrungen der Baikalsee-Diskussion zieht, daß nämlich die begutachtenden Wissenschaftler in Zukunft in den Frühstadien umweltgefährdender Projektarbeiten noch entschiedener und deutlicher ihre Bedenken vortragen müßten: „... Ein Wissenschaftler... hat die Pflicht, nicht nur die Wahrheit zu sagen, sondern er muß auch dazu beitragen, daß seine Empfehlungen verwirklicht werden“¹³³⁾. Allerdings besteht eine Chance zur Publizierung solcher Bedenken nur im Rahmen ideologisch systemkonformer Äußerungen¹³⁴⁾: „Erfahrene Mitarbeiter von Verlagen bezeugen, daß alle Versuche, die ökolo-

gische Krise als globale Erscheinung... zu betrachten, ohne in jeder Zeile wieder auf die ‚zwei Naturen‘ — die kapitalistische und die sozialistische‘ — hinzuweisen, sofort eingestellt werden. Z. B. ist ein Kapitel in dem Buch ‚Ökologie, Politik und Recht‘ von O. S. Kolbasow, das einige Mängel der sowjetischen Umweltschutzgesetzgebung im Zusammenhang mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung erwähnt, nicht gedruckt worden, obwohl der Autor, nach den übrigen Artikeln zu urteilen, ein völlig loyaler Marxist ist“. Der hier zitierte „geheime Bericht“ demonstriert mit seiner Veröffentlichung im Westen wohl am augenfälligsten, was innerhalb der Sowjetunion nicht zur Diskussion gestellt werden kann an Umweltbedenken!

b) Umweltbewußtsein im sozialistischen Alltag

Da für die sozialistischen Länder keine systematischen empirischen Befunde verfügbar sind, aus denen auf das gesellschaftliche Umweltbewußtsein dort Rückschlüsse gezogen werden könnten, ist Haltung und Verhalten der sowjetischen Bevölkerung in Umweltfragen nur anhand einzelner Informationen und Beobachtungen einzuschätzen.

Zur betrieblichen Praxis „rationeller Gestaltung“ der Umwelt

Die Interessenlage des einzelnen Betriebes im sozialistischen System sowjetischen Typs läßt eindeutig auf eine *Konfliktsituation* in bezug auf den Umweltschutz schließen: Denn Erfolgsgrundsatz der Betriebe ist nun einmal das *Prinzip der Planerfüllung, gemessen am Produktionsergebnis*; die Prämierung als materielle Handlungsstimulus bemißt sich nach dem Grad dieser Planerfüllung, unabhängig davon, ob dabei ‚soziale Kosten‘ in Gestalt von Umweltbeeinträchtigungen verursacht werden oder nicht¹³⁵⁾: „Die Betriebe wehren sich gegen Umweltschutzmaßnahmen, weil diese nicht nur ihren Finanzspielraum einschränken, sondern auch häufig eine Unterbrechung des Produktionsprozesses erforderlich machen: beides aber wirkt sich negativ auf das prämierelevante Betriebsergebnis aus.“¹³⁶⁾ Dieser Interessenkonflikt zwischen Produktionssoll und Umweltrücksichten wird denn auch gelegentlich geradezu rührend mit dem

¹³¹⁾ B. Komarow, a. a. O., S. 51.

¹³²⁾ Sowjetunion heute, 4/1981, „Welchen Einfluß hat die Öffentlichkeit?“ S. 40f.

¹³³⁾ Ebd.

¹³⁴⁾ B. Komarow, a. a. O., S. 148.

¹³⁵⁾ H.-H. Höhmann u. a., a. a. O., S. 38.

¹³⁶⁾ Vgl. hierzu auch W. H. Kamankin, Die ökonomischen Interessen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Berlin (Ost) 1980, S. 167 ff.

Bild vom „plangejagten Betriebsdirektor“ beschworen, den „das Amt und die Umstände zwingen, das Werk schon in Betrieb zu setzen, wenn beispielsweise die Säuberungsvorrichtungen noch nicht fertig sind“¹³⁷⁾.

Da die Geldbußen und Strafen, mit denen die Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen durch die Betriebe sichergestellt werden soll, meist sehr *niedrig* angesetzt und auch nur *einmal* erhoben werden, kommt der Betrieb meist im Rahmen seiner internen Kalkulationen als Umweltsünder „billiger“ weg. Die gleichen Kalkulationen begünstigen auch einen einseitig *kosmetischen* Umweltschutz¹³⁸⁾, wie etwa die Installation von Filtern, die lediglich die Aschenpartikel festhalten und damit propagandawirksam „klaren Himmel über dem Kombinat“ schaffen. Die weit gefährlicheren unsichtbaren Schadstoffe aber werden weiterhin in die Atmosphäre abgelassen: ein „opti-

sches Täuschungsmanöver“, das allerdings auch im Westen keineswegs unbekannt ist!¹³⁹⁾

Ökonomische Anreizmaßnahmen zur Beeinflussung umweltfreundlichen betrieblichen Verhaltens werden zwar von sowjetischen Wissenschaftlern lebhaft diskutiert, aber nach vorliegenden Erkenntnissen erst sehr vereinzelt praktiziert. So wird berichtet, daß bei Verstößen gegen Wasserschutzbestimmungen einzelnen Betrieben ihre Prämien für die Planerfüllung vorenthalten wurden¹⁴⁰⁾.

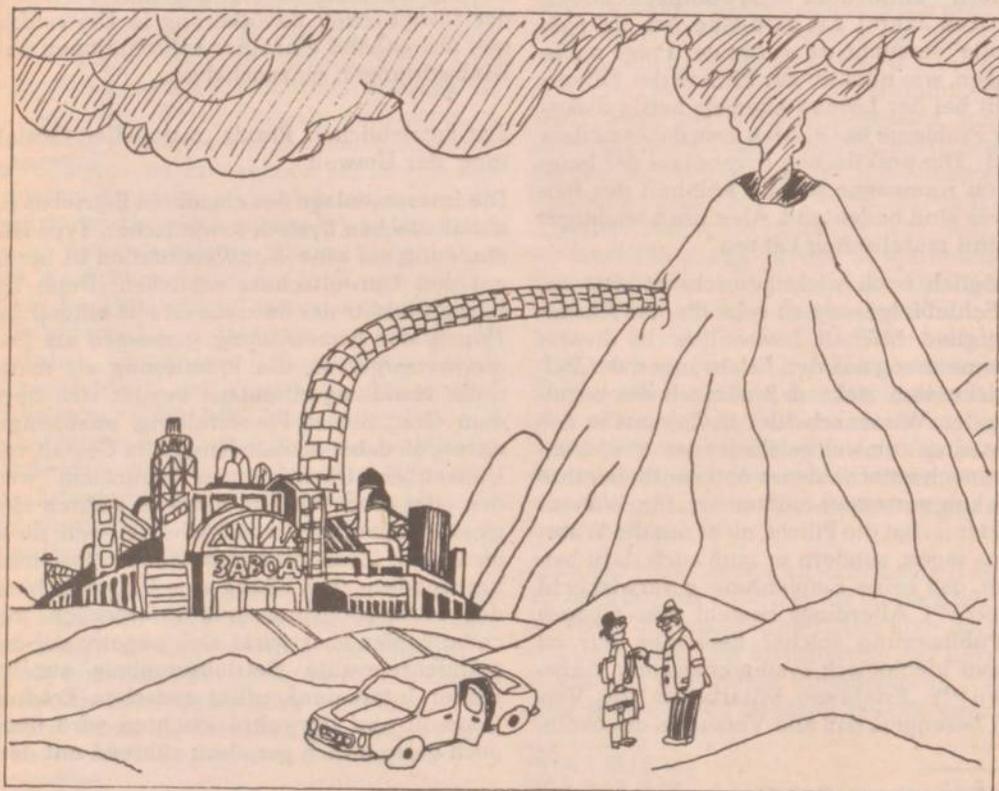
An dieser Stelle soll kurz ein eher kurioser Fall zur Illustration von sehr „speziellen“ betrieblichen Praktiken in Sachen Umweltschutz zitiert werden, der die Bandbreite betrieblicher „Aktionshebel“ zeigt. Unter der Überschrift „... Ein Fall von Sippenhaft“ heißt es da:

¹³⁷⁾ Osteuropa, Archivteil 7/1980: „UdSSR: Umweltschutz wird immer dringlicher“, S. A 445f.

¹³⁸⁾ B. Komarow, a. a. O., S. 35.

¹³⁹⁾ Vgl. hierzu M. Jänicke, Blauer Himmel über den Industriestädten — eine optische Täuschung, in: M. Jänicke (Hrsg.), Umweltpolitik, Opladen 1978, S. 150ff.

¹⁴⁰⁾ H.-H. Höhmann u. a., a. a. O., S. 57.



Melden Sie dem Ministerium folgendes: Angesichts des in der Nähe des Betriebes tätigen Vulkans sind wir für die Sauberkeit der Atmosphäre nicht verantwortlich.

Aus Krokodil Nr. 25, Sept. 1976, S. 12. Zeichnung von W. Schkarban.

„Anatolij Lukitsch arbeitet im Norilsker Bergbaumetallurgischen Kombinat, seine Ehefrau Galina Grigorjewna in der Bezirksinspektion für Abgassäuberung. Und sobald sie Anstoß nimmt an der Sauberkeit der Luft von Norilsk, sobald sie dem Leiter dieses oder jenes Betriebs, in dem die Sachen schlecht stehen, die fällige Vorschrift macht, ergreift man im Kombinat dringende Maßnahmen ... gegen Anatolij Lukitsch und versetzt ihn in ein niedrigeres Amt. Augenscheinlich ist dies einfacher, als die Verordnungen über den Schutz der Natur des Tajmyr einzuhalten ...“¹⁴¹⁾.

Daß im übrigen die in der UdSSR nach wie vor kostenlose Wasserversorgung in der betrieblichen Praxis zu verschwenderischem Umgang mit diesem — laut Ideologie „wertlosen“ — Naturgut führt, ist selbst vom „Kommunist“ beanstandet und durch drastische Beispiele belegt worden: „... Der Wasserverbrauch für die Ausschmelzung einer Tonne Stahl schwankt bei ein und derselben Marke zwischen 25 und 764 Tonnen — je nachdem, wieviel Wasser es in der Region der Stahlgießerei gibt. (Eine gewisse französische Firma verwendet pro Tonne Stahl nur eine Tonne Wasser)“. Oder: „... trotz eines Erlasses des Ministeriums für Erdölindustrie pumpen viele Förderbetriebe in die erdölführenden Gesteinschichten sauberes Fluß- oder Seewasser statt des verbrauchten Schichtwassers ...“¹⁴²⁾.

Die Versuche, durch Einführung einer Wassergebühr vom Prinzip der Gratisnutzung weg zu ressourcenschonenderen Verhaltensweisen zu kommen, scheiterten bisher bekanntlich am Widerstand der Parteiführung, die die „Prinzipien der sozialistischen Ökonomie“ hochhält: wie man sieht, auch um den Preis einer offenkundig unrationellen Nutzung der natürlichen Ressourcen!

Behörden zwischen Plandiktatur und Umweltschutz oder: Der Bock als Gärtner?

Womöglich noch stärker als bei den Betrieben schlagen bei den sowjetischen Behörden systemimmanente Interessenkollisionen unter der Diktatur der Planerfüllung meist zu Lasten der Umweltbelange aus. In der bereits früher erwähnten Diskussion in der ‚Literaturnaja

Gazeta‘ wird darauf hingewiesen, daß das Prinzip der Konzentration sowohl der Ausbeutung der Naturschätze als auch von deren Kontrolle in einer Hand — oder Behörde — „von Grund auf fehlerhaft“ sei: „... Die langjährige Praxis hat gezeigt, daß die Organisationen, deren Hauptaufgabe die Erzeugung materieller Güter auf der Grundlage der Ausbeutung der Naturschätze ist, um der Erfüllung ihrer Hauptziele willen sich selbst gegenüber jede beliebige Nachsicht erweisen. In der Tat lautet die Volksweisheit: ‚Man soll dem Bock nicht anvertrauen, den Kohl zu hüten.‘“¹⁴³⁾

Diese prinzipielle Nachsicht gegenüber den Planungs- und Produktionsinteressen äußert sich auch — wie bereits erwähnt und sicherlich nicht ohne Bedeutung für das öffentliche Umweltbewußtsein — in der vorwiegend milden Ahndung von Umweltsünden durch die Gerichte¹⁴⁴⁾.

Die allerorts vorherrschende Planerfüllungsmentalität führt im Verein mit organisatorisch bedingten Interessenkonflikten horizontaler und vertikaler Art im Behördenapparat zu einer tendenziellen Benachteiligung der Umweltinteressen. Besser als Pauschalurteile dürfte hier wiederum ein Fall als Beispiel für viele verdeutlichen, zu welchen widersinnigen Auswüchsen Ressortgeist und Planerfüllungsmentalität führen können. Ein Forstrechts-experte berichtet: „... Ich bemühe mich, Klagen über die Waldvernichtung gleichmütig nachzugehen. Man darf sich diese Fälle nicht zu Herzen nehmen. Vor fünf Jahren befand ich mich in einem gigantischen Holzfäller-Stützpunkt in der Nähe von Krasnojarsk. Am Flußufer erblickte ich eine regelrechte Stadt. Da lagen riesige sibirische Zirbelkiefern, Lärchen und Kiefern von einigen Klaftern in Stapeln, die kein Ende nahmen. Und das lag da herum und fing langsam an morsch zu werden, nur weil die Eisenbahn keine Waggons bereitstellen konnte. Doch das ist nicht alles. Die Eisenbahn hatte schon seit zwei, drei Jahren nicht ausreichend Waggons zur Verfügung, und das Holzbeschaffungsunternehmen wußte auch vorher schon, daß die Waggons nicht reichen würden. Und trotzdem fällt man jedes Jahr immer weiter drauf los. Das Unternehmen erhielt von oben seinen Plan ... So wurden quadratkilometerweise sagenhafte Zederntaiga umgelegt, an ihrer Stelle blieb Halbwüste zurück, und statt dessen bekam der Staat morsch Holz. Nicht einmal mehr Brennholz! —

¹⁴¹⁾ Osteuropa 7/1980, a. a. O., S. A 448; diesen Vorgang behandelte am 17. 12. 1978 und 19. 1. 1979 die ‚Komsomolskaja pravda‘ in einem zugleich amüsierten und entrüsteten Bericht, von dem hier nur zur Kennzeichnung des Sachverhalts der Vorspann zitiert wird.

¹⁴²⁾ B. Komarow, a. a. O., S. 58.

¹⁴³⁾ Osteuropa 7/1980, a. a. O., S. A 445 ff.

¹⁴⁴⁾ H.-H. Höhmann u. a., a. a. O., S. 35 f.

Das Schreckliche an diesem Wahnsinn ist nicht seine Absurdität, sondern daß er auf dem Verstand basiert. Und natürlich seine allgemeine Verbreitung. Danach lernte ich in einer anderen Angelegenheit einen Abgeordneten des Obersten Sowjet der UdSSR kennen, und als wir uns etwas angefreundet hatten, fragte ich ihn nach dem Holzfällerlager. Warum so etwas passieren könne. Wieso? Das verstehen Sie nicht? Dort in der Taiga sind doch Menschen, man muß ihnen doch Lohn bezahlen. Wir haben die Holzwirtschaftsbetriebe organisiert und die Leute dahin geholt. Sie haben doch ein Recht auf Arbeit... und sie können doch nichts für unsere Schwierigkeiten mit den Waggons... Ist Ihnen das denn nicht klar? Doch es hat keinen Zweck, darüber zu reden..."¹⁴⁵⁾.

Von großer praktischer Bedeutung für das umweltpolitische „Klima“ scheinen auch die vertikalen Interessenkonflikte im sowjetischen Behördenapparat zu sein: Zwar ist der Umweltschutz in Gesetzgebung und Durchführung im wesentlichen Sache der 15 Einzelrepubliken. Doch sehen diese sich unter dem Druck vorrangig auf Expansion und Steigerung der Produktivität bedachter Zentralbehörden in Moskau und Leningrad zu einer eher nachgiebigen Politik gezwungen, bzw. die lokalen Umweltschutzaufgaben der Unionsrepubliken werden bereits im Planungsstadium überhaupt ignoriert, weil die wichtigsten Entwicklungsvorhaben — wie z. B. Kraftwerksbauten, Meliorationssysteme, industrielle Großanlagen, Städtebau und Verkehrserschließung — in Moskau projektiert werden.

Im Hinblick auf die negativen Erfahrungen mit Kompetenzwirrwarr, Ressortegoismen und Kontrolldefiziten im sowjetischen Behördenapparat — mit seinem „nicht immer optimalen Verhältnis zwischen Zweig- und Territorialprinzip“, wie es Fedorenko vorsichtig ausdrückt¹⁴⁶⁾ — bleibt abzuwarten, ob das seit gut zwei Jahren neu etablierte „Staatliche Komitee der UdSSR für Hydrometeorologie und Umweltkontrolle“ mit seiner gesamtstaatlichen und ressortübergreifenden Kontrollkompetenz hier Abhilfe zu schaffen vermag. Allerdings darf wohl auch seine Unabhängigkeit von der allgemeinen Planerfüllungsmentalität nicht überschätzt werden. In einem Interview stellte sein Vorsitzender, Akademiemitglied

Juri Israel, sogleich als die Hauptaufgabe des Komitees heraus: "... die Einhaltung der (Umwelt-)Normen zu erreichen, ohne daß die Arbeit im Betrieb eingestellt werden muß!"¹⁴⁷⁾.

Der Sowjetbürger — ‚Naturbanause‘ oder ‚ökologischer Aktivist‘?

Der sowjetische Durchschnittsbürger dürfte Problemen des Umweltschutzes eher gleichgültig gegenüberstehen. "... Seit jeher leben die Bewohner Rußlands in dem Glauben, daß ihr Vaterland grenzenlos ist und seine Schätze unerschöpflich erscheinen", heißt es in einem Kommentar der ‚Komsomolskaja Prawda‘¹⁴⁸⁾, und: "... Sowjetischen Studenten wird traditionell eine ‚aggressive Einstellung zur Natur‘ eingepflegt, wobei der Akzent auf dem ‚Kampf mit der Natur und ihrer Bezähmung und Umwandlung‘ liegt". Dies ist eine Maxime, die vielleicht auch die in Rußland besonders verbreiteten Entartungen von Jagdleidenschaft und Wilderei bis hin zur Ausrottung ganzer Tierarten erklärt¹⁴⁹⁾.

Der Schriftsteller Wladimir Fajnberg beklagt: "... wenn man durch das Land fährt, erfährt man immer neue Tatsachen über eine, milde ausgedrückt, geringschätzige Einstellung zum Land“¹⁵⁰⁾. Zumal angesichts der landesüblichen Zurückhaltung bei kritischen Äußerungen über gesellschaftliche Mißstände ist diese Äußerung schon fast eine Anklage gegen die weit verbreitete Gleichgültigkeit und Achtlosigkeit im Umgang mit Boden, Wald, Wasser, Wild: Das angeblich „prinzipiell neue Verhältnis zwischen Mensch und Natur“ im Sozialismus läßt wohl doch noch sehr zu wünschen übrig! Dafür zeugen auch die großen Bemühungen — zumindest, soweit dies aus Absichtserklärungen zu schließen ist — um erzieherische Fortschritte im umweltbewußten Verhalten in den Schulen, Hochschulen, gesellschaftlichen Organisationen wie Jugendverbänden, Naturschutzgesellschaften u. ä. Einrichtungen. Dennoch ist wohl kaum zu erwarten, daß etwa ein Kolchosniki gegenüber seinem ‚Niemandes-Land‘ eine ähnlich pflegliche Einstellung gewinnen kann wie ein Bauer zu seinem persönlichen Grund und Boden.

Insgesamt wäre es demnach falsch, sich die Mehrheit der Sowjetbürger als ‚ökologische Aktivisten‘ vorzustellen, denen das Problem

¹⁴⁵⁾ B. Komarow, a. a. O., S. 119f.

¹⁴⁶⁾ N. Fedorenko, K. Goľman, Rationelle Gestaltung der Umwelt als Problem der optimalen Planung und Lenkung, in: Sowjetwissenschaft: Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 3/1973, S. 229.

¹⁴⁷⁾ Sozialismus: Theorie und Praxis, 10/1979, S. 99ff.

¹⁴⁸⁾ Nach K. Bush, a. a. O., S. 17.

¹⁴⁹⁾ B. Komarow, a. a. O., S. 87ff.

¹⁵⁰⁾ Osteuropa 7/1980, a. a. O., S. A 445.

der Industrieabwässer, luftverpestender Fabrikschlote und verbauter Landschaften den Schlaf raubt: Eher dominieren wohl Gefühle wie Stolz und Hoffnung auf steigenden Wohlstand angesichts dieser sozialistischen „Errungenschaften“ dank einer wissenschaftlich-technischen Revolution, deren Früchte noch in ungebrochener Fortschrittsgläubigkeit bewundert und akzeptiert werden; dies zeigt sich gerade am Beispiel der Kernenergie.

Trotz gelegentlich vorgebrachter Unmutsbekundungen über Umweltbelästigungen auf lokaler Ebene, die im wesentlichen über die füsigen „öffentlichen Naturschutzausschüsse“ kanalisiert werden, fiele es aber wohl keinem umweltgeschädigten Sowjetbürger ein, organisierte Protestaktionen gegen den Willen der politischen Führung zu starten; Dies verhin-

dert nicht nur das politische System der UdSSR, sondern gerade auch die restriktiven Informationspraktiken. Und schließlich: Wie soll „umweltbewußtes“ Verhalten der Durchschnittsbürger gedeihen, wenn die Führungselite des Landes von allen nur möglichen Privilegien bei der Nutzung einer „unversehrten“ Umwelt recht rücksichtslos Gebrauch macht, vor allem was die Bedingungen ihrer Wohn- und Freizeitumwelt angeht? Die in westlichen Theorien vieldiskutierten „Verteilungswirkungen“ unterschiedlicher Umweltlasten sind im sowjetischen System des Sozialismus keineswegs überwunden. Im Gegenteil: Die fehlende Publizität bildet einen vorzüglichen Deckmantel für Umweltfrevel aller Art, wie sie etwa in Gestalt von wahren „Jagdorgien“ hoher Sowjetfunktionäre aus Naturschutzreservaten kolportiert werden¹⁵¹).

III. Möglichkeiten und Grenzen einer Vereinbarung von ökologischen und ökonomischen Interessen

1. Dominanz der Produktionsinteressen und Möglichkeiten ihrer Überwindung

a) ‚Ökonomie vor Ökologie‘ als durchgängiges Handlungsprinzip im sowjetischen System des Sozialismus

Selbst eine sehr überschlägige Betrachtung der Handhabung ökologischer Probleme in der UdSSR hat deutlich werden lassen, wie durchgängig für alle umweltrelevanten Entscheidungen und Verhaltensweisen dort das *Primat der Produktion* gilt, genauer: der Vorrang einer — am Plansoll orientierten — Produktionsmaximierung; gegenüber diesem weithin noch immer unangefochtenen „Fortschrittsmaß“ des sowjetischen Sozialismus haben ökologische Interessen bisher in der Praxis fast notorisch das Nachsehen behalten!

Dieses Dilemma wird dadurch verschärft, daß nicht etwa das Ziel optimaler ökonomischer Effektivität (als input:output-Relation) Priorität genießt, also die Erreichung eines vorgegebenen Produktionsziels bei minimalem Kostenaufwand; vielmehr huldigt das sowjetische System des „industriell-bürokratischen Produktivismus“¹⁵²) weithin schlicht einer Ökonomie der „Output-Maximierung“. Nach dem Bruttoprinzip konstruierte Produktionskennziffern (Stückzahlen, Gewichte u. ä.) als Planvorgaben sowie mehr quantitativ- als qua-

litätsabhängige Prämiensysteme als Produktionsstimuli gehören als Instrumente zu diesem Systemzusammenhang ebenso wie ein industrielles Entwicklungsmuster, das einseitige Präferenzen für arbeitsteilige Großtechnologien erkennen läßt¹⁵³).

Trotz aller weiteren verbalen Absichtserklärungen erweist sich dieser spezifisch sowjetische Produktivismus an Umweltbelangen aus doppeltem Grund als uninteressiert:

— Da (positive wie negative) Veränderungen der Umweltqualität nicht zum ‚Output‘ (= Produktionsergebnis) zählen, sind sie nicht Objekt der Planerfüllung und mithin der Beeinflussung durch (auf diese Planerfüllung ausgerichtete) Anreizsysteme wirtschaftlicher wie politischer Art nicht unterworfen; folgerichtig gelten dann etwa auch Umweltschutz-Investitionen als „unproduktiv“.

— Als ‚Input‘ (= Kosten) schlägt die Verursachung von Umweltschäden und Ressourcenverschwendung ebenfalls nicht zu Buch, weil

¹⁵¹) Dem entspricht auch das von amerikanischen Ökonomen aufgrund empirischer Untersuchungen festgestellte „Wachstumsmuster“ der sowjetischen Wirtschaft seit Beginn der forcierten Industrialisierung in den 20er Jahren, das im wesentlichen auf „quantitative increase in inputs“ statt — wie in westlichen Industrieländern weit überwiegend — „more efficient utilization of inputs“ beruht; vgl. J. T. Kramer, a. a. O., S. 364f.; dazu auch J. S. Berliner, *The Innovation Decision in Soviet Industry*, Cambridge (Mass.) 1976, S. XI.

¹⁵²) B. Komarow, a. a. O., S. 87ff.

¹⁵³) M. Jänicke, a. a. O., S. 191.

sie ja als „wertlos“ gelten, d. h. „nichts kosten“; allenfalls gehen dafür praktisch belanglose rechnerische „Hilfsgrößen“ (Bußgelder und Strafen für Umwelt-„Sünden“) ins betriebliche Kalkül ein.

Die „sowjetische Variante“ des — ja auch in kapitalistischen Systemen nicht unbekanntem — Zielkonflikts zwischen Wachstum und Umweltschutz scheint demnach in besonderem Maße zur Benachteiligung der Umweltbelange zu tendieren. Es ist deswegen wichtig, die von sowjetischen Wissenschaftlern zur Überwindung dieses Dilemmas vorgeschlagenen theoretischen Lösungsansätze zu vermerken, deren ‚Therapietauglichkeit‘ allerdings weniger von ihrer konzeptionellen Schlüssigkeit als von den Chancen ihrer Umsetzung in die politische Praxis im gegebenen Systemzusammenhang abhängen dürfte.

b) *Theoretische Ansätze zu einem Interessenverbund von Ökonomie und Ökologie in der sozialistischen Planwirtschaft*

Unter den sowjetischen Wissenschaftlern hat sich vor allem der renommierte Ökonom N. Fedorenko, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, zum Sprecher derer gemacht, die die Umweltqualität als einen wichtigen Indikator sozialistischer Wohlfahrt ansehen und sie deshalb wirksamer in das Ziel- und Durchsetzungssystem der sozialistischen Planwirtschaft einbezogen sehen wollen¹⁵⁴).

Fedorenko moniert offen, daß der Umweltschutz im gesamten System der Planung und Leitung der sowjetischen Volkswirtschaft bisher „noch nicht die gebührende Berücksichtigung“ gefunden hat¹⁵⁵); indem Umweltschutz in erster Linie mit moralisch-ideologischen Normen begründet werde, sei der Vorrang der Produktionsinteressen praktisch vorprogrammiert; es käme aber darauf an, die ökologischen Interessen auf allen Planungs- und Entscheidungsebenen in das ökonomische Kalkül einzubeziehen. Dies aber — und insoweit dringen Fedorenko und seine Gesinnungsgenossen hier in ideologische Tabuzonen ein, ohne allerdings darüber auch nur ein Wort zu verlieren — sei nur möglich, wenn das Problem der *Bewertung* von Umwelt und natürlichen Ressourcen angegangen werde, konkret: die ökonomischen Folgen von Veränderungen der Umweltqualität müßten wertmäßig quantifiziert werden¹⁵⁶).

¹⁵⁴) Vgl. N. Fedorenko, K. Gofman, a. a. O., passim.

¹⁵⁵) A. a. O., S. 229.

¹⁵⁶) A. a. O., S. 232.

Fedorenko überspringt gewissermaßen die ideologische Barriere, indem er die Vorteile einer ökonomischen Nutzenschätzung des Umweltschutzes konkret anpreist: „... Gegenwärtig wird die ökonomische Effektivität von Maßnahmen gegen die Luft- und Wasserverschmutzung bestenfalls anhand des Wertes bestimmt, den die aus Abprodukten regenerierten Rohstoffe und Materialien besitzen. Der ökonomische Effekt aus der Verringerung der Umweltverschmutzung läßt sich indes bei weitem nicht auf den Wert dieser Produkte reduzieren. So führt eine Verringerung von Schadstoffen in der Luft zu einer langsameren Korrosion der Grundfonds und Materialien, die Erkrankungsquote der Bevölkerung geht zurück, wodurch sich Arbeitszeitverluste und Sozialversicherungsleistungen verringern, die Erträge der landwirtschaftlichen Kulturen steigern, der Zustand der Wälder sich verbessert usw. All dies bringt der Volkswirtschaft ohne Zweifel einen gewaltigen ökonomischen Nutzen, dessen Wert jedoch bis heute noch nicht berechnet und bei der Begründung von Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft nicht berücksichtigt wird. Da eine Methodologie zur Bestimmung der ökonomischen Auswirkungen von Verbesserungen der Umweltqualität fehlt, können diese Ergebnisse nur ganz ungefähr geschätzt werden. Eine Analyse der Planungs- und Prognoseunterlagen für den Zeitraum 1971 bis 1980 hat ergeben, daß der jährliche ökonomische Nutzen der vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz der Gewässer und der Luft und zur Verhütung von Bodenerosionen mindestens 4 Mrd. Rubel betragen kann. Die Rückflußdauer der Investitionen in den Umweltschutz liegt wesentlich unter der normativen Rückflußdauer. Daraus folgt, daß der Umweltschutz eine hocheffektive Anlage-sphäre für die gesellschaftliche Arbeit ist...“¹⁵⁷).

Auch die Argumentation, mit der der sowjetische Ökonom mögliche Bedenken gegenüber der Exaktheit einer solchen Umwelt-Bewertung abwehrt, verdient wegen ihres entwaffnenden Pragmatismus Erwähnung: „... Was die Ungenauigkeit der Bewertung des durch Umweltverschmutzung hervorgerufenen Schadens betrifft, so können nur Menschen, die mit Ökonomie wenig zu tun haben, glauben, daß alle anderen ökonomischen Bewertungen absolut genau seien. Wenn beispielsweise der PKW ‚Moskwitsch 412‘ im Laden 4 939 Rubel und 80 Kopeken kostet, so

¹⁵⁷) A. a. O., S. 233.

heißt das keinesfalls, daß der gesellschaftliche Nutzen (oder der gesellschaftlich notwendige Aufwand) bis auf die Kopeke genau berechnet worden ist. Ein Verzicht auf die Berechnung des aus der Umweltverschmutzung entstehenden Schadens... heißt jedoch letzten Endes nichts anderes, als diesen Schaden und alle sich daraus für die Wirtschaft ergebenden negativen Folgen bei ökonomischen Berechnungen unberücksichtigt zu lassen...¹⁵⁸⁾.

Über die Erarbeitung „sozialökonomischer Kennziffern der Umweltqualität“ will Fedorenko zu einer Quantifizierung und damit der direkten Einbeziehung der ökologischen Interessen in die wirtschaftliche Rechnungsführung sowohl auf der Aufwands- als auch auf der Ergebnisseite gelangen. Positive und negative Veränderungen der Umweltqualität schlagen dann als gleichgerichtete Veränderungen der ökonomischen Effektivität der gesellschaftlichen und auch der betrieblichen Produktion zu Buch: Der antagonistische Interessengegensatz von Umweltschutz und wirtschaftlicher Effektivität, in dem nur jeweils das eine auf Kosten des anderen möglich schien, wäre damit überwunden.

Zur Durchsetzung dieses „Interessenverbundes“ plädiert Fedorenko zum einen für die Einbeziehung der Kennziffern für die angestrebte Umweltqualität in die volkswirtschaftliche Perspektivplanung, wobei vor allem das Problem von deren Abstimmung mit den anderen Planpositionen noch ungelöst erscheint, mit der sich eventuell auch Ansätze einer umweltorientierten volkswirtschaftlichen Strukturplanung entwickeln ließen¹⁵⁹⁾. Zum anderen werden für die Einwirkung auf die Wirtschaftstätigkeit der Betriebe ökonomische Regelmechanismen gegenüber administrativen Maßnahmen favorisiert: „... Wir meinen, daß die Tätigkeit eines Betriebes gegen die Umweltverschmutzung mit dessen Hauptproduktionstätigkeit — mit der Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen für die Volkswirtschaft — ‚rechtlich gleichgestellt‘ werden muß. Hierzu kann es sich als erforderlich erweisen, das bestehende System der steuernden ökonomischen Kennziffern (Preise, Ressourcen, Abgaben usw.) durch eine weitere Kennziffer zu ergänzen — durch die Abgabe für Umweltverschmutzung...“¹⁶⁰⁾

Wichtig erscheint, daß der Vorschlag Fedorenkos die Wahrnehmung der Umweltinter-

sen im Rahmen der das sowjetische System allgemein beherrschenden Planerfüllungsmentalität möglich machen würde. Nicht zu unterschätzen wäre bei seiner Realisierung auch die selbstverstärkenden positiven Umwelteffekte durch die Stimulierung einer ‚umweltkonformerer‘ Technologieentwicklung; denn wenn erst die ökonomischen Folgen von Veränderungen der Umweltqualität bestimmbar wären, so könnten auch „die Hauptrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ entsprechend begründet werden, weil dann die ökonomische Effektivität „geschlossener technologischer Zyklen mit minimalen Abprodukten“ wesentlich höher bewertet würde¹⁶¹⁾.

2. Chancen einer Verankerung des Umweltinteresses in der realen Präferenz- und Interessenstruktur des sowjetischen Systems

Das skizzierte Konzept von Fedorenko und Gofman läßt die Gleichstellung von Produktions- und Umweltinteressen in der sowjetischen Planwirtschaft zumindest theoretisch als möglich erscheinen¹⁶²⁾. Allerdings ist damit noch nichts darüber ausgesagt, ob die in der Sowjetunion herrschenden politisch-gesellschaftlichen Interessenkonstellationen es überhaupt zulassen würden, eine solche — wenngleich bisher von der Partei im Grundsatz unterstützte¹⁶³⁾ — umweltpolitische Therapie auch wirklich in die Praxis umzusetzen; dies würde voraussetzen, daß eine solche „Verbundpolitik“ von Ökologie und Ökonomie sich in der realen Präferenz- und Interessenstruktur des sowjetischen Gesamtsystems tatsächlich verankern ließe. Die Frage nach der Vereinbarkeit dieses Konzept mit den ideologischen Positionen des Marxismus-Leninismus erscheint hier deswegen von vergleichsweise geringerer Bedeutung, weil diese Positionen sich erfahrungsgemäß in der bisherigen Geschichte des realen Sozialismus immer dann als anpassungsfähig erwiesen haben, wenn es den vorherrschenden Interessen der politischen Führung entsprach.

a) Effektive Bestimmungsgründe der gesellschaftlichen Präferenzskala

Von entscheidender Bedeutung ist deswegen in diesem Zusammenhang die Frage, ob eine

¹⁶¹⁾ A. a. O., S. 234.

¹⁶²⁾ Denkansätze in der DDR gehen in die gleiche Richtung wie das Fedorenko-Konzept, vgl. E. Barthel, a. a. O., S. 71.

¹⁶³⁾ Vgl. H.-H. Höhmann u. a., a. a. O., S. 59.

¹⁵⁸⁾ A. a. O., S. 234.

¹⁵⁹⁾ H.-H. Höhmann u. a., a. a. O., S. 62f.

¹⁶⁰⁾ N. Fedorenko, K. Gofman, a. a. O., S. 235.

Gleichrangigkeit von Produktions- und Umweltinteressen überhaupt den effektiven Prioritäten der gesellschaftlichen Präferenzskala in der Sowjetunion entspricht.

Hier ist zum einen zu bedenken, daß ja der Vorrang der *Wachstumsinteressen* nicht primär ökonomisch, sondern politisch-ideologisch — eben im Hinblick auf die Erfolgsmaßstäbe im ‚System-Wettstreit‘ — bestimmt ist und daher zumindest in der Prioritätsskala der politischen — und damit auch der wirtschaftlichen — Führung bis auf weiteres „unverrückbar“ sein dürfte; so bleibt ein Umdenken auf sozialökonomische Effektivitätskriterien blockiert.

Darüber hinaus muß man davon ausgehen, daß auch die breite Masse der Sowjetbürger weiterhin an einer Steigerung der materiellen Produktion interessiert sein wird, zumindest solange man sich in den sozialistischen Gesellschaften Osteuropas vorwiegend an den Konsummustern des Westens orientiert und das Gefälle der Realeinkommen zwischen den beiden Systemen erhalten bleibt¹⁶⁴). Schließlich ist in diesem Zusammenhang auch nochmals auf die „strategischen Interessen“ zu verweisen, deren absoluter Vorrang im sowjetischen System auch die ihm entsprechenden Produktionsinteressen privilegiert.

Auf der anderen Seite sind die Schwachstellen bei den sozialen Präferenzen im *Umweltbereich* in der sowjetischen Gesellschaft unübersehbar.

Einmal abgesehen von den generellen Schwierigkeiten einer verlässlichen Meinungserkundung zur Ermittlung der tatsächlichen Umweltbedürfnisse der Bürger¹⁶⁵), die allerdings in der Sowjetunion wegen mangelnder Meinungs- und Informationsfreiheit besonderes Gewicht haben, ist hier vor allem auf die Defizite im allgemeinen Umweltbewußtsein hinzuweisen, die sich aus der Mentalität der Bevölkerung ergeben. Die fehlende „Knappheitsmentalität“ der Sowjetbürger angesichts der traditionell als „unbegrenzt“ empfundenen Umweltkapazität eines Riesenlandes prägt hier die gesellschaftlichen Wertvorstellungen offenkundig grundlegender und nachhaltiger als alle moralisch-ideologischen Appelle und Normen.

So spricht z. B. auch die in der Tendenz effektivere und korrektere Umweltpolitik in der

¹⁶⁴) Vgl. J. Füllenbach, a. a. O., S. 111.

¹⁶⁵) Vgl. E. Dahmën, Umweltschutz und ökonomische Systeme, in: M. Glagow, a. a. O., S. 66.

DDR — bei gleichen ideologischen Grundlagen und zumindest ähnlichen Normen¹⁶⁶) — dafür, welche wichtige Rolle nationale Mentalitätsunterschiede für die Einstellung zu Natur und Umwelt und für die „Vorschriftentreue“ in diesem Punkt spielen. Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß der Sozialismus als gesellschaftliches System gerade mit der Überführung privater Eigentumsbindungen in persönlich anonyme Beziehungen zu ‚Gemeingütern‘ sicherlich vielfach zu einer Reduzierung der sozialen Präferenzen im Umweltbereich beigetragen hat.

b) Durchsetzungswiderstände im bürokratischen System

Selbst wenn man aber davon ausgehen könnte, daß die sowjetische Führung in Zukunft stärker als bisher an einer gleichrangigen Verfolgung von Produktions- und Umweltzielen interessiert wäre (was nach dem Gesagten unwahrscheinlich genug ist), so stünden der *Durchsetzung* einer solchen neuen ‚Linie‘ im Verhalten von Behörden und Betrieben immer noch erhebliche Widerstände von ‚vested interests‘ im Wege.

Dies gilt zumal auf Betriebsebene, soweit ein konsistentes System ökonomischer Hebel der Betriebsleitern jeden Schlendrian zu Lasten von Umwelt und natürlichen Ressourcen sowie die verbreitete Innovationsträgheit „auszutreiben“ versuchte: so manche bequeme Pfründe wäre damit in Gefahr¹⁶⁷)!

Aber auch die Behördenbürokratie müßte sich umstellen; denn die Vermeidung von Rollenkonflikten verlangt dringend eine „Gewaltentrennung“ im Sinne institutioneller Unabhängigkeit bei der Wahrung von Produktionsinteressen einerseits und Umweltinteressen andererseits, müßte also die bestehenden einheitlichen Organisationsstrukturen aufbrechen. Die Erfahrungen mit regionalen wie sachlichen Dezentralisierungsversuchen im Zuge der verschiedenen Wirtschaftsreformen der letzten zwei Jahrzehnte haben gezeigt, wie schwer dem ausgeprägten Hang zu Zentralismus und „Großeinheiten“ aller Art in der sowjetischen Wirtschaftsplanung und -verwaltung beizukommen ist; für eine wirksame und

¹⁶⁶) Vgl. H.-H. Höhmann u. a., a. a. O., passim.

¹⁶⁷) So stieß die Einführung einer fixen Bodennutzungsabgabe in verschiedenen Bereichen des Bergbaus mit dem Ziel sparsamerer Ausbeutung der natürlichen Ressourcen auf wenig Gegenliebe in den Betrieben und führte nicht zu dem erhofften Erfolg, vgl. J. M. Kramer, a. a. O., S. 372.

flexible Durchsetzung der Umweltinteressen wäre aber eine organische ‚Regionalisierung‘ der Zuständigkeiten unerlässlich.

Insgesamt legen demnach die hier angestellten Überlegungen den Schluß nahe, daß realistischere bei Fortdauer der gegenwärtig herrschenden gesellschaftlichen Interessenkonstellationen in der UdSSR mit einer wirksameren Verankerung der Umweltbelange in der sowjetischen Wirtschaftspolitik vorerst nicht gerechnet werden kann.

3. Ergebnisse einer ‚Bilanzierung‘ ideologischer und realer Positionen zur sozialistischen Umweltgestaltung

Es bleibt demnach im Hinblick auf den Ausgangspunkt dieser Arbeit nur noch der Frage nachzugehen, ob nicht die ideologische Position, derzufolge der Sozialismus sich als „einzige umweltkonforme Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ und „in der Lösung der Umweltprobleme dem Kapitalismus klar überlegen“ versteht, durch die Realität zumindest in der Sowjetunion eindeutig widerlegt ist.

Feststehen dürfte wohl nach allem, daß sozialistische Systeme sowjetischen Typs nicht „systematisch bessere Umweltverhältnisse produzieren“¹⁶⁸⁾ als industriell entwickelte kapitalistische Volkswirtschaften. Und: die Behauptung, daß ein Übergang zum Sozialismus den einzigen Ausweg aus der ökologischen Krise darstelle (vgl. oben), gewinnt durch das von der UdSSR gegebene Beispiel nicht gerade an Glaubwürdigkeit.

a) Identitätsverlust durch Imitation westlicher Muster

Offenkundig ist aber auch, daß in der sowjetischen Praxis prinzipiell vorhandene umweltpolitische *Möglichkeiten* des sozialistischen Systems eben nicht genutzt bzw. in die Tat umgesetzt worden sind, auf die sich ja gerade der ideologische Überlegenheitsanspruch beruft:

— gleichrangige Behandlung der Umweltinteressen bei den gesellschaftlichen Zielprioritäten;

— Wahrung der Umweltbelange nach dem Prinzip der *Vorsorge* — nicht nur in den Produktions- und Konsumtionsprozessen selbst, sondern vor allem schon in deren Projektion, Planung und technologischem Vollzug;

— zentrale Mobilisierung des verantwortlichen Gemeinnsinns aller Bürger als Instrument

¹⁶⁸⁾ M. Jänicke, a. a. O., S. 185.

gesellschaftlicher Initiative und Kontrolle gegenüber der Umwelt.

Anstelle derart eigenständiger umweltpolitischer Zielbestimmung und Struktursetzung wird in der Sowjetunion im wesentlichen beim Umweltschutz bruchstückhafte „technologische Symptombekämpfung“¹⁶⁹⁾ nach Maßgabe der Produktionsinteressen betrieben; diese wiederum folgen entweder der industriellen Eigendynamik oder imitieren im wesentlichen kapitalistische Wachstumsmuster und die Entwicklung des Weltmarkts. Dabei werden in starkem und eher noch zunehmendem Maße¹⁷⁰⁾ westliche Technologien übernommen und mit ihnen — da sie geprägt sind vom kapitalistischen Effizienzkalkül — unvermeidlicherweise auch „systemfremde“ Wertordnungen: dies alles um den Preis eines zweifellos „fundamentalen politischen Identitätsverlustes“¹⁷¹⁾ des sowjetischen Systems, für den in fast allen Bereichen seiner Wirtschafts- und auch Umweltpolitik eine Strategie des „Durchwurstelns“ symptomatisch ist¹⁷²⁾.

Die Ideologie hat in diesem Zusammenhang einen Vernebelungseffekt: durch ihre Fiktion, daß im Sozialismus bereits „ein prinzipiell neues Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft“ *erreicht* sei, und ihre These von „der Aufhebung aller antagonistischen Interessengesetze im Sozialismus“ wird eine realistische Problemsicht in der Umweltfrage verschleiert und damit wirksame Lösungsansätze unterbunden. Faktisch besteht im heutigen sowjetischen Industriesystem ein kompromißloser, d. h. eben „antagonistischer“ Interessengegensatz zwischen Wachstum und Umweltschutz wie wohl in kaum einem entwickelten kapitalistischen Industrieland!

b) Ungebremste ‚kapitalistische Produktionsweise‘ als ökologisches Kernproblem

Allerdings wäre es unzulässig, diesen Tatbestand wiederum dem Sozialismus „als System“

¹⁶⁹⁾ A. a. O., S. 186.

¹⁷⁰⁾ Gerade bei den Umweltschutztechnologien ist die Sowjetunion in besonderem Maße von Importen aus dem Westen abhängig; siehe M. Jänicke, a. a. O., S. 187; s. a. zur Vorgeschichte dieser technologischen Importe: A. C. Sutton, *Western Technology and Soviet Economic Development, 1917 to 1930*, Stanford 1968.

¹⁷¹⁾ M. Jänicke, a. a. O., S. 187.

¹⁷²⁾ „Die Ökonomik des Durchwurstelns“ nennt denn auch H.-H. Höhmann seine kürzlich erschienene Analyse über „Probleme und Tendenzen der sowjetischen Wirtschaft zu Beginn der 80er Jahre“; Berichte des Bundesinstituts für ostwiss. und internationale Studien Köln, 10/1981.

anzulasten. Zwar waren es die „kapitalistischen Produktionsverhältnisse“, die von der sozialistischen Ideologie für die Umweltschäden verantwortlich gemacht wurden; aber es ist wohl evident, daß mit deren Beseitigung — also der im wesentlichen formalen Kollektivierung des Eigentums an den Produktionsmitteln und der Einführung zentraler Planungs- und Lenkungsformen der Volkswirtschaft — im Hinblick auf die Ausräumung der Umweltprobleme noch nicht allzu viel getan sein kann! Diese hängen vielmehr zunächst vor allem vom „Stand der Produktivkräfte“, also dem Industrialisierungs- und Technisierungsgrad, ab; denn wesentliche Ursachen der Umweltbelastung rühren ja aus der fortgeschrittenen *Desintegration ökonomischer Tätigkeiten* her; also schlicht aus einer extremen industriellen *Arbeitsteilung*, die externe gesellschaftliche Effekte bzw. Kosten deswegen entstehen läßt, weil die Kostenrechnungsgrenzen der einzelnen Wirtschaftseinheiten zu eng gezogen werden.

Die ideologischen Schlagworte von der „Ökologisierung der Produktion“ und der notwendigen „Vervollkommnung“ industrieller und technologischer Prozesse nach dem Muster natürlicher Kreisläufe verweisen insofern sicher auf einen umweltpolitischen erfolgsversprechenden Weg; nur nimmt die sowjetische Wirtschaftsentwicklung weiterhin den genau entgegengesetzten Weg mit zunehmender Arbeitsteilung — gerade auch in der räumlichen Dimension —, hochspezialisierten industriellen Großanlagen und ungehemmten Ballungstendenzen von Wohn- und Industriezentren: insgesamt mit einer „kapitalistischen Produktionsweise“ par excellence, wie sie in den „alten“ westlichen Industrieländern längst der Vergangenheit angehört¹⁷³⁾.

c) Alternativen sozialistischer Umweltgestaltung: Der chinesische Weg

Daß aber sozialistische Systeme, u. a. gerade vermöge ihrer zentralen Planungskompetenz, durchaus zu einer *autonomen* Umweltgestaltung „fähig“ sind, zeigt das Beispiel der Volks-

republik China¹⁷⁴⁾: Hier bildet das Prinzip der „komplexen Wiedergewinnung“ bzw. Mehrzwecknutzung als ökonomische Strategie das Kernstück eines umweltpolitischen Konzepts, das ganz eindeutig auf *vorsorgenden* Umweltschutz abgestellt ist.

Im Hinblick auf die in der UdSSR festgestellten Schwachstellen der Umweltpolitik verdienen die folgenden Merkmale des „chinesischen Weges“ besondere Beachtung:

— eine möglichst ‚basisnahe‘ Verankerung der umweltpolitischen Befugnisse in der Planungsbürokratie, bei grundsätzlicher Einschaltung *aller* Planungsebenen;

— eine möglichst umweltkonforme Wachstumssteuerung durch Begrenzung der Ballungstendenzen in Großstadt- und Industriezentren, z. B. durch das „Ablegerprinzip“, Verfolgung des Prinzips „optimaler regionaler Selbstversorgung“, z. B. durch Förderung einer gemischten agro-industriellen Struktur bei der Stadtentwicklung;

— Verzicht auf materielle und juristische Anreize und Sanktionen (also *keine* umweltspezifischen ‚ökonomischen Hebel‘) bei umfassender Mobilisierung der Bevölkerung zur aktiven Mitwirkung an der Umweltpolitik als Kritik- und Kontrollinstanz.

Damit soll nicht etwa zu guter Letzt doch noch ein halbwegs hoffnungsvoller Ausblick auf die von den Ideologen verheißene „heile Umwelt des Sozialismus“ gerettet werden; wohl aber soll eine Spur aufgezeigt werden zu bereits möglich gewordenen Umweltlösungen in einem sozialistischen System, deren ideologischer Ausgangspunkt sich allerdings um wichtige Nuancen von dem des sowjetischen Sozialismus unterscheidet: „... Das Verhältnis von Wachstum und Umwelt, sagt der chinesische Umweltpolitiker, müsse *dialektisch* gesehe werden: Die Produktion schafft Umweltprobleme, deren Lösung ist wiederum eine Voraussetzung für die Produktionssteigerung. Umweltschutz kann nur betrieben werden, wenn die Produktion sich entwickelt. In China löse man beide Probleme *gleichzeitig*...“¹⁷⁵⁾.

¹⁷³⁾ H. M. Enzensberger, a. a. O., S. 24ff.

¹⁷⁴⁾ Vgl. hierzu M. Jänicke, Umweltpolitik in China: Vorbilder aus einem Entwicklungsland, in: Umwelt, 6/1975, S. 18—21; R. W. Kapp, Recycling im heutigen

China, in: Recycling: Lösung der Umweltkrise? Brennpunkte, 2/1974 S. 107—18.

¹⁷⁵⁾ M. Jänicke, Umweltpolitik in China, a. a. O., S. 19.

Günter Hartkopf: Über Verantwortung im Umweltschutz

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/81, S. 3—17

Die Trends zur Umweltzerstörung sind auch nach zehn Jahren Umweltpolitik weder national noch weltweit entscheidend gebrochen. Dies könnte letztlich auch zu negativen Folgen für den Weltfrieden und den sozialen Frieden in unserem Land führen. Zu den Hauptursachen der bedrohlichen Entwicklung gehört die Flucht wichtiger Gruppen und Institutionen in Staat und Gesellschaft aus der Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Umwelt. Dies zeigt sich vor allem in dem allgemeinen Streben nach Besitzstandswahrung um „fast jeden Preis“, im Einfrieren volkswirtschaftlich negativer Strukturen und in einer verbreiteten Abwehrhaltung gegen neue Gedanken, Vorschläge und Konzeptionen.

Die Erkenntnis gemeinsamer, ethischer Handlungsgrundlagen könnte dazu beitragen, manchen unversöhnlichen Interessenstreit in der Umweltpolitik zu entschärfen. Gesucht ist in einer pluralistischen Gesellschaft das „ethische Minimum“ im Umweltschutz, jene Wertmaßstäbe also, die unsere Zukunft sichern und in der Gegenwart konsensfähig sind. Hierzu gehören nicht Forderungen nach einer radikalen Umwertung aller Werte oder nach einer neuen Innerlichkeit des Menschen gegenüber der Natur.

Einigkeit besteht aber über die ethische Verpflichtung, menschliches Leben zu schützen und für unsere Nachkommen die Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben zu erhalten. Aus dieser Verantwortung ergibt sich angesichts unserer technischen Fähigkeit, die natürlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu zerstören, die Pflicht, die negativen Langzeitwirkungen unseres Handelns abzuschätzen und schon heute Maßnahmen zu ergreifen, die die Eintrittswahrscheinlichkeit der prognostizierten Umweltschäden vermindern. Die Durchsetzung solcher Maßnahmen kann auf breiter Front nur gelingen, wenn in der Bevölkerung ein ausgeprägtes Umweltbewußtsein und die Bereitschaft zum Verzicht vorhanden sind. Es ist Aufgabe von Parteien, Wissenschaft, Kirchen, Bürgervereinigungen und Medien, ihrer Verantwortung für die Stärkung des allgemeinen Umweltbewußtsein gerecht zu werden.

Besonders aber Staat und Wirtschaft sind in ihrer Verantwortung für die Umsetzung der Umweltbelange in konkrete Maßnahmen herausgefordert. Das Instrumentarium zur sparsamen Haushaltsführung mit den Umweltgütern haben wir bereits. Es gilt, die marktwirtschaftlichen Steuerungskräfte verstärkt für die Entwicklung hin zu einer Recyclingwirtschaft nutzbar zu machen. Hierbei wird Mut zur Entscheidung von Staat, Industrie und Gewerkschaften verlangt, die die unvermeidbaren Anpassungsprozesse mittragen müssen, auch wenn damit kurzfristig lokale Arbeitsplatzumschichtungen verbunden sein sollten. Der Staat hat dabei in allen Bereichen eine umfassende Vorreiterfunktion wahrzunehmen.

Nationale Anstrengungen allein werden jedoch nicht ausreichen. Die industrialisierten Länder haben durch massive Energieeinsparungen und durch Einigung auf international verbindliche, anspruchsvolle Umweltstandards nicht nur ihre eigenen Zukunftschancen zu erhalten und zu verbessern, sondern auch den Entwicklungsraum für die Länder der Dritten Welt zu öffnen. Sie stehen in der Pflicht, beim Export vor allem in die Entwicklungsländer ausschließlich umweltverträgliche Güter und Technologien anzubieten.

Die bereits erkennbaren Gefährdungspotentiale gewähren keine Verschnaufpausen. Es steht viel auf dem Spiel, nicht nur die materielle Zukunftssicherung der Menschen, sondern, eng damit verbunden, auch die Erhaltung individueller Freiheit in der Zukunft.

Christiane Busch-Lütj: Zur Umweltproblematik in sozialistischen Systemen. Ideologie und Realität

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/81. S. 18—46

Im Gegensatz zur weitgehend systemneutralen westlichen Erklärung der Umweltproblematik als Folgeerscheinung fortschreitender Industrialisierung und Technisierung sieht die Ideologie des Marxismus-Leninismus von jeher in den „gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen“ des Kapitalismus den Urgrund auch des Umweltübels, das demzufolge konsequenterweise nur durch den „Übergang zum Sozialismus“ dauerhaft beseitigt werden könne. Angesichts rapide wachsender eigener Umweltsorgen in den industriell sich höher entwickelnden sozialistischen Ländern sieht sich die sozialistische Ideologie neuerdings verstärkt zu einer Auseinandersetzung mit der „ökologischen Krise“ und der Anpassung gewisser orthodoxer Positionen veranlaßt; dies vor allem in der Frage der auf der Marx'schen Arbeitswertlehre basierenden „Wertlosigkeit“ der natürlichen Ressourcen und der daraus folgenden Tendenz zu Raubbau und Umweltzerstörung, in der Forderung nach „Ökologisierung der Produktion“ als Prinzip der Naturnutzung sowie in Bemühungen, aus dem Westen importierte Tendenzen in Richtung Fortschritts- und Wachstumspessimismus zu kontern.

Die reale Umweltsituation, insbesondere im „Mutterland des Sozialismus“, der UdSSR, weicht offenkundig erheblich vom ideologischen Anspruch einer „umweltkonformen Wirtschaftsordnung“ ab, soweit dies ohne Vorliegen systematischer und umfassender Daten über die Umweltqualität v. a. anhand einiger exemplarischer Fälle (Baikal-See, Kernenergienutzung) sowie von Stichproben aus dem sozialistischen „Umweltalltag“ erkennbar ist. Daß offizielle umweltpolitische Richtlinien und Normen so wenig auf die realen Umweltbedingungen durchschlagen, erklärt sich nicht nur aus dem notorischen — und auch in westlichen Ländern geläufigen — Durchsetzungsdefizit der Umweltpolitik; es ergibt sich vor allem aus dem im sowjetischen Planungssystem — nicht zuletzt dank seiner Fixierung auf den von der Ideologie proklamierten „Wettstreit der Systeme“ — durchgängig herrschenden Vorrang der Produktionsinteressen, der auch das Umweltbewußtsein der sowjetischen Öffentlichkeit bis zur Schizophrenie prägt; dies um so mehr, als Umweltpolitik sich weithin auf manipulative Informationspolitik beschränkt.

Eine vorsichtige analytische Abtastung von Möglichkeiten und Grenzen einer „umweltkonformeren“ Steuerung sozialer und ökonomischer Prozesse in sozialistischen Systemen führt für dessen sowjetischen Typus jedenfalls zu dem Ergebnis, daß zwar theoretisch ein Interessenverbund von Ökonomie und Ökologie im planwirtschaftlichen System möglich ist und auch diskutiert wird, politisch aber angesichts der effektiven Präferenzen in der sowjetischen Gesellschaft, v. a. bei der Führungsschicht und im bürokratischen Apparat, aber auch basierend auf der mentalen Grundhaltung der Masse der Bevölkerung, vorerst nicht realisierbar erscheint. Vielmehr dürfte bis auf weiteres — entgegen allen ideologischen Vernebelungsaktionen — die Imitation westlicher Technologie- und Wachstumsmuster zur Forcierung einer durch ökologische Rücksichtnahmen kaum gebremsten „kapitalistischen Produktionsweise“ bei der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion führen, wie sie in den meisten westlichen Industrieländern in dieser einseitigen Form des Produktivismus eindeutig überholt ist. Daß dieser Befund allerdings nicht dem Sozialismus als System schlechthin angelastet werden kann, zeigt ein abschließender Blick auf den in der Volksrepublik China beschrittenen Weg sozialistischer Umweltgestaltung nach dem Prinzip der Vorsorge, die gezielt der Entwicklung exzessiv arbeitsteiliger Prozesse und Strukturen im Zuge von Industrialisierung und Wirtschaftswachstum als der eigentlichen Quelle des Entstehens von Umweltproblemen vorzubeugen sucht.